

25X1A

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY
 CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY SECURITY INFORMATION REPORT NO. [REDACTED]

INFORMATION REPORT

CD NO.

COUNTRY Germany (Western Zone)

DATE DISTR: 7 Jan. 1952

SUBJECT League of German - Soviet Friendship

NO. OF PAGES 1

25X1A

PLACE
ACQUIREDTHIS DOCUMENT HAS AN ENCLOSURE ATTACHED - NO. OF ENCLS: 1 envelope
(LISTED BELOW)DATE OF INFO:
ACQUIREDSUPPLEMENT TO
REPORT NO.

25X1X

C 4866

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE
 OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50
 U. S. C. 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION
 OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PRO-
 HIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

25X1A

SOURCE

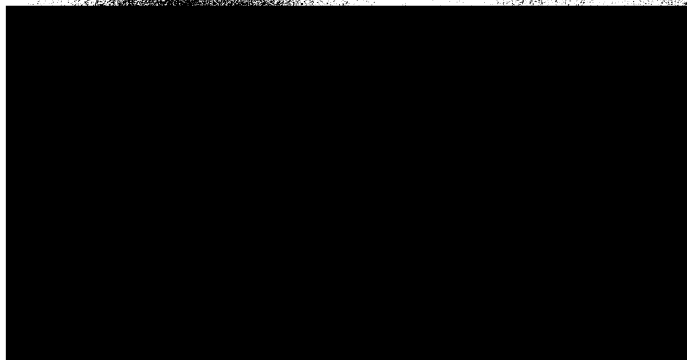
THIS DOCUMENT HAS AN ENCLOSURE ATTACHED -
DO NOT DETACH

1. The attached documentary material is sent to you for retention.

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION																
ARMY	AIR																		

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020002-3



SECRET CONTINUED
U.S. OFFICIALS ONLY

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020002-3

~~SECRET~~
U.S. OFFICIALS ONLY

25X1A



II. Landesdelegierten-Konferenz

der

**Gesellschaft für
Deutsch - Sowjetische Freundschaft**

Landesgruppe Hamburg

[REDACTED]
im „Stellinger Park“ - Stellingen - Gazellenkamp 168

25X1A

~~SECRET~~ ~~NOFORN~~

~~U.S. OFFICIALS ONLY~~

Kirchenpräsident
D. MARTIN NIEMÖLLER
an
JAKOB KAISER

Kirchenpräsident
D. Martin Niemöller

Wiesbaden, 2. Mai 1951

Herrn Bundesminister Kaiser
Ministerium für gesamtdeutsche Fragen
Bonn/Rhein

Bei meiner Rückkehr von einer Predigtreise durch die Ostzone wird mir heute eine mir anonym zugegangene „Öffentliche Warnung“ vorgelegt, die die Unterschrift trägt „Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen“.

Gestatten Sie mir, daß ich, wenigstens Ihnen gegenüber, mein tiefes Bedauern ausspreche, daß die Bundesregierung geglaubt hat, nun auch noch zu derartigen „Warnungen“ übergehen zu müssen. Es ist Ihnen, sehr geehrter Herr Minister doch wohl noch in Erinnerung, daß der Bundeskanzler sich auf meinen offenen Brief vom 5. 10. 50, in dem ich die Frage der Remilitarisierung aufgegriffen und öffentlich zur Diskussion gestellt hatte, zu keiner weiteren Äußerung veranlaßt gesehen hat, als zu der einen: „Eine Volksbefragung ist im Grundgesetz nicht vorgesehen.“ Das war zu einer Zeit, als es noch keine irgendwie wesentliche kommunistische Aktivität auf diesem Sektor gab. Ich kann mich daher eines leisen Lächelns nicht erwehren, wenn ich sehe, daß man sich jetzt durch völlige Außerachtlassung der Volksmeinung in eine Lage hineinmanövriert hat, aus der man nun sich mit Verboten und Warnungen herausziehen versucht. Man merkt dabei deutlich, daß der Bonner Regierung in dieser Angelegenheit nicht mehr wohl zumute ist, vor allem natürlich deswegen, weil ihr Verhalten in der Remilitarisierungsfrage der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung entgegenstand und noch entgegensteht. Man nimmt es denn auch in dieser schwierigen Situation mit den Tatsachen nicht mehr genau: Es stimmt ja nicht, daß die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung eine rein kommunistische Angelegenheit ist, und daß die „Träger dieser Aktion Ausschüsse und Agenten sind, die ohne Aus-

nahme vom Kommunistischen Politbüro der SED gesteuert und finanziert werden“. Wahr ist vielmehr, daß der Wunsch nach einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, die übrigens in mehreren Länderverfassungen grundsätzlich möglich ist, von der großen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird, unter der alle Parteirichtungen und weltanschaulichen Schattierungen vertreten sind.

Aber es geht in der Politik um das Heute und Morgen. Deswegen möchte ich Sie nur darauf aufmerksam machen — und das allerdings mit starkem Nachdruck — daß der Tenor Ihrer öffentlichen Warnung eine gefährliche Stimmung erzeugt und erzeugen muß: Denn hier wird derartig generalisiert, daß der Eindruck entsteht, der ja wohl auch entstehen soll: „Wer gegen die Remilitarisierung, für eine Volksbefragung, für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für die Erhaltung des Friedens ist — der ist Kommunist!“

Das heißt aber, die Tatsachen, wie sie durch alle Wahlen der letzten Monate klar erwiesen sind, auf den Kopf stellen. Denn hier wird öffentlich proklamiert: „Weit über die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung sind Kommunisten!“

Zu solchen unmöglichen Dingen und Mitteln müssen Sie deshalb greifen, weil die Bundesregierung in einer politischen Frage eine Haltung eingenommen hat, die der allgemeinen Volksmeinung entgegensteht, und weil sie zu deren Annahme nun die ganze westdeutsche Bevölkerung zu zwingen versucht mit dem Argument: „Wer sich uns nicht anschließt, ist Kommunist oder dient den Kommunisten.“ Hier kann ich nur warnend meine Stimme erheben; denn da, wo solch ein Argument auch nur als Unterton durchklingt — und hier ist es die Dominante —, da wird die westliche Freiheit schlecht genutzt und mißbraucht.

Es geht einfach darum, wie die Bundesregierung in Bonn glaubt, die von Ihr angestrebte westdeutsche Wiederbewaffnung demokratisch legitimieren zu können. Wenn ich mich recht erinnere, so hat der amerikanische Hohe Kommissar Mr. McCloy eine Wiederbewaffnung Deutschlands an die drei Bedingungen geknüpft: Zustimmung der Regierung, des Bundestages und des deutschen Volkes. Es wäre Aufgabe der Bundesregierung

gewesen, zu überlegen, auf welche Weise die Zustimmung des westdeutschen Volkes tatsächlich herbeigeführt und festgestellt werden soll. Ich kann mir nicht denken, daß Mr. McCloy nur aus Versehen die Zustimmung des Bundestages und des Volkes nebeneinander gestellt haben sollte. Wahrscheinlich wollte er zum Ausdruck bringen, daß in dieser Frage es mit dem Argument, Westdeutschland sei eine repräsentative Demokratie, nicht getan sei.

Wenn der Bundestag tatsächlich heute die Meinung der westdeutschen Bevölkerung repräsentieren würde, dann freilich wäre die ganze Diskussion überflüssig. Dann brauchte man aber auch keine Angst vor einer Volksbefragung zu haben, käme Sie selbst von kommunistischer Seite. Nach meinen früheren Erfahrungen muß ich fürchten, daß es der Regierung Adenauer gar nicht um „Demokratie“ zu tun ist und nicht um den Schutz der „Verfassung“, sondern daß man eben auch gegen den Willen des Volkes aufrüsten will, und daß hier eine psychologische Vorbereitung größten Stils für eine Remilitarisierung begonnen hat, die aber nichts mehr gemein hat mit dem, was wir deutschen Menschen Freiheit nennen und was uns Freiheit bedeutet.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

D. Niemöller

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Meuser, Mannheim.



Gegründet 1918 * Nr. 171

Für Frieden, Fortschritt und Sozialismus

Einzelpreis 20 Pf.

Herausgeber: „Hamburger Volkszeitung“ GmbH, Hamburg 24, Bismarck-
brücke 10, „Kaffeehaus“ 24 18 81. Verantwortlich: Rolf Wacke.
Verlagsgesellschaft: „Hamburger Volkszeitung“ GmbH, Hamburg

Dienstag, 23. Oktober 1951

Bezugspreis monatlich 3 DM, vierteljährlich 9 DM, halbjährlich 16 DM, jährlich 30 DM. Zustellungsgebiet: Postbezugsstelle 18 00 monatlich, vierteljährlich 42 DM, halbjährlich 78 DM, jährlich 144 DM. Zustellungsgebiet: Postbezugsstelle 18 00 monatlich, vierteljährlich 42 DM, halbjährlich 78 DM, jährlich 144 DM.

So sieht die Urabstimmung unserer Hafenarbeiter aus:

Streik in den Häfen Hamburgs und Bremens

Jetzt den gewählten Kampfausschüssen folgen und alle Versuche zur Schwächung der Kampffront zurückweisen!

14,07 DM pro Schicht und keinen Pfennig weniger! - Jetzt Betriebe heraus zur Solidarität!

Hamburg. Fast 4000 Hafenarbeiter sind am Montag in Hamburg in den Streik getreten. Sie haben damit den Kampf für ihre Forderung von 14,07 pro Schicht in die eigenen Hände genommen. Die rechten Gewerkschaftsführer hatten gegen den Willen der Hafenarbeiter einen Schiedsspruch zugestimmt, in dem eine Lohnerhöhung von nur 9 Pfennigen pro Stunde vorgesehen ist.

Die Hafenarbeiter protestieren mit dem Streik gleichzeitig gegen den Betrug von Hildebrand und Nicolaisen bei der Auswertung des Ergebnisses der Urabstimmung vom vergangenen Freitag, bei der sich die überwiegende Mehrheit gegen den Schiedsspruch ausgesprochen hat.

Mehr als 3000 Bremer Hafenarbeiter haben sich im Laufe des Montags dem Streik angeschlossen. In den Schuppen und auf den Schiffen wurden Delegationen gewählt, die sich zu der gerade laufenden Gewerkschaftsleitung der ÖTV begaben, um zu fordern, daß die vor einigen Tagen gemäßigten Kollegen wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden.

Gleichzeitig wurde die Forderung zur Durchsetzung der 15prozentigen Lohnerhöhung gestellt.

Nach der Frühschicht wurde die Arbeit auf den Schiffen eingestellt. Am Nachmittag trat die zweite Schicht die Arbeit gar nicht erst an.

Am frühen Morgen des Montags wurden in den Einteilungsstellen Stubbenhuk, Hafenthor, Sandtorkai und Versmannkai des Hamburger Hafens Kampfausschüsse zur Führung des Streiks gewählt.

In den am Montagmorgen stattgefundenen Versammlungen der Hafenarbeiter entlarvten die Sprecher den schändlichen Verrat von Hildebrand und Nicolaisen, die das Abstimmungsergebnis bis Montag den Hafenarbeitern vorenthalten und es ihnen beziehungsweise überließen, sich aus der mit amerikanischen Geldern finanzierten Presse zu informieren.

Die zur 2. und 3. Schicht zur Arbeitsvermittlung erscheinenden Hafenarbeiter haben sich reslos dem Streik angeschlossen. Arbeiter der festen Betriebe legen ebenfalls die Arbeit nieder, so daß am Nachmittag fast der gesamte Hafen still lag.



So sehen sie aus, die mutigen Hafenarbeiter, die entschlossen den Kampf für ein besseres Leben in ihre eigenen Hände genommen haben. Ein Flugblatt, das vom Streikkomitee heute herausgegeben wurde, ruft zur Solidarität mit diesen prächtigen Menschen. Die ersten Geld- und Sachspenden sind bereits eingetroffen.

Auf einer Massenkundgebung der Hafenarbeiter am Sandtorkai hatten sich über 2000 Hafenarbeiter versammelt. Zu ihnen sprach der bewährte Funktionär der Hafenarbeiter, Carl Drescher. Er wurde bekanntlich wegen seines Eintretens für die Hafenarbeiter, die die Entladung von Munition verweigerten, gefaßt.

Der Kollege Drescher erklärte: „Seit 1945 sind wir vormalig betrogen worden. Jetzt ist das Maß voll.“

Wir nehmen unsere Sache jetzt in die eigenen Hände und lassen keinen Pfennig von unserer Forderung von 14,07 DM ab. Schon heute erricht die ganze Welt von den Hafenarbeitern Westdeutschlands. Die Solidarität der Hafenarbeiter von Amsterdam, Rotterdam und Marseille ist auf unserer Seite. Die Hafenvernehmer werden vor unseren geschlossenen Willen

zu Knechten kriechen müssen. Wenn sie heute auch noch die Verhandlungen mit dem Kampfausschuß nicht aufnehmen wollen, wenn auch die gewählten Gewerkschaftsführer erklären, daß sie die ihre Zustimmung zum Schiedsspruch Stenkel gegeben haben, die Angelegenheit der Hafenarbeiter nicht mehr als die ihre betrachten, sie werden vor dem entschlossenen und einheitlichen Willen der Hafenarbeiter kapitulieren müssen.“

Carl Drescher führte weiter aus: „Der Versuch, den Kampf der Hafenarbeiter durch die Vermittlung von Erwerbslosen zu sabotieren, ist gescheitert, da die Erwerbslosen ihre Solidarität mit den Hafenarbeitern erklärten und keine Streikbrucharbeit leisten werden.“

Die Erwerbslosen der Einteilungsstelle Versmannkai, ebenfalls die Delegierten in den Kampfausschüssen. Im Laufe des Montagmorgens erschienen auf Befehl der Hamburger Polizeisprengel Dänemark im Hafengebiet mobilisierte Überfallkommandos, die an allen wichtigen Punkten eingesetzt wurden.

Polizei- und Zollbeamte erklärten in Diskussionen mit den Hafenarbeitern: „Wir können euch nicht verhindern, daß ihr mit dem 9-Pfennig-Angebot nicht einverstanden seid. Wir können ebenfalls mit unseren Gehältern nicht aus.“

Hafenarbeiter erklärten sich ein einheitliches, geschlossenes Auftreten zeigt, daß sich die Hafenarbeiter ihrer Kraft bewußt sind.

Hamburger Jugend solidarisch mit den Hafenarbeitern

Hamburg. Auf einer Kundgebung der Hamburger Jugend am Montag, dem 22. Oktober 1951, wurde von den Vertretern der Teilnehmer einmütig solidarisch mit den um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Hafenarbeitern. Die friedliebende Jugend Hamburgs brachte den tatkräftigen Beweis ihrer Solidarität in einer Geldsammlung für die streikenden Hafenarbeiter zum Ausdruck.

In einer Solidaritätserklärung der Jugend heißt es:

Liebe Kollegen Hafenarbeiter! Heute haben wir 250 Hamburger Jungen und Mädchen uns zusammgefunden, um über Mittel und Wege zu beraten, die zur Verwirklichung des Appells der Volksmacht der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. September 1951 führen. Dieser Appell bejahen wir aus ganzem Herzen als einen konkreten Ausweg aus der großen Kriegsgesfahr, in der sich unsere Heimat befindet.

Liebe Kollegen! Wir haben von Euren mutigen Einsatz im Kampf um die Gewährung eines Mindestsicherheitslohn von 14,07 DM vernommen und stimmen Eurer Entscheidung, für Eure berechtigten Forderungen zu streiken, mit Begeisterung zu.

Wir wissen, daß Euer Kampf um die Erhöhung der Löhne gleichzeitig ein Kampf gegen die Wiederaufrüstung und für die Einheit unserer gespaltenen Heimat ist.

Die Besatzungsmächte wollen durch Zwangsmaßnahmen den Hamburger Hafen blockieren, um ihn als Kriegshafen zu benutzen und stimmen Eurer Entscheidung, für Eure berechtigten Forderungen zu streiken, mit Begeisterung zu.

Wir sind eins mit Euch, denn wir sind genau wie Ihr, für die sofortige Auf-

Durch die Wahl ihrer Kampfausschüsse haben die Hafenarbeiter sich die Organe des Kampfes um ihre berechtigten Forderung von 14,07 DM je Schicht geschaffen. Es gilt jetzt, den gewählten Kampfausschüssen zu folgen und alle Versuche zur Sabotage und zur Schwächung der geschlossenen Kampffront zurückzuweisen.

Für 14,07 DM pro Schicht und keinen Pfennig weniger!

Adenauer verlor das Vertrauen der CDU-Mitglieder

Unchristlicher Parteitag in Karlsruhe - Wahre Meinung aller Christen verkündete CDU in Meissen

Karlsruhe. Ohne auf die tausendfach erhobenen Forderungen nach der großen Masse der Mitglieder und Wähler der CDU nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen einzugehen, propagierte Adenauer vor dem CDU-Parteitag in Karlsruhe erneut den Anschluß an den aggressiven Atlantikblock und den sogenannten militärischen Beitrag Westdeutschlands. Adenauer behauptete dabei, daß die Einheit Deutschlands nicht durch das deutsche Volk wiederhergestellt werden könne. Sein Remilitarisierungsprogramm verband der Bonner Regierungschef mit provokatorischen Ausfällen gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien.

Zum Schluß seiner Ausführungen kündigte Adenauer ein neues Wahlgesetz für den Bundestag an, um, wie er sagte, die Bildung einer „arbeitsfähigen Mehrheit“ zu ermöglichen. Adenauer gab damit zu erkennen, daß er versuchen will, seine erschlaffte Position auch nach dem Verlust des Vertrauens der Mitglieder und Wähler der CDU durch ein Schwindelwahlgesetz zu retten.

Der wirkliche Wille aller aufrechten Christen kam auf der Arbeitstagung der CDU in Meissen zum Ausdruck. Auf dieser Arbeitstagung richtete der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik und Vorsitzende der CDU, Otto Nuschke, den dringenden Appell an alle Christen in Ost- und Westdeutschland, aus christlicher Verantwortung mitzuteilen, daß der Krieg verhindert wird. Unter dem stürmischen Beifall der 450 Tagungsteilnehmer aus ganz Deutschland rief Otto Nuschke aus: „Ihr habt es in der Hand, Eure Heimat von den Verwüstungen eines dritten Weltkrieges zu bewahren, denn ohne deutsches Fußvolk wird es keinen amerikanischen Krieg auf deutschem Boden geben.“

Auch die Adenauer werden dererit Vergangenheit angehören, denn der Lebensstrom, der heute durch das deutsche Volk fließt, ist eine viel stärkere geschichtliche Kraft, als törichte Redensarten und Ausfälle, die die Einheit Deutschlands hintertreiben sollen. Wir sind ganz sicher, daß unser nationaler Kampf eines Tages durch die Einheit Deutschlands und den gesicherten Frieden gekrönt werden wird.

Großen Beifall erhielt auch der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Dieringer, der am Schluß seiner Rede auf der Arbeitstagung erklärte: „Wir wollen ein Deutschland des Friedens, ein Deutschland, in dem auch jeder Christ nicht auf Kriegswaffen, sondern auf Friedensarbeit steht. Wir stehen und bleiben im Lager des Friedens. Für uns ist diese Politik innerster Gewissenspflicht. Mit ihr folgen wir dem Zwang unseres Gewissens, denn wir wollen einmal vor unserem Herrgott bekennen, daß wir nicht nur für den Frieden gebetet, sondern auch als tapfere Christen für den Frieden gekämpft haben.“

Verstärkte Anstrengungen für die deutsche Einheit

Berlin. Auf seiner Tagung vom 18. bis 20. Oktober 1951 nahm das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands folgenden bedeutungsvollen Beschluß an:

„Das deutsche Volk erwartete von der Sitzung des Bonner Bundestages am 17. Oktober 1951 eine bejahende Antwort auf die Fragen des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und der Volksmacht an wie gewählt werden muß, hat die Gewerkschaftsleitung bewußt die Urabstimmung zu einer Niederlage der Hafenarbeiter führen wollen.“

„Unsere Forderung ist noch heute 14,07 DM, wie sie die große Lohnkommission erarbeitet hat. Wir sind bereit, diese Forderung im Interesse der Lebenslage unserer Familien durchzusetzen. Die Gewerkschaftsleitung, die bewußt die Interessen der Hafenarbeiter aufgaben, haben das Recht verweigert, sich Gewerkschaftskollegen zu nennen.“

Darum fordern wir Ausschuß von Kummernuß, Hildebrand und Nicolaisen aus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.“

Diese Entscheidung wurde in den übrigen Einteilungsstellen verlesen und auch dort lebhaft begrüßt.

Was die SPD-Presse verschweigt:

Rede des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Lütken gegen die westliche Kriegspolitik (Siehe Seite 2)

Wir fragen Dr. Schümacher:

Wer hinderte Dr. Lütken nach Abgabe seiner Erklärung am Wiederbetreten des Bundestages? Was geschah mit Dr. Lütken? Wo ist er geblieben?

nahme breiter Handelsbeziehungen mit dem Osten unserer Heimat. Darin liegt ein wesentlicher Schlüssel für die Wiederherstellung unserer Heimat.

Laßt Euch von Euren berechtigten Kampf durch nichts abhalten!

Im Namen aller friedliebenden Hamburger Jugendlichen sagen wir Euch alle Hilfe zu, zu der wir fähig sind.

Es lebe der Kampf um Frieden und Einheit!

Jugendkundgebung bei Godemann.“

Weg mit Kummernuß, Hildebrand und Nicolaisen!

Hamburg. In der Einteilungsstelle Stubbenhuk nahmen am Montagmorgen die Hafenarbeiter der ersten Schicht folgende Entscheidung an:

„Wir Hafenarbeiter der Einteilungsstelle Stubbenhuk betrachten das von der Gewerkschaftsführung bekanntgegebene Ergebnis der Urabstimmung als unwahr. Durch die Unterlassung der Aufklärung,

Gesamtdtsche Beratung wird stattfinden SPD-Bürgermeister für Volkskammerappell

Paderborn. Für gesamtdtsche Beratungen entsprechend dem Volkskammerappell sprach sich auf einer Versammlung unter dem Leitwort „Freie Wahlen für ganz Deutschland einigen das Vaterland und retten den Frieden“, der Bürgermeister von Schlangen bei Paderborn, Rebbe (SPD). Eine von ihm eingeleitete Katschlebung, in der die Remilitarisierung Westdeutschlands abgelehnt und die Annahme des Volkskammerappells gefordert wird, wurde einstimmig angenommen.

Heinrich Christian Meier, Schriftsteller, Hamburg: „Der Versuch der Wiederaufrüstung Westdeutschlands hat unser Volk unmittelbar an den Abgrund geführt. Entweder kommen wir Deutschen in Kürze zur Wiedervereinigung, oder gehen mit schnellen sicheren Schritten in den Untergang.“

Jetzt kommt es leider nicht mehr darauf an, ob Deutsche sich mit Deutschen über 13 oder 14 Punkte als Vorbedingungen zu Wahlen in Gesamtdeutschland beraten, sondern es kommt darauf an, daß sie die Beratungen sofort aufnehmen und daß binnen Wochen aus dieser Beratung die tatsächlichen Wahlen zu einer Nationalversammlung hervorgehen.“

Egon Henning-Mihlendorf, Maler, Bordesheim: „Selbstverständlich erkläre ich mich mit dem Volkskammerappell, sowie auch mit der Rede des Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl vollkommen solidarisch.“

Dr. Hans Maschmann, Hamburg-Volkendorf: „Ich danke Ihnen für die Übersendung der ganzen Grotewohlrede vom 15. 9. 51. Sie sollte in jede deutsche Familie kommen, um zu verurteilen, daß die westliche Politik zu einer noch größeren weltpolitischen Schwindelfäule wird als die Hitlers. Denn der denkende Mensch muß erkennen, daß Adenauer die Remilitarisierung Deutschlands will, auch auf Kosten einer friedlichen Einigung.“

Ehre den heldenhaften Kämpfern für den Frieden und die nationale Unabhängigkeit Deutschlands!

Am heutigen Dienstag, dem 23. Oktober 1951, 17 Uhr, findet eine Gedenkstunde für die Gefallenen des Oktoberaufstandes von 1923 am Revolutionsdenkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Es spricht Hugo Gill. Die Bevölkerung Hamburgs ist zu dieser Gedenkstunde herzlichst eingeladen!

Der Hamburger Oktoberaufruf

Gerade in diesen Tagen beweisen die westdeutschen Hafenarbeiter, daß sie die revolutionären Oktoberkämpfe von 1923 nicht vergessen haben. Im Thälmannschen Geist besitzen sie sich, anknüpfend an die alte Kampftradition, auf ihre eigene Sache, die Befreiung des Kampfs der Helden vom Oktober 1923 für Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden auf dem Weg des Sieges weiter.

Mit dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution im November 1917, der auch erst nach einigen Niederlagen des russischen Proletariats errungen wurde, ist in der Welt die Kraft entstanden, die den nationalen Befreiungskämpfen den Sieg ermöglicht.

Mit der Zerschlagung des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee ist das ant imperialistische Lager durch die Schaffung der Volksdemokratien, der Deutschen Demokratischen Republik und mit der siegreichen chinesischen Revolution so gestärkt, daß ein imperialistischer Angriff auf die Freiheit der Völker mit der sicheren Vernichtung des Aggressors enden würde.

Durch die Kämpfe des internationalen Proletariats, das sich stützt auf die Lehre des Sieges, auf den historischen, unumstößlichen und sich ständig aus den Erfahrungen der glorreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), seine Anleitungen zum Handeln ableitet ist das Lager des Friedens so gestärkt, daß ein dritter Weltkrieg verhindert werden kann.

Heute zeigt uns der Hamburger Oktoberaufruf von 1923, daß auch das deutsche Volk die Kraft seiner Befreiung besitzt, mit der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik vor zwei Jahren erfolgte eine geschichtliche Wende, wie Stalin sagte.

Erzwingt die deutsche Arbeiterklasse und die Nationale Front des demokratischen Deutschlands über die gesamte demokratische, friedliebende Welt, neben der friedliebenden Sowjetunion, dann wird der Frieden in Europa gesichert sein.

(Fortsetzung Seite 3)

CDU-Arnold fordert generellen Lohnabbau

Karlsruhe. Einen generellen Abbau aller Löhne in Westdeutschland zum Zwecke der Finanzierung der Wiederaufbauarbeiten fordert der Parteipräsident CDU in Karlsruhe der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold (CDU). Er schlug vor, die Löhne der Arbeiter um 2 bis 3 Prozent zu senken, dafür aber 4 Pfg. jedes Stundenlohn einzubehalten. Die einbehaltenen Summe, die bei etwa 15 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern in der Woche 30 Millionen DM, jährlich also rund 1,5 Milliarden DM ausmachen würde, soll über eine sogenannte Zentralkasse für den Wiederaufbau und den Ausbau der westdeutschen Grundstoff- und Rüstungsindustrie verwendet werden.

Arnold erklärte hierzu zynisch, damit werde "das Nützlichkeits mit dem Zweckmäßigen verbunden".

25 prozentige Stromkürzung in Niedersachsen

Hannover. Rigorose Stromkürzungen werden in Niedersachsen ab 1. November eingeführt. Sie sollen bis März 1952 andauern. Den Betrieben wird der Stromverbrauch um 25 v. H. gekürzt. Ausgenommen sind die Rüstungsindustrie und wichtige Versorgungsbetriebe. Für die Haushaltungen werden Maßnahmen zur Stromkürzung zur Zeit noch vorbereitet.

In Hannover hat eine größere Wäsche- und Kohlenmangel-Gebiet stillgelegt und sämtliche Arbeiter entlassen.

Verstärkte Anstrengungen für die deutsche Einheit

(Fortsetzung von Seite 1)

Die negative Haltung der Majorität des Bonner Bundestages zu den Vorschlägen der amerikanischen entspricht den Wünschen der amerikanischen, die in den Geheimverhandlungen mit Adenauer die Wiedervereinigung Westdeutschlands, das Rechtsgesetz, die Einbeziehung Westdeutschlands in den nordatlantischen Kriegspakt durchzuführen wollen, die steht aber im schroffen Gegensatz zu den Wünschen und Interessen des deutschen Volkes.

Die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands hat richtig erkannt, daß die Eingliederung Westdeutschlands in den Nordatlantischen Vertrag bedeutet und die Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptkriegsbasis der USA in Europa. Das aber bedeutet Krieg und den Ruin Deutschlands.

Daher wird das deutsche Volk darauf bestehen, daß die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durchgeführt wird auf dem Wege der Herbeiführung einer gesamtdeutschen Beratung. Nicht durch eine einseitige Festlegung der Wahlen durch die Regierung Adenauers und nicht durch die Kontrolle der amerikanischen Imperialismus beherrschten UN kann das Zustandekommen wirklich freier Wahlen gesichert werden. Auch jene, die noch unentschieden sind, werden sich überzeugen, daß der von der Volkskammer vorgeschlagene Weg der Verständigung der richtige ist.

Die Adenauerregierung fürchtet gesamtdeutsche Wahlen. Es ist kein Zufall, daß die Adenauerregierung nach den Erfahrungen von Bremen auch gegen Wahlen in Westdeutschland ist. Sie will zunächst die Machtpositionen der amerikanischen und westdeutschen Militaristen stärken und an Stelle des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts mit Verhältnissen ein reaktionäres Wahlrecht setzen. Die Stellungnahme der Adenauerregie-

Dr. Lützens (SPD) gegen Bonner Kriegskurs

Nachstehend bringen wir Auszüge aus der Bundestagsrede des SPD-Abgeordneten Dr. Lützens, des außenpolitischen Referenten beim Parteivorstand der SPD. Der Teil über die Bundespolitik wird im nächsten Heft veröffentlicht. Der Teil über den Kampf gegen Dr. Lützens (SPD) wurde am nächsten Tag gemäßigert und zur Versöhnung zwischen Dr. Adenauer und Dr. Schumacher auf dem Altar der westalliierten Politik geopfert.

Dr. Lützens (SPD) erklärte: "Worum es geht, wenn wir eine Erklärung der alliierten Mächte geben, daß sie die vier großen Völker für den Bereich ihrer Besatzungszonen als erfüllt ansehen. Damit meine ich die in den internationalen Dokumenten des Jahres 1945 genannten vier Völker: die USA, die Sowjetunion, die Demokratische Volksrepublik China und die Demokratische Volksrepublik Korea. Das waren die Ziele der Besatzungsmächte, mit denen sie moralisch und rechtlich damals die Besetzung deutschen Territoriums und die besondere Form der Okkupation begründet haben. Auf diesem Wege möchte es möglich sein, wenn sich eine feste Basis für eine gesicherte innere Autonomie der Bundesrepublik zu gewinnen, ohne die Frage der Vereinigung herangezogen werden muß, überhaupt aufzuwerfen."

(Abg. Renner: Das wäre doch der Weg des Potsdamer Abkommens gewesen.) Nun stellt sich heraus, daß die von Bonn auf dem Weg gebrachten Pläne zu Konsequenzen führen, welche mit dem Hauptziel politischer Strategie nicht in Einklang zu bringen sind, das uns allen gemeinsam sein sollte. So hat der Bundestag kürzlich beschlossen, die vordringliche politische Aufgabe der deutschen Bevölkerung, des deutschen Volkes und der deutschen Regierung frei gewählten Vertretung, des deutschen Bundestages, ist es, die Einheit Deutschlands in Freiheit mit friedlichen Mitteln herbeizuführen.

(Zuruf von der CDU: Na und?) Die Politik meiner Fraktion ist immer davon ausgegangen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur für die Existenz unseres Volkes geboten sei, sondern auch die Voraussetzung bleibt für die erfolgreiche Integration eines freien Europas. In dieser Erkenntnis haben wir immer bei allen politischen Überlegungen Priorität für die Wiedervereinigung Deutschlands und unsere Pläne widersteht, welche die Erreichung dieses Zieles gefährden könnten.

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

Die Politik meiner Fraktion ist immer davon ausgegangen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur für die Existenz unseres Volkes geboten sei, sondern auch die Voraussetzung bleibt für die erfolgreiche Integration eines freien Europas. In dieser Erkenntnis haben wir immer bei allen politischen Überlegungen Priorität für die Wiedervereinigung Deutschlands und unsere Pläne widersteht, welche die Erreichung dieses Zieles gefährden könnten.

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?) Die Politik meiner Fraktion ist immer davon ausgegangen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur für die Existenz unseres Volkes geboten sei, sondern auch die Voraussetzung bleibt für die erfolgreiche Integration eines freien Europas. In dieser Erkenntnis haben wir immer bei allen politischen Überlegungen Priorität für die Wiedervereinigung Deutschlands und unsere Pläne widersteht, welche die Erreichung dieses Zieles gefährden könnten.

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

(Abg. Ruler: Kennen Sie eigentlich die Zustände in der Ostzone?)

Wir haben die enge Zusammenarbeit mit den westlichen Völkern Europas immer begrüßt. Aber gerade auch im Interesse dieser anderen Völker und Europas ist es wichtig, wenn die Integration nach Westen über den Punkt hinaus ausgetrieben werden sollte, wo sie automatisch die Wiedervereinigung mit der so westlichen Besatzungszone gefährden muß.

(Abg. Ruler: Aha! Sehr interessant!) Die Politik, die die Regierung zwei Jahre lang verfolgt hat, hat in diese Sackgasse geführt.

(Abg. Ruler: Und die SPD in der Panik vor der Sackgasse?) Alle Verträge, die der Herr Bundeskanzler abzuschließen plant, werden Barrieren aufrichten, die die deutsche Wiedervereinigung herbeizuführen, wenn sie nicht noch schwerere Wirkungen und Konsequenzen für die Wiedervereinigung haben.

(Abg. Ruler: Die Sozialdemokratie als Vorseher Panik?) Es ist notwendig, daß die westlichen Mächte überzeugt werden, daß sie um Europa willen, um der ganzen Welt willen, die Lage wollen einen anderen Weg beschreiben als den bisherigen, auf den sie sich auf die Initiative des Herrn Bundeskanzlers vom 29. August 1950 geeinigt worden sind.

... Die Frage ist nicht, ob die Einheit Deutschlands das höchste Ziel der Politik und ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, ist, sondern die Frage ist, ob Sie um dieses Ziel willen fähig sind, Verzicht zu leisten auf das, was Sie bisher angestrebt haben, nämlich eine Form der westlichen Integration, welche die Integration Deutschlands in die westliche Welt droht.

... Weil Sie, Herr Außenminister, ... das Auswärtige Amt nicht zu einem Sachverständigen - Instrument aufgebaut hat, weil Sie, Herr Bundeskanzler, nicht als ein außenpolitischer Berater, sondern nur der deutschen Demokratie verantwortlich war, weil Sie den Bundestag und seine Ausschuße von der Mitwirkung an den für uns alle so wichtigen internationalen Fragen ausschließen sollte, weil - wie es in der "Kettler Wacht" geheißen hat - ein rheinisch-abendlicher Geschichtswinkel verkennt, daß das deutsch-französische Problem nicht das Kernproblem der französischen Frage ist, weil Sie, mit anderen Worten, die Freiheit der Einheit Europas reduziert haben auf die Frage der deutsch-französischen Verständigung, von wo aus es keinen Zugang zur Schaffung eines freien Europas gibt, weil Sie die Bundesrepublik in das Dilemma manövriert haben, wo durch Ihre Außenpolitik die Einheit Deutsch-

lands auf Jahrzehnte hinausgeschoben zu werden droht. ...

Beitrag bei der SPD - Rufe "Unethisch" und "rechts und links" werden in den Ollenhauer Abbitte und Maßregeln durch Schumacher. Das waren die Folgen der freien Rede eines Sozialdemokraten, der den Mund aufmachte und die westliche Abgeordnete, obwohl sie so und ähnlich denken, noch nicht fanden.

Unrechtmäßigkeit des Adenauer-Erlasses erneut bekräftigt

Siegen. Die Ungesetzlichkeit des berechtigten Adenauererlasses, wonach Angestellte des öffentlichen Dienstes keiner verschrifteten Partei oder Organisation angehören dürfen, wurde erneut bestätigt. Das Arbeitsgericht Siegen hob die Kündigung des städtischen Angestellten Richard Weber auf, der auf Grund des Erlasses wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD fristlos entlassen worden war. Das Gericht stellte in der Urteilsbegründung fest, daß eine solche Kündigung gegen das Bonner Grundgesetz verstößt.

Auswachen der Kriminalität in den USA

Washington. In den USA ist die Zahl der Verbrechen in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in den Städten um 5,1 v. H. und in den Landestädten um 4 v. H. gestiegen, gab das Bundesfahndungsamt bekannt. Die Angaben über die Zunahme des Verbrechenswesens in New York sind bei diesen Ziffern noch nicht berücksichtigt.

Dr. Lützens von Schumacher gemäßigert

Dr. Lützens brachte im Bundestag die Meinung der Mitglieder der SPD zum Ausdruck

Bonn. Der außenpolitische Referent beim Parteivorstand der SPD, Dr. Gerhard Lützens, ist durch das von Dr. Schumacher geforderte Scherbengericht wegen seiner Rede im Bonner Bundestag gemäßigert worden. Lützens darf sich nicht mehr "außenpolitischer Referent" bezeichnen. Er wird aus dem außenpolitischen Ausschuß des Bonner Bundestages zurückgezogen und soll in Zukunft innerhalb der SPD-Fraktion und des SPD-Parteivorstandes nur noch mit untergeordneten Arbeiten betraut werden.

Dr. Gerhard Lützens, seit 1919 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hatte am Dienstag vor dem Bonner Bundestag festgestellt, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit als vordringliche Forderung erhoben werden müsse und nicht als ein außenpolitisches Ziel. Die Verträge, die Adenauer abzuschließen beabsichtigt, erschwerten die Wiedervereinigung Deutschlands und machten sie unmöglich, wenn sie nicht die westlichen Mächte "jenseits" erklärte Dr. Lützens.

Nach während der Sitzung beschlossen der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher, sein Stellvertreter Erich Ollenhauer und der Vizepräsident des Bonner Parlaments, Carlo Schmid, die Veröffentlichung einer Erklärung, in der Dr. Lützens preisgegeben wurde, weil er rechtlich SPD-Führer entschlossen sind, weiter nur Scheinopposition zu treiben und Adenauers volksfeindliche Politik zu unterstützen.

Die Lützens ist inzwischen Mitglied von zahlreichen Funktionären und Mitgliedern der SPD bestätigt worden, daß er mit seinen Worten der Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung Ausdruck gegeben hat.

Neue Verzögerungen im innerdeutschen Handel

Berlin. Neue Verzögerungen treten im Warenverkehr zwischen Westdeutschland und der DDR auf, nachdem das Abkommen über den innerdeutschen Warenaustausch gerade unterzeichnet ist. Die Verhandlungen über die Spezifizierung der Berliner Abkommen festzulegenden Positionen nehmen einen ungewöhnlichen Verlauf. Während für die Positionen Chemie, Textil und einige andere zwischen den Verhandlungspartnern bereits Übereinstimmung besteht, sind die Lieferbeginne nur durch das in Westdeutschland geübte Verfahren verzögert, werden von den westdeutschen Stellen die Verhandlungen über die Positionen Werkzeugmaschinen und Rohstoffe immer wieder hinausgezögert.

Nach den ursprünglichen Abschnitten ist Westdeutschland verpflichtet, im Austausch gegen gleichwertige Waren der Deutschen Demokratischen Republik bis zum 31. Dezember 1951 25.000 Tonnen Rohstoffe und 20.000 Tonnen Walzwerkeerzeugnisse zu liefern. Obwohl die Vertreter der DDR immer wieder bestätigen, daß die von der DDR zugesagten Lieferungen von für Westdeutschland wichtigsten Waren wie Grubenholz, Braunkohlenbriketts, Zucker usw. sofort begonnen werden können, bot die westdeutsche Delegation die Lieferungen von 4000 Tonnen Rohstoffen und 16.000 Tonnen Walzwerkeerzeugnisse bis zum 31. Dezember 1951 an.

Diese Mengen sind geradezu lächerlich angesichts der monatlichen Rohstoffproduktion Westdeutschlands von etwa 800.000 Tonnen. Die Verhandlungen über diese Positionen werden auf Wunsch der westdeutschen Vertreter vom Oktober auf den 9. Oktober und dann wiederum auf den 23. Oktober 1951 verlagert. Durch diese Verzögerungen, die ausschließlich durch die westdeutsche Verhandlungsstrategie hervorgerufen wurden, wird sich jeder auch die Lieferbeginn für einige für Westdeutschland wichtige Waren aus der DDR hinausschieben.

Statistisches Amt widerlegt Prof. Erhard

Bonn. Wenige Tage, nachdem Prof. Erhard im Bundestag die unbewiesene Behauptung aufgestellt hat, die Löhne seien in Westdeutschland schneller gestiegen als die Preise, wird er vom Statistischen Bundesamt widerlegt. In einer vom "Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" veröffentlichten Mitteilung wird zugegeben, daß sich die Kosten der Lebenshaltung in der Zeit vom September 1950 bis zum September dieses Jahres um 12 v. H. erhöht haben. Wegen so Prof. Erhard oder die ihn beauftragten Unternehmensverbände, namentlich immer noch zu behaupten, daß sich die Löhne und Gehälter in diesem Jahr um mehr als 12 v. H. erhöht haben?

Wie sehr die Kaufkraft der Werkstätten durch die Preise in die Höhe treibende Inflationspolitik geschwächt wurde, beweist ein andere Veröffentlichung des Presse- und Informationsamts. Danach sind die Umsätze in den Geschäften für Festivitäten von August bis September dieses Jahres um durchschnittlich 13 v. H. zurückgegangen, in den Spezialgeschäften für Wäsche und Miedewaren um etwa 9 v. H. und in den Schuhgeschäften um 4 v. H. Der seit Monaten anhaltende Rückgang des Umsatzes der Einzelhandelsgeschäfte für alle Sparten hat auch in diesem Zeitraum angehalten. Der Durchschnittsumsatz ging erneut 2 v. H. zurück.

(Seite 2)

Neue USA-Truppeneinheit in Bremerhaven ausgeschifft

Bremerhaven. Die Vorausabteilung der 42. USA-Infanteriedivision traf am Sonntagabend zum Zweck der Verstärkung der Bremer Truppen in Westdeutschland in Bremerhaven ein. Das Vorkommando, 2168 Offiziere und Mannschaften, die von dem USA-Oberbefehlshaber in Westeuropa, General Handy, empfangen wurden, wird nach Süddeutschland weitergeleitet, um dort Quartier zu machen.

Widerstand der amerikanischen Jugend gegen Militarismus

New York. In amerikanischen Regierungskreisen herrscht außerordentliche Unruhe über den wachsenden Widerstand der Jugend gegen das Militarismusprogramm. Die Jugendlichen versuchen mit allen Mitteln, der Einberufung zum Militärdienst zu entgehen.

Der Chef der Informations-Abteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Davin, beklagte sich auf der Nationalkonferenz der katholischen Jugendvereinigungen über die "feindselige Einstellung vieler Jungen an der Einberufung zum Militärdienst". Davin mußte zugeben, daß das schlimmste Problem darin besteht, die Jugend davon zu überzeugen, daß der Militärdienst "notwendig" sei.

Der Gouverneur des Staates Illinois, Stevenson, forderte die Regierung auf, die in den Gefängnissen befindlichen Verbrecher zum Wehrdienst heranzuziehen. Er teilte mit, daß staatliche Stellen bereits "wissenschaftliche Methoden" zur Auswahl für den Militärdienst geeigneten Kriminellen ausgearbeitet hätten. Als weiteres Argument zur Unterstützung seiner Forderung führte der Gouverneur an, daß die Einberufung der Jungen gegen zum Militärdienst die Ausgaben der G. (Gefängnisverwaltung) senken würde.

Dr. Lützens von Schumacher gemäßigert

Dr. Lützens brachte im Bundestag die Meinung der Mitglieder der SPD zum Ausdruck

Bonn. Der außenpolitische Referent beim Parteivorstand der SPD, Dr. Gerhard Lützens, ist durch das von Dr. Schumacher geforderte Scherbengericht wegen seiner Rede im Bonner Bundestag gemäßigert worden. Lützens darf sich nicht mehr "außenpolitischer Referent" bezeichnen. Er wird aus dem außenpolitischen Ausschuß des Bonner Bundestages zurückgezogen und soll in Zukunft innerhalb der SPD-Fraktion und des SPD-Parteivorstandes nur noch mit untergeordneten Arbeiten betraut werden.

Dr. Gerhard Lützens, seit 1919 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hatte am Dienstag vor dem Bonner Bundestag festgestellt, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit als vordringliche Forderung erhoben werden müsse und nicht als ein außenpolitisches Ziel. Die Verträge, die Adenauer abzuschließen beabsichtigt, erschwerten die Wiedervereinigung Deutschlands und machten sie unmöglich, wenn sie nicht die westlichen Mächte "jenseits" erklärte Dr. Lützens.

Nach während der Sitzung beschlossen der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher, sein Stellvertreter Erich Ollenhauer und der Vizepräsident des Bonner Parlaments, Carlo Schmid, die Veröffentlichung einer Erklärung, in der Dr. Lützens preisgegeben wurde, weil er rechtlich SPD-Führer entschlossen sind, weiter nur Scheinopposition zu treiben und Adenauers volksfeindliche Politik zu unterstützen.

Die Lützens ist inzwischen Mitglied von zahlreichen Funktionären und Mitgliedern der SPD bestätigt worden, daß er mit seinen Worten der Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung Ausdruck gegeben hat.

Neue Verzögerungen im innerdeutschen Handel

Berlin. Neue Verzögerungen treten im Warenverkehr zwischen Westdeutschland und der DDR auf, nachdem das Abkommen über den innerdeutschen Warenaustausch gerade unterzeichnet ist. Die Verhandlungen über die Spezifizierung der Berliner Abkommen festzulegenden Positionen nehmen einen ungewöhnlichen Verlauf. Während für die Positionen Chemie, Textil und einige andere zwischen den Verhandlungspartnern bereits Übereinstimmung besteht, sind die Lieferbeginne nur durch das in Westdeutschland geübte Verfahren verzögert, werden von den westdeutschen Stellen die Verhandlungen über die Positionen Werkzeugmaschinen und Rohstoffe immer wieder hinausgezögert.

Nach den ursprünglichen Abschnitten ist Westdeutschland verpflichtet, im Austausch gegen gleichwertige Waren der Deutschen Demokratischen Republik bis zum 31. Dezember 1951 25.000 Tonnen Rohstoffe und 20.000 Tonnen Walzwerkeerzeugnisse zu liefern. Obwohl die Vertreter der DDR immer wieder bestätigen, daß die von der DDR zugesagten Lieferungen von für Westdeutschland wichtigsten Waren wie Grubenholz, Braunkohlenbriketts, Zucker usw. sofort begonnen werden können, bot die westdeutsche Delegation die Lieferungen von 4000 Tonnen Rohstoffen und 16.000 Tonnen Walzwerkeerzeugnisse bis zum 31. Dezember 1951 an.

Diese Mengen sind geradezu lächerlich angesichts der monatlichen Rohstoffproduktion Westdeutschlands von etwa 800.000 Tonnen. Die Verhandlungen über diese Positionen werden auf Wunsch der westdeutschen Vertreter vom Oktober auf den 9. Oktober und dann wiederum auf den 23. Oktober 1951 verlagert. Durch diese Verzögerungen, die ausschließlich durch die westdeutsche Verhandlungsstrategie hervorgerufen wurden, wird sich jeder auch die Lieferbeginn für einige für Westdeutschland wichtige Waren aus der DDR hinausschieben.

Statistisches Amt widerlegt Prof. Erhard

Bonn. Wenige Tage, nachdem Prof. Erhard im Bundestag die unbewiesene Behauptung aufgestellt hat, die Löhne seien in Westdeutschland schneller gestiegen als die Preise, wird er vom Statistischen Bundesamt widerlegt. In einer vom "Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" veröffentlichten Mitteilung wird zugegeben, daß sich die Kosten der Lebenshaltung in der Zeit vom September 1950 bis zum September dieses Jahres um 12 v. H. erhöht haben. Wegen so Prof. Erhard oder die ihn beauftragten Unternehmensverbände, namentlich immer noch zu behaupten, daß sich die Löhne und Gehälter in diesem Jahr um mehr als 12 v. H. erhöht haben?

Wie sehr die Kaufkraft der Werkstätten durch die Preise in die Höhe treibende Inflationspolitik geschwächt wurde, beweist ein andere Veröffentlichung des Presse- und Informationsamts. Danach sind die Umsätze in den Geschäften für Festivitäten von August bis September dieses Jahres um durchschnittlich 13 v. H. zurückgegangen, in den Spezialgeschäften für Wäsche und Miedewaren um etwa 9 v. H. und in den Schuhgeschäften um 4 v. H. Der seit Monaten anhaltende Rückgang des Umsatzes der Einzelhandelsgeschäfte für alle Sparten hat auch in diesem Zeitraum angehalten. Der Durchschnittsumsatz ging erneut 2 v. H. zurück.

(Seite 2)

Neue USA-Truppeneinheit in Bremerhaven ausgeschifft

Bremerhaven. Die Vorausabteilung der 42. USA-Infanteriedivision traf am Sonntagabend zum Zweck der Verstärkung der Bremer Truppen in Westdeutschland in Bremerhaven ein. Das Vorkommando, 2168 Offiziere und Mannschaften, die von dem USA-Oberbefehlshaber in Westeuropa, General Handy, empfangen wurden, wird nach Süddeutschland weitergeleitet, um dort Quartier zu machen.

Widerstand der amerikanischen Jugend gegen Militarismus

New York. In amerikanischen Regierungskreisen herrscht außerordentliche Unruhe über den wachsenden Widerstand der Jugend gegen das Militarismusprogramm. Die Jugendlichen versuchen mit allen Mitteln, der Einberufung zum Militärdienst zu entgehen.

Der Chef der Informations-Abteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Davin, beklagte sich auf der Nationalkonferenz der katholischen Jugendvereinigungen über die "feindselige Einstellung vieler Jungen an der Einberufung zum Militärdienst". Davin mußte zugeben, daß das schlimmste Problem darin besteht, die Jugend davon zu überzeugen, daß der Militärdienst "notwendig" sei.

Der Gouverneur des Staates Illinois, Stevenson, forderte die Regierung auf, die in den Gefängnissen befindlichen Verbrecher zum Wehrdienst heranzuziehen. Er teilte mit, daß staatliche Stellen bereits "wissenschaftliche Methoden" zur Auswahl für den Militärdienst geeigneten Kriminellen ausgearbeitet hätten. Als weiteres Argument zur Unterstützung seiner Forderung führte der Gouverneur an, daß die Einberufung der Jungen gegen zum Militärdienst die Ausgaben der G. (Gefängnisverwaltung) senken würde.

Dr. Lützens von Schumacher gemäßigert

Dr. Lützens brachte im Bundestag die Meinung der Mitglieder der SPD zum Ausdruck

Bonn. Der außenpolitische Referent beim Parteivorstand der SPD, Dr. Gerhard Lützens, ist durch das von Dr. Schumacher geforderte Scherbengericht wegen seiner Rede im Bonner Bundestag gemäßigert worden. Lützens darf sich nicht mehr "außenpolitischer Referent" bezeichnen. Er wird aus dem außenpolitischen Ausschuß des Bonner Bundestages zurückgezogen und soll in Zukunft innerhalb der SPD-Fraktion und des SPD-Parteivorstandes nur noch mit untergeordneten Arbeiten betraut werden.

Dr. Gerhard Lützens, seit 1919 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hatte am Dienstag vor dem Bonner Bundestag festgestellt, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit als vordringliche Forderung erhoben werden müsse und nicht als ein außenpolitisches Ziel. Die Verträge, die Adenauer abzuschließen beabsichtigt, erschwerten die Wiedervereinigung Deutschlands und machten sie unmöglich, wenn sie nicht die westlichen Mächte "jenseits" erklärte Dr. Lützens.

Nach während der Sitzung beschlossen der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher, sein Stellvertreter Erich Ollenhauer und der Vizepräsident des Bonner Parlaments, Carlo Schmid, die Veröffentlichung einer Erklärung, in der Dr. Lützens preisgegeben wurde, weil er rechtlich SPD-Führer entschlossen sind, weiter nur Scheinopposition zu treiben und Adenauers volksfeindliche Politik zu unterstützen.

Die Lützens ist inzwischen Mitglied von zahlreichen Funktionären und Mitgliedern der SPD bestätigt worden, daß er mit seinen Worten der Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung Ausdruck gegeben hat.

Neue Verzögerungen im innerdeutschen Handel

Berlin. Neue Verzögerungen treten

DIE SOWJETUNION

das Land



des Friedens



ZUM 34. JAHRESTAG

Herausgegeben von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

DEKRET ÜBER DEN FRIEDEN

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.—25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen.

Ein gerechter oder demokratischer Friede, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und der Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt und den die russischen Arbeiter und die Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste fordern, — ein solcher Friede ist nach Auffassung der Regierung ein sofortiger Friede ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Rußlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen — bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen.

Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht.

Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß sie die obengenannten Friedensbedingungen, keineswegs als ultimativ betrachtet, d. h. daß sie bereit ist, auch jegliche anderen Friedensbedingungen zu erwägen und lediglich darauf besteht, daß die Friedensbedingungen von irgendeinem kriegführenden Land möglichst rasch und mit vollster Klarheit bei unbedingter Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung angeboten werden.

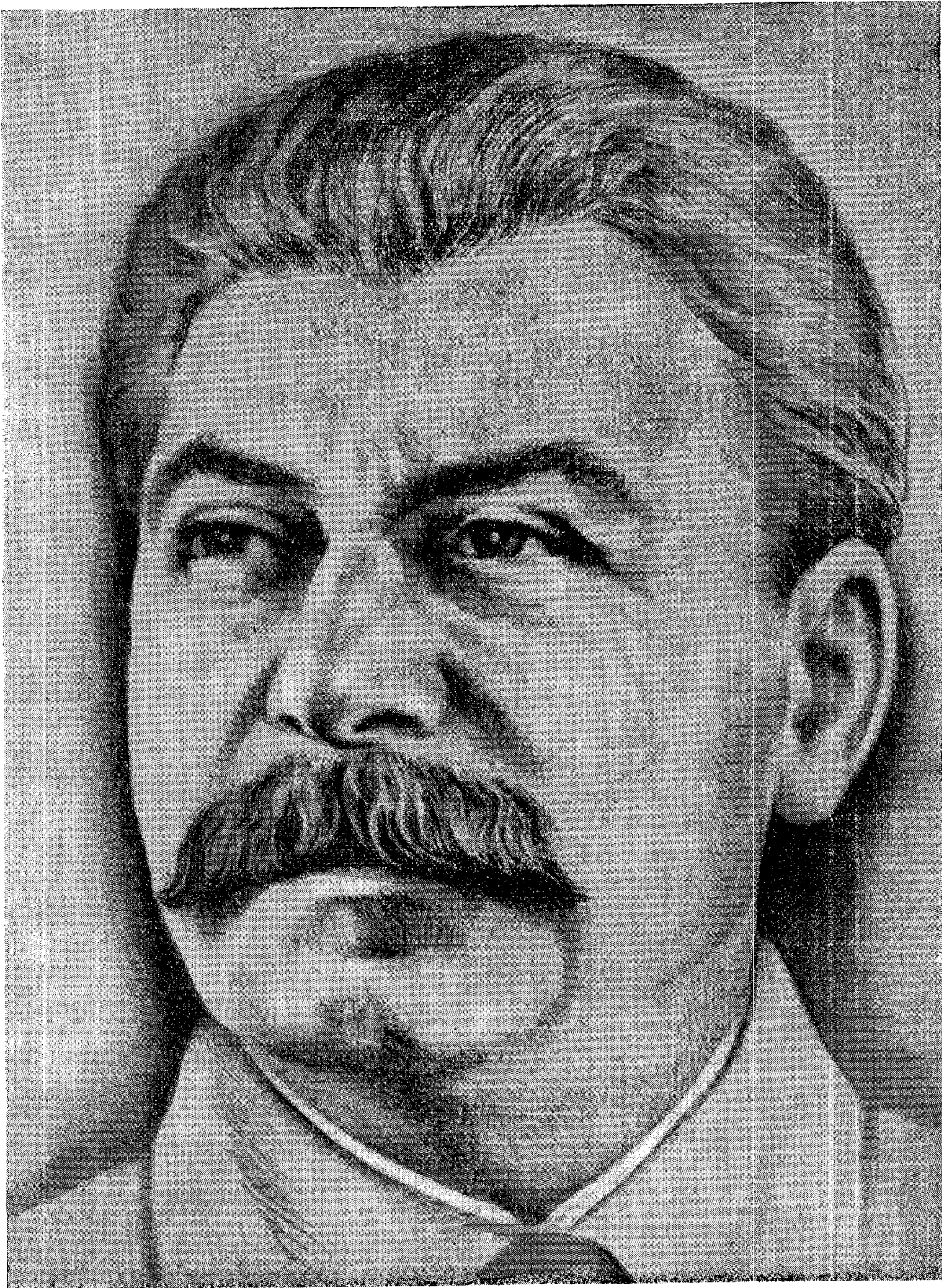
Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volke zu führen und geht unverzüglich dazu über, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden. Der ganze Inhalt dieser Geheimverträge, soweit er, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatte, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, wird von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.

Indem sich die Regierung an die Regierungen und Völker aller Länder mit dem Vorschlag wendet, sofort offene Verhandlungen über den Friedensschluß aufzunehmen, gibt sie ihrerseits ihrer Bereitschaft Ausdruck, diese Verhandlungen sowohl schriftlich, telegraphisch als auch durch mündliche Unterhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Länder oder auf Konferenzen dieser Vertreter zu führen. Um solche Unterhandlungen zu erleichtern, entsendet die Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter in die neutralen Länder.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie ihrerseits für wünschenswert hält, daß dieser Waffenstillstand auf mindestens drei Monate abgeschlossen werde, d. h. auf eine Frist, die völlig ausreicht sowohl für den Abschluß von Friedensverhandlungen, an denen Vertreter ausnahmslos aller Völkerschaften oder Nationen teilnehmen sollen, die in den Krieg hineingezogen oder hineingezwungen wurden, als auch für die Einberufung bevollmächtigter Versammlungen der Volksvertreter aller Länder zur endgültigen Bestätigung der Friedensbedingungen ...“

Das auszugsweise hier wiedergegebene „Dekret über den Frieden“ wurde von W. I. Lenin im Rahmen seiner „Rede über den Frieden“ vor dem „Allrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten und der Delegierten der Bauernsowjets“ am 8. November 1917 verlesen und angenommen.

Titelbild: Moskau, Symbol friedlicher Aufbauarbeit!
1950 wurden allein 500000 qm Wohnfläche geschaffen — 1951 werden es 710000 qm sein.
Bild Rückseite: Ehrenmal der Roten Armee in Berlin-Treptow



Die Sowjet-Union wird kein Land überfallen

Der Aggressor aber wird wohlgerüstet empfangen werden – Stalin-Interview zur Frage der Atomwaffe

Moskau. Die Zeitung „Prawda“ veröffentlichte die Antwort von Josef Wissarionowitsch Stalin an den Korrespondenten der „Prawda“ zur Frage der Atomwaffe.

Frage: „Was denken Sie über den Lärm, der kürzlich in der ausländischen Presse angesichts des Atombombenversuches in der Sowjetunion erhoben wurde?“

Antwort: „Tatsächlich wurde bei uns kürzlich ein Versuch mit einer der Arten von Atombomben durchgeführt. Versuche mit Atombomben verschiedener Kaliber werden auch weiterhin gemäß dem Plan zur Verteidigung unseres Landes gegen einen Überfall des anglo-amerikanischen aggressiven Blocks durchgeführt werden.“

Frage: „Angesichts des Atombombenversuches schlagen verschiedene Politiker der USA Alarm und schreien von einer Bedrohung der Sicherheit der USA. Gibt es irgendeinen Grund für eine solche Beunruhigung?“

Antwort: „Zu einer solchen Beunruhigung besteht keinerlei Anlaß. Den Politikern in den USA kann es nicht unbekannt sein, daß die Sowjetunion nicht nur gegen eine Anwendung der Atomwaffe eintritt, sondern auch für deren Verbot, für die Einstellung ihrer Produktion. Bekanntlich hat die Sowjetunion wiederholt das Verbot der Atomwaffe gefordert. Doch jedesmal stieß sie auf Ablehnung seitens der Mächte des Atlantikblocks.“

Das bedeutet, daß im Falle eines Überfalles der USA auf unser Land die herrschenden Kreise der USA die Atombombe anwenden werden. Eben dieser Umstand war es, der die Sowjetunion zwang, die Atombombe zu besitzen, um den Aggressoren wohlgerüstet zu begegnen.

Selbstverständlich wollen die Aggressoren, daß die Sowjetunion im Falle eines von ihnen gegen sie ausgeführten Überfalles ungerüstet ist. Doch die Sowjetunion ist damit nicht einverstanden und ist der Ansicht, daß man den Aggressor wohlgerüstet empfangen muß.

Folglich, wenn die USA nicht die Absicht haben, die Sowjetunion zu überfallen, so muß man die Beunruhigung der USA-Politiker für gegenstandslos und unecht halten, denn die Sowjetunion denkt nicht daran, jemals die USA oder irgendein anderes Land zu überfallen.

Die Politiker der USA sind unzufrieden darüber, daß nicht nur die USA, sondern auch andere Länder und vor allen Dingen die Sowjetunion über das Geheimnis der Atomwaffe verfügen. Sie möchten, daß die USA ein Monopol der Atombombenproduktion besitzen, daß die USA

die uneingeschränkte Möglichkeit haben, anderen Ländern Furcht einzuflößen, um sie zu erpressen. Doch wie kommen sie eigentlich dazu, so zu denken? Mit welchem Recht? Erfordern etwa die Interessen der Erhaltung des Friedens ein solches Monopol? Wäre es nicht richtig zu sagen, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält? Daß gerade die Interessen der Erhaltung des Friedens vor allen Dingen die Liquidierung eines solchen Monopols erfordern und damit das unbedingte Verbot der Atomwaffe?

Ich denke, daß die Anhänger der Atombombe nur in dem Fall zustimmen würden, wenn sie sehen, daß sie nicht mehr das Monopol besitzen.“

Frage: „Was denken Sie über eine internationale Kontrolle auf dem Gebiet der Atomwaffe?“

Antwort: „Die Sowjetunion setzt sich für das Verbot der Atomwaffe und für die Einstellung der Atomwaffenproduktion ein. Die Sowjetunion setzt sich für die Errichtung einer internationalen Kontrolle darüber ein, daß ein Beschluß über ein Verbot der Atomwaffe, die Einstellung der Atomwaffenproduktion und die Verwendung der bereits hergestellten Atombomben ausschließlich für zivile Zwecke mit aller Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird. Die Sowjetunion setzt sich gerade für eine solche internationale Kontrolle ein.“

Die amerikanischen Politiker sprechen auch von einer Kontrolle, doch ihre Kontrolle geht nicht von der Einstellung der Atomwaffenproduktion, sondern nur von der Fortsetzung dieser Produktion aus, dabei in einem Ausmaße, das den Rohstoffmengen entspricht, über die das eine oder andere Land verfügt. Folglich geht die amerikanische Kontrolle nicht von dem Verbot der Atomwaffe, sondern von ihrer Legalisierung und Legitimierung aus. Damit wird das Recht der Kriegsbrandstiftung mit Hilfe der Atomwaffe Zehntausende, ja Hunderttausende friedlicher Menschen zu vernichten, legalisiert.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß dies keine Kontrolle ist, sondern ein Hohn auf eine Kontrolle, ein Betrug an dem Friedenssehnen der Völker. Es ist begreiflich, daß eine solche Kontrolle die friedliebenden Völker nicht befriedigen kann, die das Verbot der Atomwaffe und die Einstellung ihrer Produktion fordern.“

34 JAHRE SOWJETISCHE FRIEDENSPOLITIK

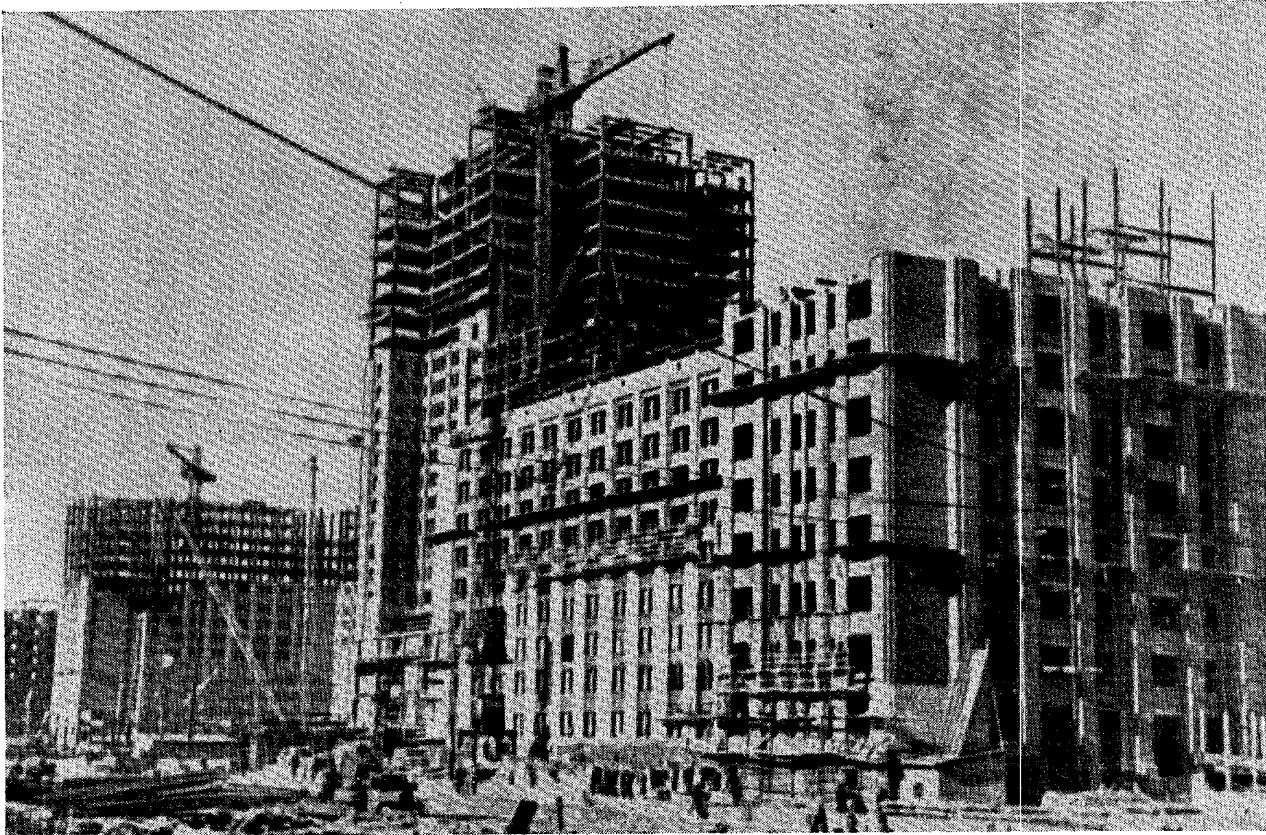
Zwei Grundsätze beherrschen die gesamte Außenpolitik der Sowjet-Union seit ihrem Bestehen:

1. Alles zu tun zur Erhaltung und Sicherung eines dauerhaften Friedens,
2. Die Wahrung der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Völker.

Diesen Grundsätzen ist die sowjetische Außenpolitik in jedem Augenblick des internationalen Geschehens treu geblieben.

Die Sowjetregierung kann darum auch — im Gegensatz zu den Regierungen der imperialistischen Mächte — ihre Absichten vor der ganzen Weltöffentlichkeit darlegen. Die Außenpolitik unterscheidet sich damit von der Politik der imperialistischen Mächte durch ihre Aufrichtigkeit. Schon im Jahre 1922 während der Konferenz von Genua beklagte sich der amerikanische Journalist Frank Vanderlip über diese Eigenart der sowjetischen Außenpolitik:

„Eines der größten Hindernisse auf dem Wege zur Er-



Hauptblock der staatlichen Universität in Moskau mit seinen 26 Stockwerken. Neben Unterrichtsgebäuden, Bibliotheken, Museen, Klubs und Turnhallen werden auf 160 ha Fläche auch Wohnhäuser für Professoren und Studenten erstellt.

Die Sowjetmacht ist entstanden im Ringen der Volksmassen Rußlands um die Beendigung des 1. Weltkrieges, um den Frieden. Darum war auch die erste außenpolitische Maßnahme der jungen Sowjetmacht der Funkspruch „An alle“. In dem Dekret über den Frieden hieß es:

„sie (die Sowjetregierung) verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht.“ (Siehe Seite 2 d. R.)

Die Friedenspolitik der Sowjet-Union liegt nicht nur im Interesse der Sowjetvölker, sondern aller Völker der Welt.

reichung eines befriedigenden gegenseitigen Verständnisses mit den Russen ist ihre Aufrichtigkeit. Sie glauben wirklich voll und ganz an die Richtigkeit der Position, die sie in ihren verschiedenen Erklärungen einnehmen. In einem gewissen Sinne sind die Vertreter anderer Mächte weniger aufrichtig.“

Historiker aus dem Westen schreiben über die Sowjetdiplomatie:

„Kennzeichnend für die Sowjetdiplomatie war ihre Neigung, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.“

Wer den Frieden will, kann die Dinge beim richtigen Namen nennen; dagegen haben die Kriegstreiber allen Grund, das Tageslicht zu scheuen und eine Politik hinter

dem Rücken der Völker zu treiben. Charakteristisch dafür sind die Geheimmemoranden und Geheimverhandlungen Adenauers über die Aufstellung westdeutscher Söldnerverbände. Da das deutsche Volk die Wiederaufrüstung ablehnt, führt Adenauer diese Politik hinter dem Rücken des Volkes und selbst hinter dem Rücken des Bundestages durch.

Lenin sagte einmal:

„Ehrlichkeit in der Politik ist das Ergebnis der Stärke. Heuchelei das der Schwäche.“

Weil Adenauer eine volksfeindliche Außen- und Innenpolitik führt, weil er weiß, daß seine Politik nicht nur keine Unterstützung bei den Volksmassen findet, sondern auf entschiedene Ablehnung stößt, muß er sie im Geheimen und unter allerlei Tarnungen durchführen. Weil dagegen die sowjetische Friedenspolitik den Interessen aller Völker dient, somit die Unterstützung aller friedliebenden Menschen findet, ist die Sowjetunion daran interessiert, daß die internationalen Fragen in aller Öffentlichkeit behandelt werden. Darum wendet sich die Sowjetregierung in allen entscheidenden Fragen direkt an die Volksmassen, so wie es der Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat, Malik, tat, womit er die amerikanischen Imperialisten zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea zwang.

So wandte sich der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion, Generalissimus J. W. Stalin, mit seinem Interview in der Prawda im Frühjahr 1951 an die ganze Weltöffentlichkeit, indem er sagt:

„Sie, die aggressiven Kräfte, halten in ihren Händen die reaktionären Regierungen und lenken sie. Gleichzeitig aber fürchten sie ihre Völker, die keinen neuen Krieg wollen und für die Erhaltung des Friedens sind. Deshalb bemühen sie sich, die reaktionären Regierungen dazu zu benutzen, ihre Völker durch Lügen irrezuführen, sie zu betrügen und einen neuen Krieg als einen Verteidigungskrieg, die friedliche Politik der friedliebenden Länder aber als eine aggressive Politik darzustellen. Sie bemühen sich, ihre Völker zu betrügen, um ihnen die aggressiven Pläne aufzuzwingen und sie in einen neuen Krieg hineinzuziehen. Eben deshalb fürchten sie die Kampagne zur Verteidigung des Friedens, in der Angst, daß die Kampagne die aggressiven Absichten der reaktionären Regierungen entlarven könnte.“

Und fordert er die Menschen zur Verteidigung des Friedens auf:

„Der Friede wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum Äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegshetzern gelingt, die Volksmassen durch Lügen irrezuführen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.“

Der Kampf der Sowjetunion für allgemeine Abrüstung.

Wer den Frieden will, muß für allgemeine Abrüstung eintreten. Und in der Tat: am deutlichsten zeigt sich die Folgerichtigkeit der sowjetischen Außenpolitik und die Aufrichtigkeit ihrer Ziele und Bestrebungen im Kampf um die allgemeine Abrüstung.

Schon am 10. April 1922 veröffentlichte die sowjetische Delegation in Genua eine Deklaration:

„Die russische Delegation beabsichtigt im weiteren Verlauf der Konferenz eine allgemeine Herabsetzung

der Rüstungen vorzuschlagen und alle Vorschläge zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, die Lasten des Militarismus zu erleichtern, unter der Bedingung, daß die Armeen aller Staaten verringert und die Regeln der Kriegsführung durch ein völliges Verbot der barbarischsten Formen, wie der Anwendung von Giftgasen, des Luftkrieges u. a., insbesondere auch der Anwendung von Zerstörungsmitteln, die sich gegen die friedliche Bevölkerung richten, ergänzt werden.“

Am 30. November 1927 trat die sowjetische Delegation in der vorbereitenden Kommission für Abrüstung mit dem Vorschlag der allgemeinen Abrüstung auf. Diese, auf die allgemeine Abrüstung zielende Politik setzte die Regierung der Sowjetunion nach 1945 konsequent fort. In den Vereinten Nationen trat sie ein für:

Das Verbot der Atomwaffe und die Einführung einer internationalen Kontrolle über die Erfüllung des Abkommens bezüglich dieses Verbots, die Einschränkung der Rüstungen der fünf Großmächte um ein Drittel.

In seinem neuen Interview mit der Prawda sagte Stalin:

„Die Sowjetunion setzt sich für das Verbot der Atomwaffe und für die Einstellung der Atomwaffenproduktion ein. Die Sowjetunion setzt sich für die Errichtung einer internationalen Kontrolle darüber ein, daß ein Beschluß über ein Verbot der Atomwaffe, die Einstellung der Atomwaffenproduktion und die Verwendung der bereits hergestellten Atombomben ausschließlich für zivile Zwecke mit aller Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird. Die Sowjetunion setzt sich gerade für eine solche internationale Kontrolle ein.“

Darum kämpft die Sowjetunion auch konsequent gegen die Wiedererrichtung des deutschen und japanischen Militarismus, für die Entmilitarisierung Deutschlands und Japans, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland.

Die Sowjetunion tritt für allgemeine Rüstungsbegrenzung ein, weil die Rüstungshysterie eine furchtbare Gefahr für den Frieden ist und weil jede neue Kanone ein Verlust für den friedlichen Aufbau ist. In seinem Interview mit dem Korrespondenten der Prawda sagt Stalin im Frühjahr 1951:

„Premierminister Attlee mußte aus eigener Erfahrung, wie auch aus der Erfahrung der USA wissen, daß die Vergrößerung der Streitkräfte des Landes um ein Vielfaches und das Wettrüsten zur Entfaltung der Kriegsindustrie zur Stilllegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und zur Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel führt.

Es ist verständlich, daß, wenn die Sowjetunion die Friedensindustrie nicht einschränkt, sondern im Gegenteil erweitert, wenn sie den Bau neuer, grandioser Wasserkraftwerke und Bewässerungssysteme nicht stilllegt, sondern im Gegenteil entfaltet, wenn sie die Politik der Preissenkung nicht einstellt, sondern im Gegenteil fortsetzt, sie damit nicht gleichzeitig ihre Kriegsindustrie aufblähen und ihre Streitkräfte vergrößern kann, ohne dabei zu riskieren, daß der Bankrott eintritt.“

Wer Butter, menschenwürdige Wohnungen und wachsenden Wohlstand für das Volk will, muß gegen die wahnwitzige Aufrüstung kämpfen.

Die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden Systeme

In ihrer Außenpolitik geht die Sowjetunion davon aus, daß die beiden gesellschaftlichen Systeme, die auf der Welt bestehen — das kapitalische und das sozialistische — friedlich nebeneinander existieren können und daß die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen ihnen besteht.

In seiner Unterredung mit dem leitenden Mitglied der republikanischen Partei in den USA, Harold Stassen, sagte Stalin im April 1947:

„Zum erstenmal hat Lenin den Gedanken der Zusammenarbeit der zwei Systeme geäußert. Lenin ist unser Lehrer, und wir Sowjetmenschen sind Lenins Schüler. Von Lenins Weisungen sind wir niemals abgewichen und werden wir niemals abweichen.“

Schon im März 1939 hatte Stalin über die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik gesagt:

„Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern... auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten werden, soweit sie nicht versuchen, die Interessen unseres Landes zu verletzen.“

Von den Feinden der Sowjetunion, die heute den „Russenschreck“ benutzen wollen, um die Ablehnung des deutschen Volkes gegenüber den Remilitarisierungsplänen zu überwinden, wird behauptet, die Sowjetunion beabsichtige, Deutschland und den anderen Ländern das sowjetische Gesellschaftssystem aufzuzwingen. In seiner Unterredung mit Roy Howard im Jahre 1936 hat Stalin diese verleumderische Erfindung bereits entlarvt, indem er sagte:

„Wenn Sie denken, daß die Sowjetmenschen selbst und noch dazu mit Gewalt das Gesicht der sie umgebenden Staaten ändern wollen, so irren Sie sich gewaltig. Die Sowjetmenschen möchten natürlich, daß das Gesicht der sie umgebenden Staaten sich ändere, doch ist dies Sache der sie umgebenden Staaten selbst... Export der Revolution — das ist Unsinn. Jedes Land wird, wenn es will, selbst seine Revolution machen, und wenn es nicht will, so wird es keine Revolution geben.“

Die ganze Geschichte der sowjetischen Außenpolitik bestätigt die Richtigkeit der Worte Stalins. Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ist ein eherner Grundsatz der Sowjetunion. Das zeigt sich auch in der sowjetischen Deutschlandpolitik heute. Die Sowjetunion tritt für den sofortigen Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland ein. Damit würde das deutsche Volk Herr im eigenen Hause sein und könnte sich sein Leben nach eigenem Ermessen einrichten.

Dagegen soll nach den Washingtoner Abmachungen dem deutschen Volk der Friedensvertrag verweigert, das Besatzungsregime verewigt und das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werden.

Die Sowjetunion ist daran interessiert, daß die beiden gesellschaftlichen Systeme in einen friedlichen Wettbewerb zueinander treten, daß die beiden Systeme nicht im Kriege, sondern in der friedlichen Aufbauarbeit, in der Hebung des Wohlstands und der Kultur der Volksmassen ihre Kräfte messen. Die Sowjetmenschen haben keinen Zweifel darüber, daß sie diesen friedlichen Wettbewerb bestehen werden.

Stalin sagt in seinem Interview mit Stassen weiter:

„Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit besteht immer, jedoch nicht immer besteht der Wunsch nach Zusammenarbeit.“

Die Sowjetunion hat diesen Wunsch, aber die imperialistischen Kräfte in den USA und in Westdeutschland wünschen diese Zusammenarbeit nicht. Offen wird Propaganda für den Präventivkrieg gegen die Sowjetunion gemacht. Offen wird die Forderung nach der Bombardierung sowjetischer Städte mit Atombomben erhoben. Rings um die Sowjetunion, die Volksdemokratien und China werden Stützpunkte für Atombombenangriffe geschaffen. Weil die Bankherren der Wallstreet den friedlichen Wettbewerb zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen fürchten, wollen sie den Atomkrieg gegen die Sowjetunion führen. Das zwingt die Sowjetunion zu Gegenmaßnahmen, um den Kriegsinteressenten zu zeigen, daß ein neuer Angriff auf die Sowjetunion ebenso wie der Überfall Hitlers nur mit der Vernichtung des Angreifers enden kann. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR Stalin sagte in diesen Tagen in seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“:

„Das bedeutet, daß im Falle eines Überfalles der USA auf unser Land die herrschenden Kreise der USA die Atombombe anwenden werden. Eben dieser Umstand war es, der die Sowjetunion zwang, die Atomwaffe zu besitzen, um den Aggressoren wohlgerüstet zu begegnen.“

Selbstverständlich wollen die Aggressoren, daß die Sowjetunion im Falle eines von ihnen gegen sie ausgeführten Überfalles ungerüstet ist. Doch die Sowjetunion ist damit nicht einverstanden und ist der Ansicht, daß man den Aggressor wohlgerüstet empfangen muß.

Folglich, wenn die USA nicht die Absicht haben, die Sowjetunion zu überfallen, so muß man die Beunruhigung der USA-Politiker für gegenstandslos und unecht halten, denn die Sowjetunion denkt nicht daran, jemals die USA oder irgend anderes Land zu überfallen.“

Das deutsche Volk muß für Frieden und Freundschaft zur Sowjetunion eintreten, denn seine ganze Geschichte beweist, daß Krieg mit Rußland ihm nationales Leid gebracht, daß die Freundschaft mit der Sowjetunion aber dem deutschen Volk geholfen hat. Ein neuer Krieg gegen die Sowjetunion würde Westdeutschland zum Kriegsschauplatz machen und damit zu seiner Vernichtung führen. Freundschaft mit der Sowjetunion aber sichert den Frieden in Europa und damit Glück und Wohlstand für unser Volk.

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“ (Stalin)

STALIN:

„DER DEUTSCHE STAAT BLEIBT“

1918. — In Versailles sitzen die „Friedensmacher“ zusammen und beraten, wie der Kuchen Deutschland verteilt werden soll. Hinter den Kulissen gibt es ein zähes Ringen zwischen den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der USA und Italiens.

In das Feilschen hinein platzt die Bombe der Veröffentlichung der zaristischen Geheimverträge durch die Sowjetregierung. Im Frühjahr 1917 hatte der Zar, kurz vor seinem Sturz — ein Geheimabkommen mit Frankreich getroffen. Ein imperialistisches Kompensationsgeschäft, — das zaristische Rußland stimmte darin der Abtrennung sämtlicher linksrheinischer deutscher Gebiete zu, während Frankreich die zaristischen Ansprüche auf Konstantinopel und die Meeren unterstüzte.

Eine völlige Verwirrung im Lager der Siegermächte des ersten Weltkrieges entsteht. Ihre inneren Gegensätze werden publik. Lord Balfour erklärt im britischen Unterhaus: „Wir haben das nicht gewollt. Wir haben diese Idee nicht begünstigt.“ Der Streit der „Großen“ hat zur Folge, daß die linksrheinischen Gebiete Deutschland erhalten bleiben.

Wütend stecken die westlichen Diplomaten die Köpfe zusammen. Was ist das für ein Land, die Sowjetmacht? Diese Russen sind ja unberechenbar. In aller Öffentlichkeit werfen sie alle guten Regeln unserer Geheimdiplomatie über den Haufen.

„Unberechenbar“ — das ist ein Wort, das man auch in Deutschland über die „Russen“ oft zu hören bekommt. Dabei ist des Rätsels Lösung so einfach. Die sowjetische Außenpolitik ist nur für den geheimnisvoll, der nicht begreifen will, daß dieses große Land die Grundsätze seiner Friedenspolitik nicht nur verkündet, sondern auch danach handelt.

Das war allerdings etwas unerhört Neues in den diplomatischen Beziehungen der Völker. Die erste außenpolitische Handlung des Sowjetlandes war in seiner Geburtsstunde das „Dekret über den Frieden“ und der historische Ruf „An Alle“. Darin hieß es: „Wir kämpfen gegen den Betrug der Regierungen, die alle mit Worten vom Frieden sprechen, tatsächlich aber räuberische Eroberungskriege führen.“

Der Ruf „An Alle“ wandte sich nicht nur an die Regierungen der anderen Staaten, sondern an die Völker selbst. So etwas gab es nicht in der bisherigen Geschichte der Diplomatie. Die Frage der Beziehungen der Völker untereinander war auf eine völlig neue Weise gestellt. Wem hätte eine solche Politik der Sowjetunion besser helfen können als dem deutschen Nachbarvolke, das infolge der räuberischen Politik Wilhelms II. in Versailles dann selbst unter die Räuber gefallen war.

Lenin verurteilte den Versailler Vertrag als „Raubfriede-

den“. Die Sowjetunion weigerte sich, an diesem Vertrag teilzunehmen. Die deutschen Vertreter in Versailles aber nutzten ihre große Chance nicht. Sie optierten für den imperialistischen Westen und wählten das Joch kolonialer Abhängigkeit.

Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß ohne die Existenz der Sowjetunion die Versailler „Friedensmacher“ Deutschland mit Haut und Haaren geschluckt hätten.

Vor 1914 hatte Deutschland die nüchterne Politik Bismarcks gegenüber Rußland über Bord geworfen. Die Folge war die Katastrophe von 1918. Unbelehrt begannen die deutschen Politiker den Weg in den zweiten Weltkrieg. Blind — bis auf wenige Ausnahmen — war für sie die Karte des Antisowjetismus der Trumpf, der für die Räuberpläne des deutschen Imperialismus stechen sollte. Es kam dann, wie es kommen mußte.

Unheimlich ist diese Wiederkehr der Geschichte. Kann man sich einen Deutschen vorstellen — und sei es der getreueste Gefolgsmann Hitlers gewesen — der sich nicht vor den Kopf schlägt: Hätten wir nicht die Sowjetunion überfallen!

Zweiter Weltkrieg. Was wird werden? In den Nächten, wenn die Deutschen, die um die Zukunft ihres Vaterlandes bangten und Hitler verfluchten, am Radio saßen und heimlich London hörten, bekamen sie es gesagt: Totale Kapitulation, totale Vernichtung des deutschen Staates. Der Morgenthau-Plan der Anglo-Amerikaner wird bekannt, der die Zerstörung der gesamten deutschen Industrie zum Ziel hatte, und der in Quebec zwischen Churchill und den USA vereinbart wurde. Schon in Teheran im März 1943 hatten die Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht, Deutschland in fünf Teile zu spalten.

Was blieb für eine Hoffnung für die Deutschen? Ein einziger Lichtblick blieb aus diesen düsteren Tagen, in denen Hitler das deutsche Volk der Katastrophe entgegentrieb:

23. Februar 1942. Radio Moskau gibt den Armeebefehl Stalins wieder, in dem die denkwürdigen Worte stehen:

„Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte lehren: Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“

Welch ein Wort! Mitten in einer Zeit gesprochen, als Hitlers Heere die Sowjetunion brandschatzten und verwüsteten. Welch ein Mut! Welch eine Konsequenz der aufrichtigen Friedenspolitik, die in allen Wirren des Krieges an dem Grundsatz des nationalen Rechtes der Völker auf Souveränität festhält!

Heute wissen wir aus Aktenveröffentlichungen, wie die Sowjetunion dieses Recht der Deutschen in harten Aus-

einandersetzungen mit ihren westlichen Bundesgenossen in der Anti-Hitlerkoalition immer wieder vertreten und durchgesetzt hat.

Am 9. Mai 1945, am Siegestag, erklärte Stalin: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.“

Von Versailles 1918 bis Potsdam 1945 — die sowjetische Politik ist sich treu geblieben. Wissen eigentlich die Deutschen, die heute so leichtfertig das Potsdamer Abkommen verdammen, wie der Inhalt dieses Dokuments ohne die Teilnahme der Sowjetunion ausgesehen hätte? Die deutsche Landkarte wäre so bunt wie nach dem 30jährigen Kriege.

Noch im Juli 1945 legte der amerikanische Präsident

De

10

ministe.

wir die

densverträge.

letzten Zeit 1.

lung Deutschlan.

sprechen, von eine

Lostrennung des Ru.

aber schon gesagt, dab

unsere Aufgabe sein da.



Hunderte sowjetischer Traktoren helfen den deutschen Bauern auf den Feldern der Deutschen Demokratischen Republik bei friedlicher Aufbauarbeit — nicht zerstörende Panzer für den Krieg.

Truman, wie Admiral William D. Leahy mitteilt, in Potsdam einen Teilungsplan vor, der eine Dreiteilung Deutschlands — und zwar die Bildung eines süddeutschen Staates, eines norddeutschen Staates und eines kontrollierten Weststaates vorgesehen hat.

Am 17. März 1947 erinnerte Molotow rückblickend: „Auf der Berliner (Potsdamer) Konferenz schlug das Haupt der Sowjetregierung, Generalissimus Stalin vor, eine deutsche Zentralverwaltung zu schaffen, die imstande sein würde, die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu gewährleisten. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Konferenzteilnehmern nicht angenommen.“

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz sahen vor, eine Reihe wirtschaftlicher Zentralverwaltungen für ganz Deutschland zu bilden, an deren Spitze deutsche Staatssekretäre stehen, und die unter Leitung des Kontrollrates tätig sein sollten. Doch blieb dieser Beschluß, dessen Durchführung die Sowjetregierung außerordentlich große Bedeutung beimaß und beimiß, unverwirklicht.

Warum blieben sie unverwirklicht? Hat es an der Sowjetunion gelegen? Nur ein Narr oder ein Kriegspropagandist, der wissentlich aus weiß schwarz macht, kann das behaupten.

Friedens und der Ruhe teuer sind.“

Oktober 1946. Interview Stalins mit dem Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Hugh Baillie: „Man muß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschlands wiederherstellen.“

Frühjahr 1947. Konferenz des Außenministerrates in Moskau. Molotow wirft abermals — nachdem im Herbst 1946 durch Bildung der angloamerikanischen Bizone die Zerstückelung Deutschlands weiter vorangetrieben wurde, die Frage der deutschen Einheit und des Friedensvertrages auf: „Die Sowjetregierung ist heute der Meinung, daß die Frage der Bildung einer deutschen Regierung nicht länger aufgeschoben werden kann.“ Der konkrete Vorschlag Molotows: „Deutschland wird als einheitlicher, friedliebender Staat, als demokratische Republik mit einem aus zwei Kammern bestehendem gesamtdeutschen Parlament und einer gesamtdeutschen Regierung wiederhergestellt, wobei die verfassungsgemäßen Rechte der Länder zu sichern sind.“

Winter 1947. Außenministerkonferenz in London. Molotow: „Es geht nicht an, daß man keine Rücksicht nimmt auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes, das man

des legitimen Rechts auf einen selbständigen Staat nicht zu veräußern. Die Bildung einer demokratischen Regierung für ganz Deutschland wird in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz als unaufschiebbar anerkannt. Es wird festgelegt, daß die Regierung Deutschlands auf der Friedenskonferenz die Möglichkeit erhält, ihre Meinung zum Friedensvertrag zu äußern...

Die USA widersetzten sich der Behandlung des deutschen Friedensvertrages und haben die Verhandlung gesprengt.

Juni 1948. Nachdem im Sommer 1948 die Spaltung Deutschlands infolge der Londoner Beschlüsse der drei Westmächte konkrete Formen angenommen hat, trat auf Initiative der Sowjetunion in Warschau eine Konferenz der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien

Oktober 1950. Nach der New Yorker Konferenz der Westmächte, die am 19. September 1950 die Remilitarisierung Westdeutschlands beschlossen hat, trafen sich am 20. Oktober die Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik in Prag.

Die Prager Erklärung: „Unverzüglicher Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen,



Einer der vielen Transporte mit Schweinefleisch aus der Sowjetunion wird im Magdeburger Schlachthof übernommen.

zusammen. Kern der Warschauer Beschlüsse:

„Nach Übereinkommen zwischen den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA Bildung einer provisorischen, demokratischen, friedliebenden, gesamtdeutschen Regierung. Abschluß eines Friedensvertrages gemäß den Potsdamer Beschlüssen, damit die Besatzungstruppen binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages abgezogen werden.“

Juni 1949. Außenministerkonferenz in Paris anlässlich der Behandlung der Berliner Frage. Vorschlag Wyschinskis, daß die vier Großmächte innerhalb von drei Monaten Entwürfe eines Friedensvertrages mit Deutschland vorlegen sollen. „Schaffung eines gesamtdeutschen Staatsrates auf der Grundlage der gegenwärtig in der Ostzone und in den Westzonen bestehenden deutschen Wirtschaftsorgane als wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Zentrale Deutschlands mit Regierungsfunktionen auf dem Gebiet des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus.“

Die Westmächte schufen stattdessen im Herbst 1949 den westdeutschen Separatstaat.

souveränen, demokratischen und friedliebenden, provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Beratung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist.“

21. September 1951. General W. S. Tschuikow, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission, zum Volkskammerappell:

„Wir sind der Ansicht, daß das deutsche Volk und die von ihm gewählten Organe ein Recht darauf haben, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage selbst in die Hand zu nehmen, ebenso wie sie ein Recht darauf haben, ihre Meinung frei darüber zu äußern, daß es notwendig ist, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.“

6. Oktober 1951. Anlässlich der Feiern zum zweijährigen Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik heißt es

in der Begrüßungsrede Kusnezows, Mitglied des Ministerrates der UdSSR:

„Die Sowjetunion verteidigt überall und bei jeder Gelegenheit, wo auch immer von Deutschland die Rede ist, ständig das Recht des deutschen Volkes auf seinen einheitlichen, auf demokratischen und friedlichen Grundlagen beruhenden Staat.“

Kusnezow fügt hinzu:

„Bei der Beseitigung der von den amerikanischen und englischen Imperialisten herbeigeführten Spaltung Deutschlands fällt die entscheidende Rolle dem deutschen Volke selbst zu.“

Wo stehen die Freunde Deutschlands? Muß man das noch fragen? Aus jeder Zeile dieses Geschichtsbuches der Nachkriegszeit spricht es zwingend zu den Deutschen:

Freundschaft mit der Sowjetunion ist die einzige und reale Politik, um Deutschland seine Einheit und Unabhängigkeit zurückgewinnen zu lassen.

Ist das nicht eine Erfahrung, die genutzt und konsequent weitergeführt, dem deutschen Volke die bitterste Katastrophe seiner Geschichte erspart hätte? Blicken wir noch einmal zurück!

16. April 1922. Deutschland ist isoliert. Auf der Konferenz in Genua behandeln die Westmächte den deutschen Vertreter wie einen Hausknecht. Da schließen in dem kleinen Nachbarort Rapallo der sowjetische Außenminister Tschitscherin und Rathenau den Vertrag ab, der in der gesamten Weltöffentlichkeit sensationelles Aufsehen erregt. Es ist der erste Vertrag mit dem geschlagenen Deutschland auf der Basis völliger Gleichberechtigung. Er gibt Deutschland politisch und wirtschaftlich den Atem wieder frei. Die Westmächte sind bestürzt, aber Deutschland hat den ersten Schritt in die Gemeinschaft freier Nationen nach 1918 getan.

Heute noch läßt das Wort Rapallo alle diejenigen zittern, die fürchten, daß Deutschland wieder selbständig handeln könnte. Die ganze amerikanische Nachkriegspolitik wird bestimmt von der Angst vor einem deutsch-sowjetischen Übereinkommen.

Anläßlich des Volkskammerappells verdammt Adenauer ausdrücklich das Abkommen von Rapallo und schwor den Westmächten, niemals eine solche — wie er sagte — „Schaukelpolitik“ zu machen.

Schaukelpolitik machten allerdings damals die deutschen Politiker, weil sie die Politik von Rapallo nicht konsequent fortsetzten. Sie lernten nicht einmal aus den schweren 30er Jahren der Weltwirtschaftskrise, als es nur den gewaltigen Aufträgen der Sowjetunion zu verdanken war, daß die deutsche Wirtschaft nicht völlig zusammenkrachte.

Der politische Freund und der natürliche wirtschaftliche Partner Deutschlands, das ist die Sowjetunion. Deutsch-sowjetische Freundschaft ist heute in dem östlichen Teil Deutschlands in die Tat umgesetzt worden. Die Deutsche Demokratische Republik fährt gut dabei.

Das begann in der ehemaligen Ostzone, als die sowjetische Besatzungsmacht solch grundlegende Reformen wie die Bodenreform und die Entmachtung der Monopol-



In Chemnitz wurden 400 t Butter aus der Sowjetunion ausgeladen. Auch Sie helfen mit an der Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung der DDR.

herren nicht hinderte sondern förderte, als sie den deutschen demokratischen Parteien und Organisationen schon kurz nach der Kapitulation den Weg zum demokratischen und selbständigen Handeln freigab.

Am zweiten Jahrestage der Deutschen Demokratischen Republik konnte ihr Ministerpräsident eine stolze Bilanz der freundschaftlichen und schöpferischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vorlegen.

Freundschaft mit der Sowjetunion für ganz Deutschland. Immer werden wir an die Worte erinnert die in dem historischen Telegramm Stalins anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik stehen. Stalin spricht von einem „Wendepunkt in der Geschichte Europas“, und sagt:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung der Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten ...“

Kein Staatsmann der Westmächte kann den Deutschen so etwas sagen. Wenn sie „Gleichberechtigung“ sagen, dann meinen sie deutsches Kanonenfutter, wenn sie „Stärke“ sagen, dann meinen sie Krupp und das westdeutsche Rüstungspotential, wenn sie „Einheit“ sagen, dann meinen sie den Bruderkrieg.

Stalin aber kann sagen: Unabhängigkeit, Stärke und Einheit. Wir können sie gewinnen in Freundschaft mit der Sowjetunion. Die sowjetische Politik meint was sie sagt.

Hymne der Sowjetunion

Von Rußland, dem großen, auf ewig verbündet
Steht machtvoll der Volksrepubliken Bastion.
Es lebe, vom Willen der Völker gegründet,
Die einig und mächtige Sowjetunion!

Ruhm sei und Lobgesang dir, freies Vaterland!
Freundschaft der Völker hast fest du gefügt.
Fahne der Sowjetmacht, Fahne in Volkes Hand,
Du sollst uns führen von Sieg zu Sieg.

O Sonne der Freiheit durch Wetter und Wolke!
Von Lenin, dem großen, ward Licht unsrem Pfad.
Und Stalin erzog uns zur Treue dem Volke,
Beseelt uns zum Schaffen, zur heldischen Tat.

Ruhm sei und Lobgesang dir, freies Vaterland!
Glück deiner Völker hast fest du gefügt.
Fahne der Sowjetmacht, Fahne in Volkes Hand,
Du sollst uns führen von Sieg zu Sieg.

Wir haben in Schlachten das Heer uns geschaffen,
Und schlagen den Feind, der uns frech überrannt,
Entscheiden das Los von Geschlechtern mit Waffen
Und führen zum Ruhm unser heimatlich Land.

Ruhm sei und Lobgesang dir, freies Vaterland!
Ruhm deiner Völker hast fest du gefügt.
Fahne der Sowjetmacht, Fahne in Volkes Hand,
Du sollst uns führen von Sieg zu Sieg.

Deutsche Nationalhymne

Auferstanden aus Ruinen
und der Zukunft zugewandt,
laß es Dir zum Guten dienen,
Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen,
und wir zwingen sie vereint,
denn es muß uns doch gelingen,
daß die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint,
über Deutschland scheint.

Glück und Frieden sei beschieden
Deutschland, unserm Vaterland,
alle Welt sehnt sich nach Frieden,
reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen,
schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen,
daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint,
ihren Sohn beweint.

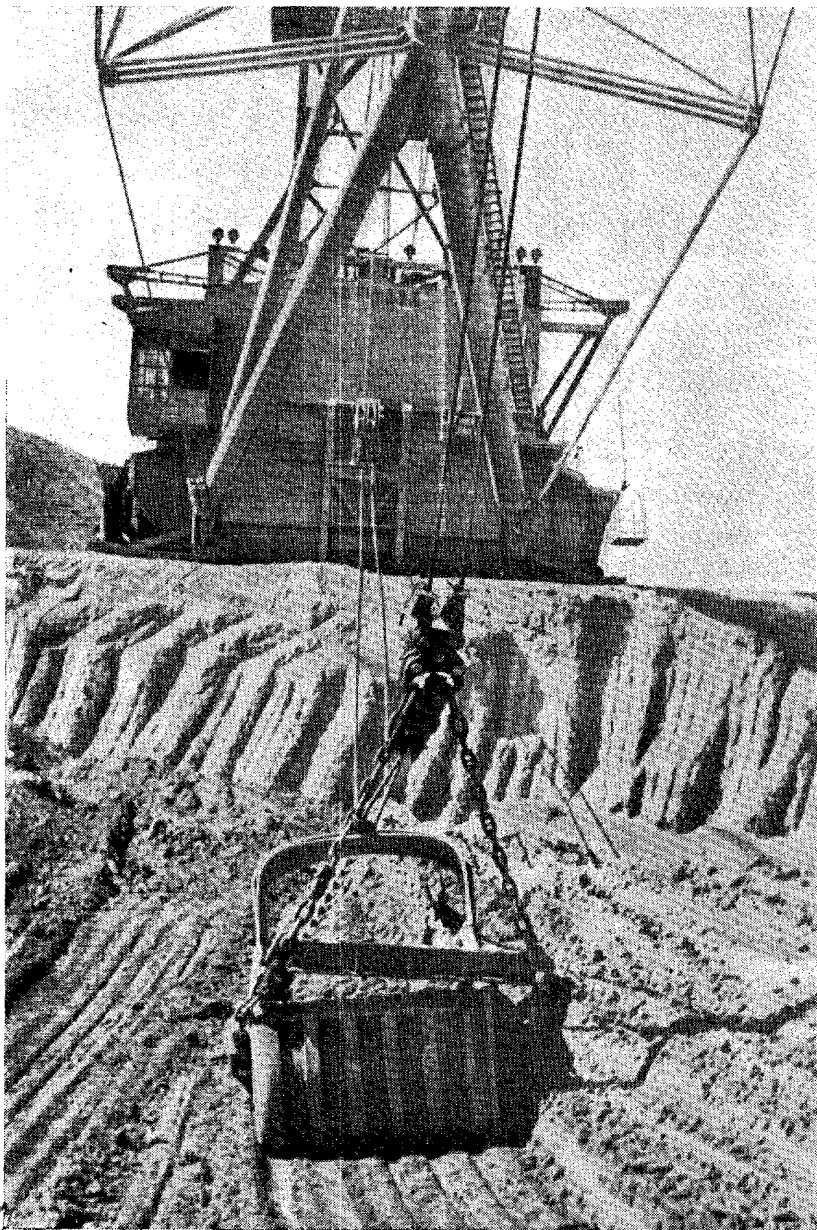
Laßt uns pflügen, laßt uns bauen,
lernt und schafft wie nie zuvor
und der eignen Kraft vertrauend,
steigt ein neu Geschlecht empor,
Deutsche Jugend, bestes Streben
unsres Volkes in dir vereint,
wirst du Deutschlands neues Leben.
Und die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint,
über Deutschland scheint.

Wer für den Frieden baut...

Vom Bau des Wolga-Don-Kanals

Ein Jahr noch, und die ersten Schiffe werden, mit wertvoller Fracht beladen, den Wolga-Don-Kanal hinunterfahren. Wo sich vor nicht allzu langer Zeit noch trostlose kahle Steppengebiete, mit kümmerlicher Vegetation, erstreckten und die wenigen kleinen Flußläufe wie die Sarpa, Tschirwlenaja und Karpowka schon in den ersten Sommermonaten versiegten, herrscht

heute Tag und Nacht ein ununterbrochenes reges Treiben auf dem langgestreckten Baugelände von der Wolga bis zum Don. Zwischen Krasnoarmeisk und der Kosakensiedlung Zimljansk ragen die Spitzen der Turmkräne auf, und mächtige Bagger schachten Millionen Kubikmeter Erde aus. Moderne Betonpumpen, zu deren Bedienung nur eine kleine Zahl qualifizierter Fach-



Hunderte und aber hunderte solcher schreitender Bagger sind bei den Großbauten zur Umgestaltung der Natur in der Sowjetunion eingesetzt. 14 cbm Erde faßt der Baggereimer und kann sie 130 m weit befördern.

arbeiter erforderlich ist, betonieren den Boden und die Wände der Schleusen. Alle schweren körperlichen Arbeiten werden von komplizierten Maschinen einheimischer Produktion ausgeführt. Zahlreiche Selbstentlader transportieren das Erdreich und die Baustoffe, und riesige Saugbagger bereiten die Kanalarinne vor. In einer einzigen Stunde werden von den an der Kanalstrecke eingesetzten Baggern zehntausende Kubikmeter Erdreich ausgehoben.

Es gibt viele „Wundermaschinen“ auf dem Baugelände des Wolga-Don-Kanals, doch das sichere Unterpfand des Erfolges sind die Menschen, die Kader qualifizierter Facharbeiter, die ihre komplizierten Maschinen und Werkzeuge mit sicherem Griff beherrschen und sich bewußt sind, mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer glücklichen Zukunft leisten. Da ist zum Beispiel das Gelände der Schleuse Nr. 13. Viele Schwierigkeiten mußten die Erbauer überwinden. Mit schreitenden Baggern, Eimerbaggern, Schrappern, Grubbern und Bulldozern nahm das Kollektiv den Kampf mit dem Erdreich auf, bis es in einer Tiefe von fünf Metern auf das erste große Hindernis stieß: unerwartet trat starkes Grundwasser auf, drang in die verschiedenen Abschnitte des Baugeländes, und an den Eimern der Bagger setzten sich mächtige Erdklumpen fest, die immer wieder eine Unterbrechung der Arbeit zur Reinigung der Aggregate erforderte. In enger Zusammenarbeit mit einem Kollektiv von Fachleuten für Grundwasserbeseitigung, und mit Hilfe modernster Pumpgeräte nahmen die Erbauer des Kanals den schweren zähen Kampf gegen die Überschwemmung des Bauplatzes auf. Doch als der Erfolg sicher schien, setzte starker Frost ein, der das Eindringen der Baggereimer und Bulldozer-Messer in das Erdreich verhinderte. Die Arbeit aber durfte keine Unterbrechung erfahren. Gewaltige Grubber brachen den gefrorenen Boden auf und legten den Weg frei für die Ausschachtungsarbeiten. Unter größten Schwierigkeiten wurde mit der Errichtung des Stahl-Skeletts der Schleuse und mit dem Eingießen des Betons begonnen. „Allein im Januar, bei grimmigster Kälte“, berichtet der Oberingenieur der Schleuse Nr. 13, Diwejew, „verlegten wir mehr als 2500 Kubikmeter Beton, und im Februar war unsere Leistung noch größer.“

Wälder wachsen in der Wüste

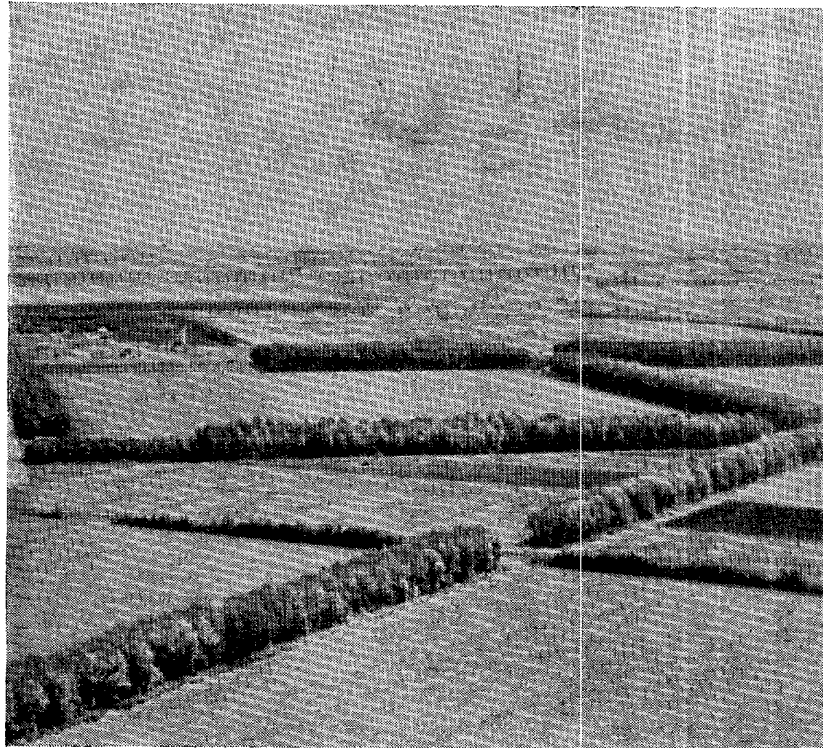
Durch die rauhe und in weiten Teilen brachliegende Kara-Kum-Wüste wird sich in wenigen Jahren eine wasserspendende Verkehrsader, der Turkmenische Hauptkanal, ziehen, der auf seinem 1000 Kilometer langen Weg vom Amu-Darja bis zum Kaspischen Meer ausgedehnte Gebiete, in denen es heute nur eine armselige Vegetation gibt, in üppige Landschaften verwandeln wird. Ein Hauptdeich soll die Wasser des Amu-Darja absperren und seinen Lauf nach Südwesten in die Kara-Kum-Wüste lenken. „Kara-Kum“, das heißt soviel wie „schwarze Sandmassen“, und tatsächlich bestehen diese Wüstengebiete aus weiten, glühend heißen Flächen mit spärlichem Pflanzenwuchs, der in manchen Gebieten nicht einmal die anspruchslosen und dabei so wertvollen Karakul-Schafe ernähren kann. In heute völlig versandeten Gebieten findet man vielfach Spuren einstiger Kultur; Tempelruinen, Teile alter Bewässerungsanlagen, Ruinen von Mausoleen, ja Überreste großer Siedlungen sind Zeugen vergangener Reiche, die den allzu rauen Lebensbedingungen der Wüste unterlagen.

Aber diese Wüstengebiete sind durchaus nicht so leblos, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Es gibt große Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, die sich mit der Aufzucht der Karakul-Schafe befassen; es gibt auch Getreideanbau und in einigen Teilen des Landes eine moderne Industrie. Große Schwierigkeiten für jede weitere Entwicklung bereitet allerdings der Wassermangel. Nach der Oktoberrevolution, in den letzten drei Jahrzehnten, wurden in der Wüste zehntausende moderne Brunnen angelegt, die den riesigen Wasserbedarf jedoch nicht decken können. So müssen zum Beispiel Fabriken tagtäglich per Flugzeug mit Wasser versorgt werden. Aber der Turkmenische Hauptkanal wird die jetzt öden Wüstengebiete bezwingen. Sein Wasser wird in die verborgensten Winkel dringen und die unerschlossenen Reichtümer des Landes den Sowjetmenschen dienstbar machen. 1,3 Millionen Hektar Ackerland und 7 Millionen Hektar Weideland werden durch die geplante Bewässerung gewonnen. Die jetzt besonders unter dem Wassermangel leidenden Industriezentren wie zum Beispiel die mitten im Sandgebiet liegende Erdölstadt Nebit-Dag oder die an den Ufern des Kaspischen Meeres gele-

gene Hafenstadt Krasnowodsk sollen gespeist werden. Außer dem am Amu-Darja entstehenden Hauptkraftwerk werden auf den Kanäleichen, an den Wasserreservoirs noch zwei weitere Elektrizitätswerke errichtet.

Fruchtbaren Boden haben auch die „Landstriche des alten Darja“, die bisher nur ihres Wassermangels wegen nicht genügend kultiviert werden konnten. Auch diese 300 000 Hektar werden durch den Kanal in blühendes Land umgewandelt. Ein 400 Kilometer langer Ableitungs-

Aber auch Olivenbäume, deren Früchte eine reiche Ölernte versprechen, Dattelpalmen und Granatbäume werden in üppiger Fülle wachsen. Zum Schutze der Baumwollplantagen ist die Anpflanzung kilometerbreiter Schutzwaldstreifen geplant, und längs der Kanalufer werden hochstämmige Waldungen entstehen. Insgesamt umfassen die Waldanpflanzungen eine Fläche von einer halben Million Hektar. Neben einer Unzahl sogenannter Brunnoasen werden große, mit den modernsten technischen Hilfsmitteln ausgestattete Siedlungen erbaut, Städte und Dörfer, die von blühen-

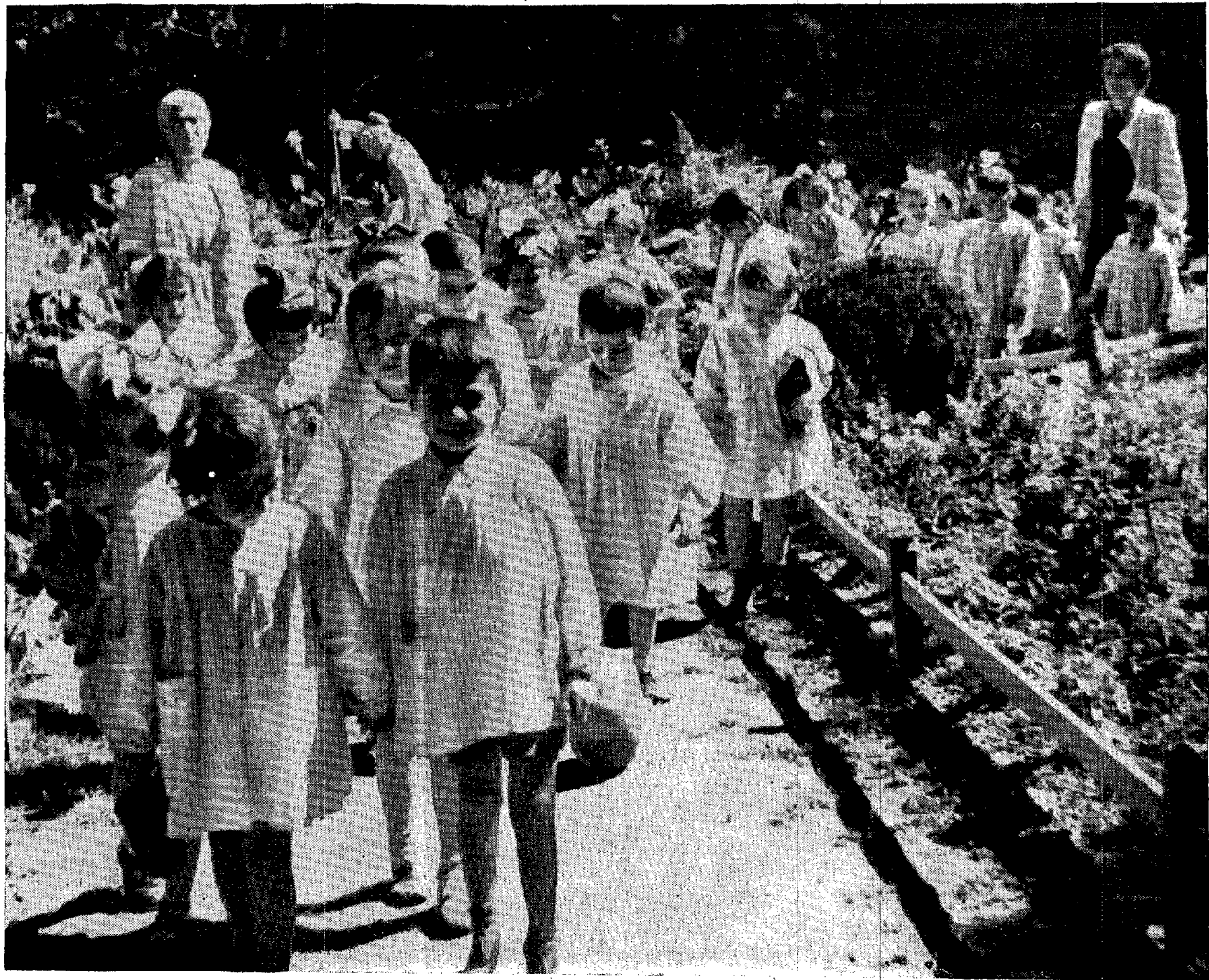


Waldschutzgürtel schützen die Felder vor Wind und Austrocknung. Tausende von Kilometer durchziehen sie sowjetisches Land.

kanal durch das noch heißere, subtropische Gebiet am Kaspischen Meer soll eine Million Hektar wertvollsten Landes erschließen. Diese riesigen Gebiete werden später einmal ein einziges Baumwollfeld sein, und man kann heute schon sagen, daß gerade die in der Kara-Kum-Wüste bewässerten Landstriche die besten Baumwollsorten liefern werden.

den Gärten umgeben sind, und des Nachts im Glanz des elektrischen Lichtes erstrahlen werden. Viele Schiffe werden den Turkmenischen Hauptkanal hinunterfahren und die wertvollen Güter des Kara-Kum-Gebietes transportieren, und an den Ufern des Kanals entstehen Hafenanlagen als Umschlagplätze für die wertvollen Frachten.

der rüstet nicht für den Krieg!



Sowjet-Jugend

Zehn Jahre später

... Es war im Jahre 1940 in der kleinen Stadt Tuschino unweit von Moskau. Neunzehn Mädchen und Jungen, die vor zehn Jahren als Abc-Schützen in die Schule gekommen waren, haben soeben ihr Reifezeugnis erhalten.

Alle Tore zu einem inhaltsreichen und schönen Leben stehen ihnen offen. Jeder kann wählen — was er will! Wer eine Stellung annehmen will, kann sie sich nach Geschmack suchen, wer Ingenieur, Arzt oder Agronom werden will — kann studieren.

Unter den jungen Freunden sind Arbeiterkinder: Alexander Astafjew, Pawel Kasarichin, Valentina Maschkowa, Valentina und Wera Tschatschajewa, Boris Suworow, Olga Sidorina; Bauernkinder: Pjotr Jelowazki, Vera Schkanowa; Kinder von Ingenieuren und Angestellten: Galina Korowitsch, Olga Karpowitsch, Wladimir Dantschew, Gera Fedulkina, Anna Gusjkowa, Roman Sumin, Wadim Krainew, Juri Pissarew, Nina Popejkina, Wadim Wolkow. Sie alle besuchten dieselbe Klasse und waren gute Kameraden. Die Sowjetmacht hat ihnen die Mittelschulbildung ermöglicht.

In der Sowjetunion, wo es keine Analphabeten gibt, ist die allgemeine Grundschulpflicht verwirklicht, und die all-

gemeine Mittelschulpflicht wird mit Erfolg über das ganze Land verbreitet. Über 36 Millionen Lernende sind im Jahre 1950 in den Grund- und Mittelschulen, in technischen und anderen Fachschulen erfaßt.

Mit jedem Jahr steigen die Zuwendungen für die Volksbildung, unausgesetzt wächst die Anzahl der Schulen, Techniken und Hochschulen; Hunderte Millionen von Lehrbüchern werden herausgegeben.

Allein in dem kleinen Städtchen Tuschino, von dem hier die Rede ist, wurden im Jahre 1949 für das Volksbildungswesen 4 480 000 Rubel aufgewandt.

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen betrugen in Tuschino im selben Jahr 7 458 000 Rubel. Die Stadt hat 6 Kinderkrippen, 12 Kindergärten, 1 Milchküche für Kleinkinder, 1 Kinderberatungsstelle, 5 Röntgenkabinette, 8 Arztstellen.

... Aber kommen wir zu unsern neunzehn jungen Freunden zurück, die 1940 in Tuschino die Mittelschule verlassen haben.

Wie gestaltete sich das weitere Leben dieser jungen Sowjetbürger?

Am 29. Januar 1950 fand das jährliche traditionelle

„Treffen“ in der Schule statt: Es kamen die ehemaligen Schüler — heute Ingenieure, Arbeiter, Ärzte, Lehrer, Angestellte, die ihre einstigen Lehrer wiedersehen und sich von Herzen miteinander aussprechen wollten. Bei dieser Gelegenheit lernen wir viele der Abgangsschüler vom Jahre 1940 kennen.

Zehn von ihnen haben bereits die Hochschule beendet, drei stehen kurz vor dem Abschluß, vier haben in verschiedenen Lehrgängen eine betriebstechnische und Fachausbildung erhalten.

Im Sowjetland ist die Hochschule jedem jungen Men-

die Ausbildung der Fachkräfte planmäßig, im Einklang mit den Anforderungen der ständig wachsenden Volkswirtschaft.

Im zaristischen Rußland gab es nur 91 Hochschulen mit 112 000 Studenten. Heute bestehen in der Sowjetunion 864 Hochschulen, an denen (den Fernunterricht inbegriffen) 1 128 000 Menschen studieren.

In Universitäten, wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Laboratorien und Konstruktionsbüros werden hochqualifizierte Fachkräfte in allen Berufen mit viel Sorgfalt heran- gebildet.

Links:

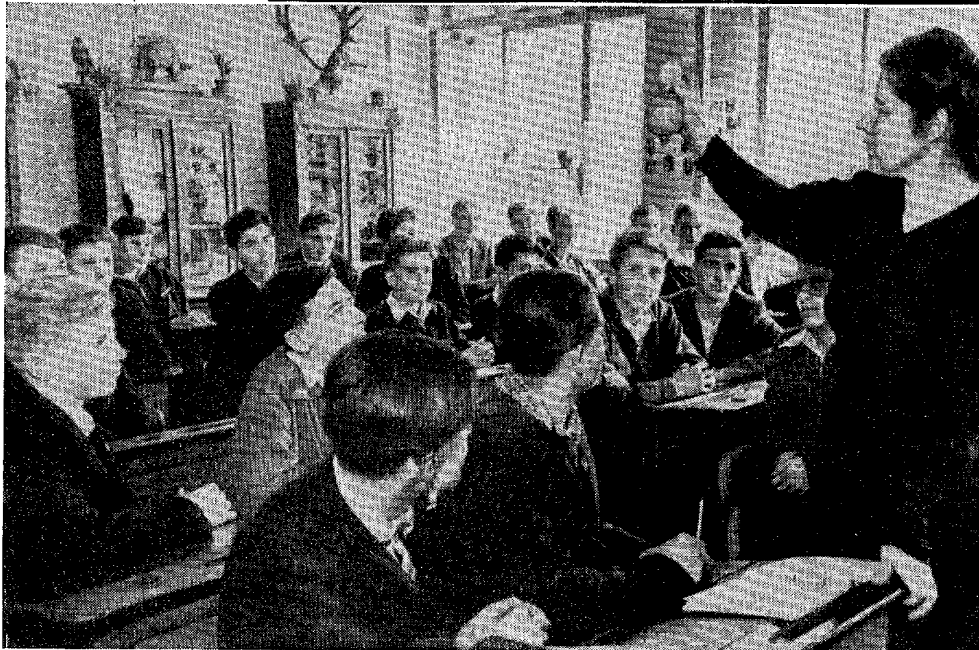
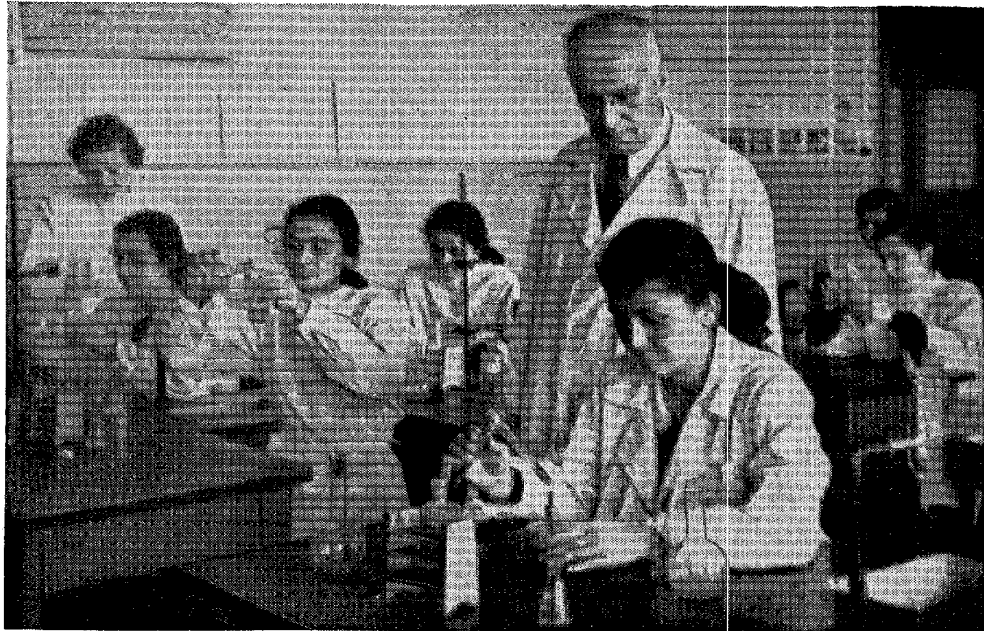
Kinderschüler auf einem Spaziergang im Park Ordshonokidse in Tbilissi (Tiflis)

Rechts:

Chemiestunde im chemischen Cabinet der 23. Mädchenschule in Tbilissi. (Tiflis)

Unten:

Schüler der 9. Klasse einer Mittelschule beim Biologie-Unterricht (Mitschurinmethoden zur Züchtung neuer Apfelsorten.



Lernen

Lernen

Lernen

schen zugänglich, einerlei ob Mädchen oder Junge. Es gibt keine Schätze der Wissenschaft und Kultur, die der Jugend verschlossen wären. Es gibt nichts, was einen Menschen hindern könnte, die in der Hochschule erworbenen Kenntnisse nutzbringend anzuwenden. In der UdSSR, wo die ganze Volkswirtschaft sich nach einem einheitlichen Staatsplan entwickelt, gibt es keine Arbeitslosigkeit und kann es keine geben. Im Land des Sozialismus erfolgt auch

Die Ausbildung neuer Wissenschaftler nimmt mit jedem Jahr größeren Umfang an. Von 1938 bis 1948 haben 6527 Personen den Titel eines Doktors der Wissenschaften und 28 386 den Titel eines Kandidaten der Wissenschaften erlangt; 22 069 wurden Dozenten.

Die Sowjetregierung sorgt in jeder Weise für die körperliche Kräftigung der Jugend. Den jungen Sowjetbürgern stehen die besten Erholungsheime und Kurorte des Landes

zur Verfügung sowie zahlreiche Sportplätze und Klubs, Schwimmbäder, Ruder- und Segelsportstationen, desgleichen Herbergen für Skisportler und Hochtouristen.

Aber setzen wir die Erzählung von unseren neunzehn Freunden fort.

Roman Sumin hat sich schon auf der Schulbank leidenschaftlich für Mitschurins Lehre interessiert. Er träumte von einer großen, nutzbringenden Arbeit — der Umgestaltung der Natur. Sein Traum ist in Erfüllung gegangen. Sumin ist Agronom und arbeitet in der Omsker landwirtschaftlichen Versuchsstation der jungen Naturfreunde. Er propagiert begeistert die Mitschurinsche agrobiologische Wissenschaft und reist oft in die Kolchosen, wo er interessante experimentelle Neuerungen anregt. Bei seiner Station in Omsk hat Sumin gemeinsam mit anderen Enthusiasten der Mitschurinlehre einen botanischen Versuchsgarten geschaffen. Der junge Gelehrte arbeitet am Problem der Züchtung von Zitruspflanzen in Kübeln.

Roman Sumins Frau, Alla, hat gleichfalls eine Hochschule beendet; sie ist Biologielehrerin. Alla ist sehr musikalisch und absolvierte gleichzeitig mit der biologischen Fakultät die Dirigentenklasse der Omsker Musikschule.

Der Lebensinhalt dieses glücklichen jungen Paares ist ihre große schöpferische Arbeit.

Die Schwestern Wera und Valentina Tschatschajewa gingen in eine Klasse; die eine wurde Kinderärztin, die andere Konstrukteurin. Sie wohnen und arbeiten in ihrer Heimatstadt. Valentina Tschatschajewa verbindet ihre Arbeit als Ingenieurin mit erfolgreichem Studium an der Abenduniversität für Marxismus-Leninismus in Tuschino.

Pjotr Jelowazki hat die Militärlaufbahn eingeschlagen. Er kämpfte im zweiten Weltkrieg als Artillerieoffizier gegen die Faschisten und hat an der Erstürmung von Berlin teilgenommen. Für seine Kampfleistungen wurde Pjotr Jelowazki mit zwei Orden des Vaterländischen Krieges, mit dem Roten-Banner-Orden, dem Roten-Stern-Orden und fünf Medaillen ausgezeichnet. Pjotr Jelowazki zog als



Hier lernen künftige Nahrungsmittelforscher die Arbeit am Backofen. Es sind Studentinnen des Moskauer Technologischen Institutes.

einfacher Soldat ins Feld und kehrte als Hauptmann heim. Jetzt bereitet er sich zum Eintritt in die Militäarakademie vor.

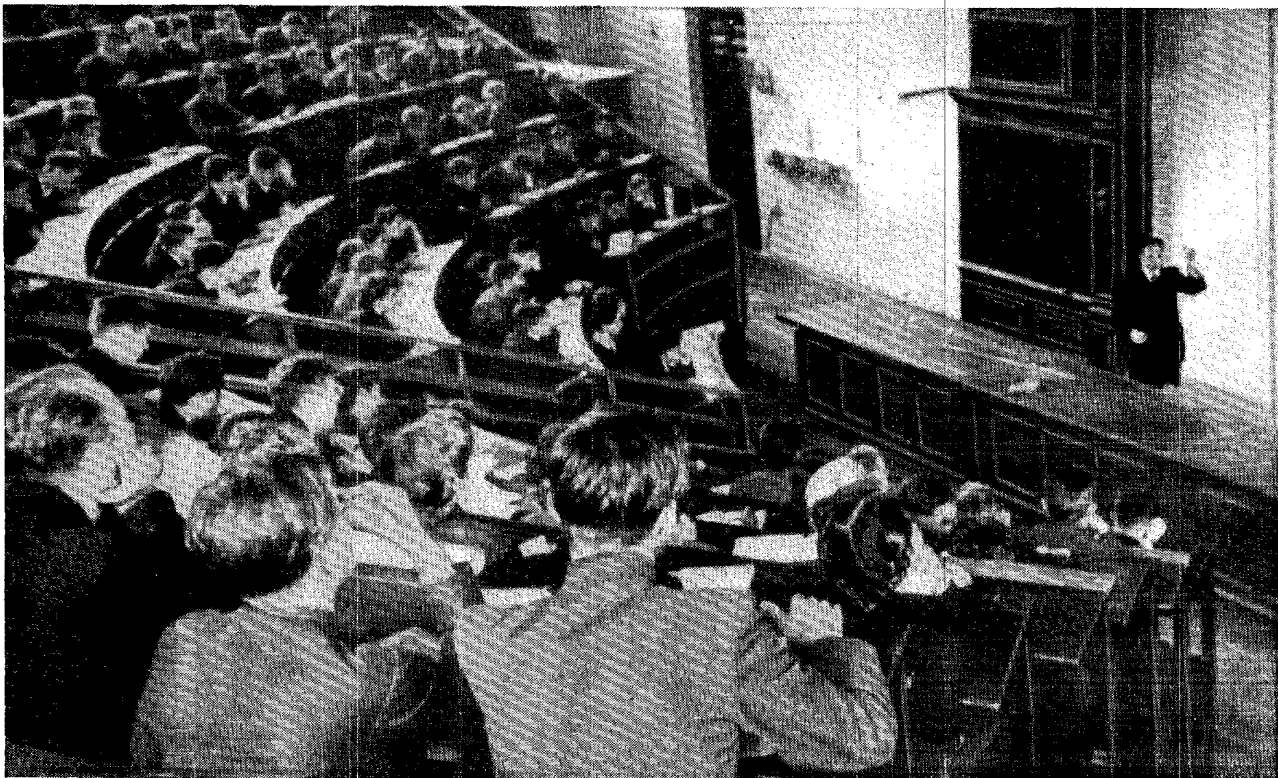
Boris Suworow schwärmte von Kind an für Technik. Heute ist er Technologe im Obuswerk von Tuschino.

Auch einige andere der Schulkameraden begannen ihre Laufbahn in ihrer Heimatstadt.

Olga Karpowitsch ist Planungsingenieur. Die Arbeiter und Ingenieure des Betriebes kennen und lieben sie als einen Menschen, der tief in sein Wissensgebiet eindringt, Gefühl für alles Neue hat und am gesellschaftlichen Leben des Betriebes aktiv teilnimmt.

Olga Sidorina arbeitet ebenfalls in Tuschino. Sie ist Kinderärztin. Auch Galina Korowitsch und Gera Fedulkina haben den Arztberuf gewählt.

In zahlreichen Zirkeln und Gruppen der Hochschulen bringt die studierende Jugend ihre vielseitige Begabung zur Entfaltung. Die Sowjetjugend weiß nichts von aufgezwingener Arbeit. Sie weiß nicht, was es heißt, wenn



Vorlesung im Polytechnischen Institut.

ein Mensch nicht in seinem Beruf arbeiten darf. Jeder Sowjetbürger hat eine interessante, von ihm erwählte und gutbezahlte Arbeit.

Die englische Jugendzeitschrift „Challenge“ schreibt über die Lage der englischen Jugend, daß der Wochenlohn eines 16jährigen Mädchens in einem Londoner Geschäft 19 Schilling und 8 Pence beträgt. Dies erfuhren wir, als sich vor dem Polizeigericht in Malborough zwei junge Mädchen zu verantworten hatten, weil sie angeblich in einem Geschäft in Westend Damenkleider gestohlen haben.

Sogar der Richter mußte ausrufen: „Kein Mensch kann von einem solchen Hungerlohn leben!“

In der Tat, für Sowjetmenschen ist so etwas kaum verständlich, z. B. für die Familie Sumin, deren Monatseinkommen 2500 Rubel beträgt, oder für die Familie Astafjew, die im Monat 3300 Rubel verdient.

Die Sowjetmädchen und -frauen genießen die gleichen Rechte wie die Männer und erhalten für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Die sozialistische Gesellschaftsordnung der Sowjetunion gestattet der Frau, alle ihre Rechte praktisch auszunutzen und aktiv am Produktionsprozeß und am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des Sowjetstaates teilzunehmen. Fast alle Absolventinnen der Tuschiner Mittelschule haben Hochschulbildung. Sie arbeiten und nehmen am gesellschaftlichen Leben ihrer Betriebe und Ämter regen Anteil: Galina Korowitsch ist Vorsitzende eines Betriebsrats der Gewerkschaften, Valentina Tschatschajewa leitet einen Zirkel für Parteigeschichte, Valentina Maschkowa ist Bevollmächtigte für Sozialversicherung.

Wadim Krainew hat den Juristenberuf erwählt und arbeitet nach Beendigung seines Studiums als Assistent des Staatsanwaltes von Kaliningrad.

Wadim Wolkow studiert das fünfte Jahr an der physikalischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität. Schon seit drei Jahren bekommt er ein erhöhtes Stipendium — das Stalin-Stipendium —, das für ausgezeichnete Studienerfolge verliehen wird.

Valentina Maschkowa arbeitet als Technikerin in einem Konstruktionsbüro und liebt ihren Beruf. Wera Schkanowa, deren sehnlichster Wunsch es schon in der Schule war, ihr Leben dem schönen Lehrerberuf zu widmen, leitet die Mittelschule im Kolchos „Russkije Tischki“, Charkower Gebiet, und erteilt dort Geographieunterricht.

... Das wäre, kurz erzählt, der Werdegang der neunzehn Schüler aus der Klasse 10 A der Tuschinoer Schule Nr. 1.

Sie alle sind Kinder einfacher Sowjetwerktätiger — Kinder von Arbeitern, Bauern und Angestellten.

Sie alle haben den Beruf erhalten, den sie sich selbst erwählt haben, von dem sie von Kind an träumten.

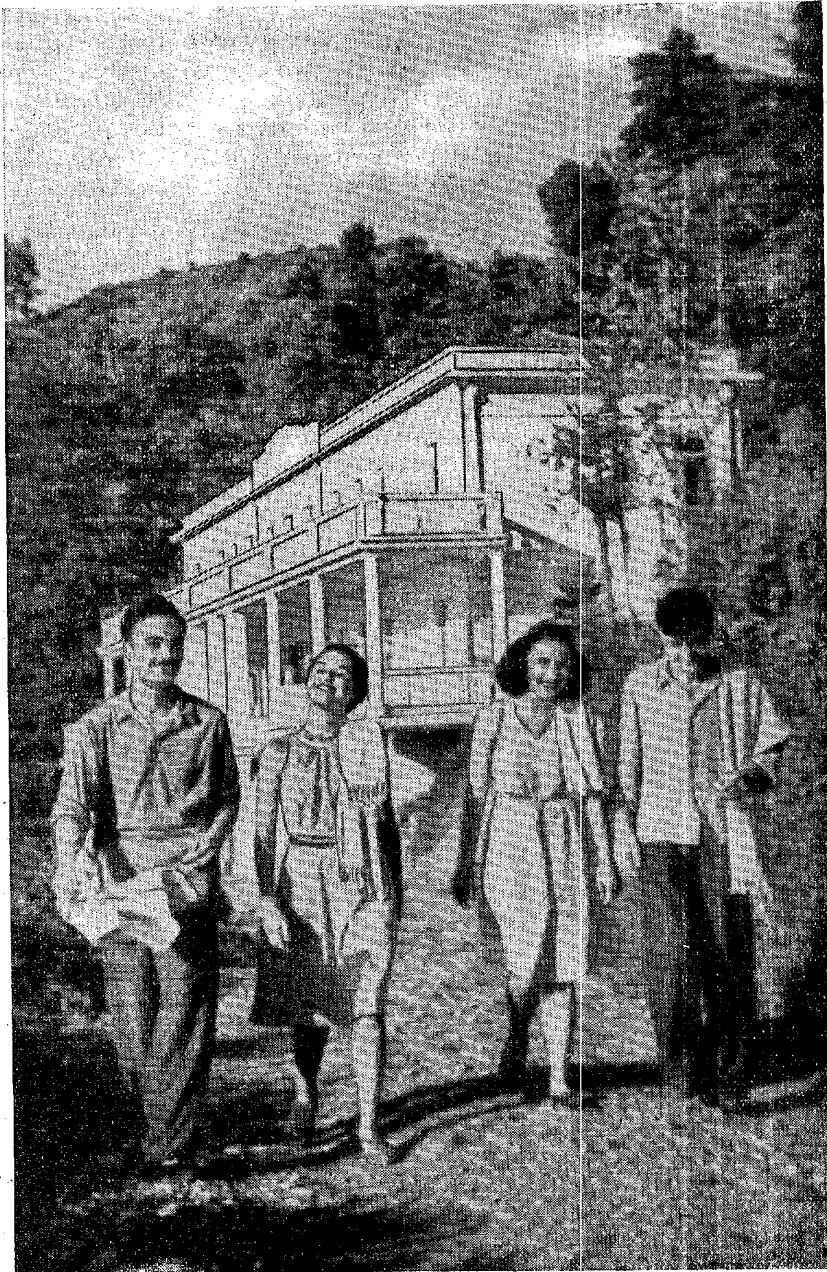
Und alle haben Arbeit.

Sie führen ein schöpferisches, inhaltsreiches Leben in dem Lande, wo alles dem Volk gehört.

Über das Schicksal von zwei Absolventen der Tuschinoer Schule müssen wir noch berichten. Pawel Kasarichin kommandierte während des zweiten Weltkrieges eine Panzermannschaft und hat im Kampf gegen die Hitlerfaschisten sein Leben für die Sowjetheimat hingegeben. Auch Wladimir Dantschew, der Marineschüler, ist im Felde gefallen.

Pawel Kasarichin und Wladimir Dantschew hätten glücklich leben und für das Wohl ihres Volkes arbeiten können.

Sie mahnen Millionen junger Menschen in allen Ländern des Erdballs, wie notwendig es ist, mit aller Leidenschaft gegen die imperialistischen Kriegstreiber und für den Frieden zu kämpfen.



Sie können lachen. Studenten des grusinischen polytechnischen Institutes auf dem grünen Kap bei Batumi in IHREM Erholungsheim

Der Mensch -

wie stolz das klingt!

Von Dr. Eberhard Wolfram

In der Ausstellung sowjetischer Kunst 1951 in der berühmten Staatlichen Tretjakow-Galerie von Moskau hängt ein Bild, das die vielen Besucher durch seine freudigen Farben immer wieder zur Aufmerksamkeit zwingt. Es heißt „Frühling“. Eine Frau hat es gemalt, die ukrainische Künstlerin Jablonskaja.

Sie hat wohl ebenso aufmerksame, kluge und gütige Augen wie die Mutter, die dort auf einer Parkbank sitzt und das Spiel der Kinder verfolgt. Denn es ist ein Bild vom Wunder des Lebens, wahrhaft humanistische Kunst aus dem Geiste und mit dem Können des sozialistischen Realismus. Einem der kleinen Menschenkinder sitzt ein Maikäfer auf dem Händchen, der erste Frühlingsbote, der seine Flügel ausspannen will zum Flug in die junge Sonne. Oder ist der kleine Maikäfer ein Märchenwesen, ein verzauberter Prinz? So viele Fragen stehen in den Augen der Kinder: Rätsel des Lebens, Wunder der Natur. Noch sind die kleinen Hände zaghaft, aber sie werden den Geheimnissen auf den Grund gehen, bewahrt und gelenkt von der wissenden Mutter.

Eine Gruppe junger Matrosen bleibt vor dem Gemälde stehen. Sie kommen aus dem nördlichen Eismeer, aus Wetter und Frost, Nordlicht und Schnee: Pioniere des Lebens. Ihre Bewegungen sind schwerfällig, so als ob sie immer noch den Stürmen der Polarnacht standhalten müßten. Aber vor der Darstellung der Kinder und vor der Sprache der Mutter wird ihnen warm. Sie fassen einander beim Arm und ich höre sie sprechen: „Das ist schön. Das ist Frieden.“

Es ist ein unendlich weiter, sonniger Maitag. Der Dampfer gleitet aus dem Moskau-Kanal, der mit breiten Buchten in das flachgewellte Land hineingreift. Das Werk der Menschen, erholsame Landschaft, für die Arbeiter der Moskauer Fabriken und Betriebe erschlossen. Der planende Mensch hat nicht nur an die wirtschaftlichen und technischen Erfordernisse gedacht, als er durch künstliche Wasserwege die Hauptstadt des ersten sozialistischen Staates der Welt mit vier Meeren verbunden hat. In der Planung waltete der große Wurf schöpferischer Gestaltung. Der Mensch hat der Natur sein „Es werde!“ zugerufen.

Die Bugwelle schlägt rauschend gegen die Böschung. Hier sticht der Kanal durch einen Hügel. Junge Frauen stehen oben und pflanzen Bäume in das aufgeworfene Erdreich. Sie singen ein Lied, ein Lied von Freundschaft und Liebe. Nun winken sie uns zu und wir erwidern ihren Gruß. Wir Gäste des Sowjetvolkes grüßen die jungen sowjetischen Gärtnerinnen in vielen Sprachen — deutsch, italienisch, ungarisch, finnisch und chinesisches, — aber mit einem Worte und Gedanken: „Freundschaft!“

Auf einem der neuen Plätze Tbilissis, der Hauptstadt von Sowjetgrusinen, ragt ein Denkmal aus weißem Marmor. Im großen Halbrund ringsum die Fenster und Säulen einer

neuen Zeit. Dazwischen so wie eh und je, das Grün der Platanen und der Duft der Akazien. Der steinerne Mann mit dem kühnen Profil blickt nicht fremd und abwesend über die neuen Menschen seines Volkes hinweg. Es ist Schota Rustaweli, der große georgische Dichter aus dem 11. Jh., einer der bedeutendsten Epiker der Weltliteratur.

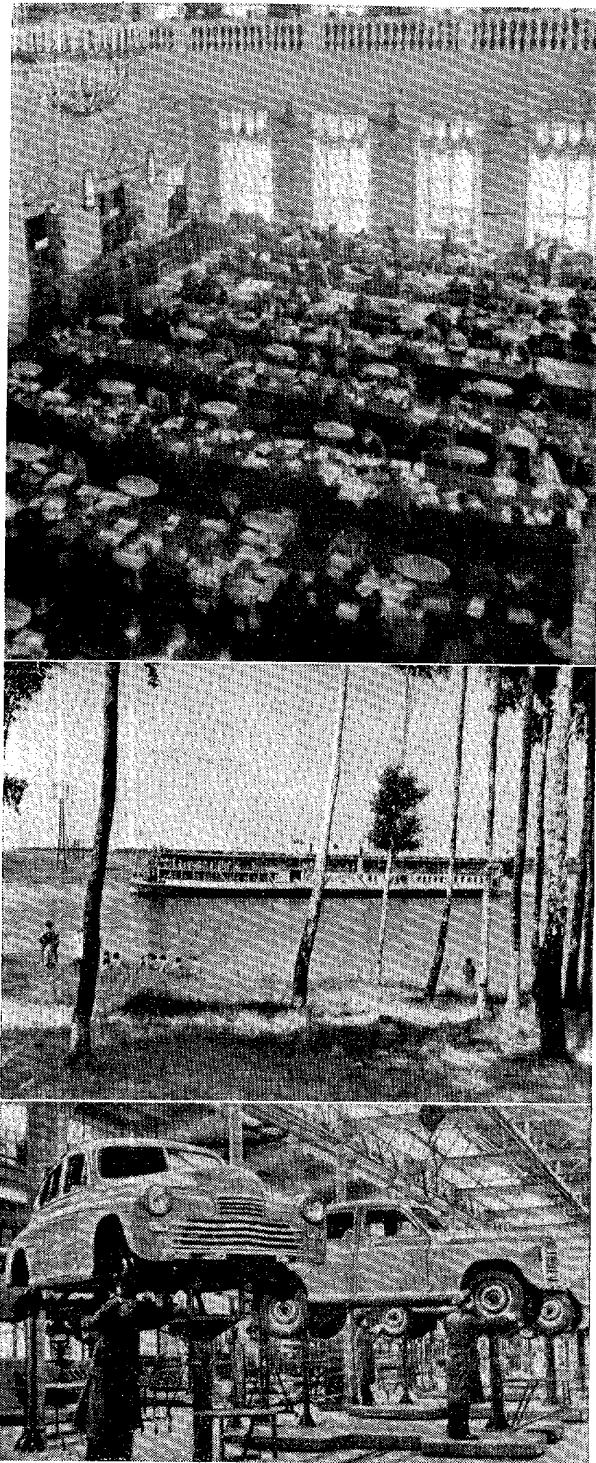
Er lebt in seinem Volke. Von Rustaweli erzählen die Sagen, die heute noch in den Kolchosdörfern Grusiniens geschaffen werden; von ihm singen die Volkslieder, die auch wir in der Wiedergabe einer der Staatlichen Lied-Ensembles vernehmen durften. Die grusinische Jugend und mit ihr die gesamte sowjetische Jugend liebt Rustaweli und lernt bei ihm, daß es keine Kraft gibt, die die Menschen auf dem Wege des Fortschrittes besser begleitet als Freundschaft und Liebe.

Freundschaft und brüderliche Hilfe sind im Leben der Völker der Sowjetunion anstelle von Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung getreten. Die prunkvolle Residenz des Gouverneurs des Zaren von einst nimmt heute als „Palast der Pioniere“ die georgische Jugend auf. Dort, wo früher die Offiziere der Besatzungsarmee des Zaren Befehle entgegengenommen haben, lernt und lebt heute eine freie Jugend.

Dort spreche ich mit einem 13jährigen Jungen, der dem Arbeitskreis der Pioniere über Rustaweli angehört. Er fragt nach der Jugend Westdeutschlands, ob sie sich ebenso eifervoll bemühe um die schöpferische Überlieferung ihres Volkes, wie es hier in Georgien geschieht. Ich zögerte mit der Antwort, weil ich mich des Vergleiches schämen muß. Da greift der Junge nach einem Buch: „Liest die deutsche Jugend solche Bücher?“ — Es ist die vollständige Übersetzung des Nibelungenliedes in die georgische Sprache, Erscheinungsjahr 1950. „Es ist bereits die zweite Auflage“, meint der Junge. „Wir lieben dieses Buch, weil wir darin das Verwandte unserer alten Kulturen erkennen, der deutschen und der georgischen.“ — Ich muß bei diesen Worten zurückdenken an die Heuchler und Lügner, die sich bei uns in die Brust werfen: „Wir müssen die abendländische Kultur verteidigen!“

Die echte abendländische Kultur wird heute in den Herzen der sowjetischen Jugend bewahrt und verteidigt.

Für denjenigen, der sich von Westen her der Stadt Moskau nähert, taucht schon von weitem die kühne Silhouette eines mächtigen Bauwerkes auf. Es ist der Neubau der Universität auf den Lenin-Bergen, der noch in diesem Jahr eingeweiht werden soll. Über 200 m ragt der Mittelteil des Gebäudekomplexes empor. Aber trotz dieser Größenverhältnisse ist es kein Wolkenkratzer, kein häßliches Monstrum aus Stahl und Stein. Harmonisch fügen sich die Formen der neuen Hochhäuser in das Bild der Stadt ein, gliedern die breiten Straßen, bilden die Klammer zwischen dem alten und dem neuen Moskau.



Oben: Blick in einen der Lesesäle der Lenin-Bibliothek in Moskau

Mitte: An heißen Sommertagen fahren die Moskauer gerne auf IHREN Dampfbooten auf dem Moskwa-Wolga-Kanal

Unten: Blick in die Montagehalle der Molotow-Autowerke in Gorki. Fließbandarbeit bei der Herstellung des Personenzugwagens „Pobjeda“

Das Universitätsgebäude wird mit allem Komfort ausgestattet sein: Aufzüge für verschiedene Zwecke und mit unterschiedlicher Schnelligkeit, Lüftungsanlagen, Fernheizung in Form von Deckenstrahlung, überall blanke, lautlose Elektrizität.

Ich sehe die Fassade hinauf. Man sprach von 26 Stockwerken. Aber ich zähle mehr. Ich frage verwundert den sowjetischen Freund, „Warum seid ihr so bescheiden mit eurer Stockwerkstatistik?“, und bekomme zur Antwort, daß auf jedes 5. Stockwerk, das der unmittelbaren Nutzung für den Menschen dient, ein sogenanntes technisches Stockwerk mit den maschinellen Einrichtungen und technischen Leitstellen folge. Die werden nicht gezählt. „Die Technik ist gut“, lächelt mein sowjetischer Freund, „aber die Technik zählt nicht mit. Bei uns zählt nur der Mensch!“

Die Moskauer Automobilwerke „Sis“ (Stalinwerke) nehmen ein ganzes großes Stadtviertel ein. Da sind nicht nur die riesigen Werk- und Montagehallen, da sind auch Krankenhäuser und Polikliniken, Spielplätze und Schwimmhallen, Klubräume und der Kulturpalast für die Arbeiter.

Der Leiter der künstlerischen Arbeitskreise zeigt uns die Gemälde seiner Arbeitermaler: nicht nur unbekümmerte Begabung und frisches Wollen, sondern mehr: erstaunliches Können. Also Kunst. Der Arbeiter als Kunstschaffender. Bedeutende Künstler sind in den letzten Jahren aus der Arbeiterschaft der Sis-Werke hervorgegangen. „Wir zählen sie immer noch zu den Unsrigen“, meint der Direktor des Kulturpalastes. „Vor dem literarischen Arbeitskreis unserer Arbeiter stellen sich jeden Mittwoch die Dichter und Schriftsteller unseres Sowjetlandes zur Diskussion. Da wird auch mit der Kritik nicht zurückgehalten. Unsere Arbeiter verstehen etwas von der Literatur. Und vor allem vom Leben. Sie lesen viel. Wir haben in unserem Kulturpalast allein vier Büchereien. Die größte mit mehr als 100 000 Bänden. An unserer Laienspielbühne spielen die Arbeiterstücke, deren Stoff aus dem Leben des Betriebes gestaltet wurde. Der Schriftsteller Pamfilow hat einen beachtlichen Roman geschrieben: „Die Leute vom Autowerk“, das sind wir.“

Wir sind inzwischen weitergegangen. Musik dringt durch die Türe auf den Flur hinaus. Neugierig dringen wir in einen der Musikräume ein. Der junge Sänger stellt sich vor: Giesser, seit zwei Jahren Mitglied des Musikzirkels. Baß. Er singt weiter, eine Arie, frei ohne Notenblatt mit der epischen Würde eines alten russischen Heldenliedes. Die Arie kennen wir doch? Wir haben es vor kurzem im „Großen Theater“ gehört. Das Lied des Wareägestes aus der Oper „Sadko“ von Rimskij-Korsakow.

Der Direktor des Kulturpalastes darauf: „Sehn Sie, bei uns gibt es keine Kulturprominenz. In der sozialistischen Gesellschaft ist jedes bewußte Mitglied der Gesellschaft ein Kulturschaffender.“

Die Lenin-Bibliothek in Moskau ist mit ihren 14 Millionen Büchern ein riesiger Speicher des Wissens. Aber die Körner des Wissens, die hier Stunde für Stunde in die Sommer wie Winter gleichmäßig temperierten Magazine einströmen — täglich sind es 1000 Bände Zuwachs, verrotten und verfaulen nicht. Sie bringen hundertfache Frucht. Jährlich werden mehr als 8 Millionen Bände an die 1,6 Millionen Besucher ausgeliehen. Man treibt auch keinen falschen Wucher mit den Früchten des Wissens. Jeder

Sowjetbürger hat unentgeltlich Zutritt zu der Bücherei. Sie ist täglich von 9 Uhr bis Mitternacht geöffnet.

Der Leiter der Raritätenabteilung breitet uns seine Schätze aus. Die erste russische Übersetzung des „Kapital“ von Karl Marx ist darunter. Sie stammt von Danilson. In dem beiliegenden Urteil erklärte der zaristische Zensor, das Buch sei sehr schwer geschrieben, und wer es dennoch lese, werde es nicht verstehen. Deshalb ungefährlich, kann ohne Bedenken passieren. — Der ehrenwerte Herr Zensor hatte das Volk unterschätzt. Er hat es für dumm gehalten. Heute sitzen die Söhne und Enkel des Volkes in den Lesehallen der sowjetischen Bibliotheken. Das Volk hat inzwischen seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Und obwohl es in der Lenin-Bibliothek tausende von Plätzen gibt, der Platz ist zu eng geworden für die vielen Menschen eines Volkes, das lernt und studiert.

„Wir bauen neue große Lesehallen!“, erklärt der Generaldirektor der Leninbibliothek. „Wir bauen“, so lautete überall die Auskunft. „Kommt in zwei Jahren wieder, dann werdet ihr noch Größeres und Schöneres sehen.“

Und nun die Begegnung eines deutschen Schriftstellers mit seinem sowjetischen, wissenschaftlichen Rezensenten. Die Begegnung fand am 12. Mai 1951 in den Räumen der philosophischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität statt. Der deutsche Schriftsteller war Harald Hauser. Sein Rezensent war der Kandidat der Literaturwissenschaft Lebedew. Er verfaßte als Schüler des Professors für westeuropäische Literaturen, Samarin, die Diplomarbeit: „Das Problem des deutschen Widerstands gegen den Faschismus in der deutschen Nachkriegsprosa.“ Es ist eine der vielen grundlegenden Arbeiten zur deutschen Literatur und Geschichte, die in den letzten Jahren an sowjetischen Universitäten geschrieben wurden. Eine davon hatte 1950 sogar einen Stalinpreis bekommen.

In der Arbeit des Kandidaten Lebedew wird der Erstlingsroman unseres Freundes Harald „Wo Deutschland war“ einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Sie hebt das Positive hervor, macht aber auch nüchtern auf einige Schwächen des Werkes aufmerksam. Harald hört aufmerksam zu. Die Kritik trifft den Kern. Sie bestätigt seine eigenen inneren Bedenken und hebt sie empor in die Kleinarbeit des Bewußtseins. Das ist wertvoll.

Ich sitze im Moskauer Künstlertheater, der Stätte einer hervorragenden Theatertradition, die mit dem Wirken des großen sowjetischen Regisseurs Stanislawskij verbunden ist. Auch der letzte der roten Klappstühle ist von einem erwartungsvollen Publikum besetzt. Junge und alte Gesichter, sauber und ordentlich der Anzug, aber keine Loggions, die in die Loge der Frau Direktor starren, was sie wohl heute für eine Toilette trage. Dafür haben sich viele Besucher in das Textbuch vertieft und bereiten sich auf Tschechows „Onkel Wanja“ vor.

Ich habe mich in das Programmheft vertieft, bemerke mit Staunen, daß neben jeder Rolle Namen von drei oder sogar von vier Schauspielern stehen. Also auch in Moskau Schauspielerkrise? Die armen Teufel müssen sich wohl zu dritt oder zu viert in eine Rolle teilen. Da kann auf den

einzelnen kein großer Bissen entfallen. Oder sollte das eines jener vielbesprochenen bolschewistischen Kulturexperimente sein?

Mein sowjetischer Freund zerstreut meine Bedenken: „Wir machen in der Kunst keine Experimente. Gelungene Inszenierungen bleiben oft bis zu zehn Jahren auf dem Spielplan unserer großen Theater. Aber wir können es uns erlauben, die Rollen mit immer neuen Kräften zu besetzen. Das schafft die lebendige Verbindung zwischen der künstlerischen Persönlichkeit und dem Kollektiv der Spieler einerseits, zwischen Theater, Dichtung und Leben andererseits. Wir kennen keine Theaterkrise.“

Als der Vorhang zum letzten Mal gefallen war, standen die jungen Mädchen in ihren schwarzen Schülerschürzen und mit den Hängezöpfen an der Balustrade und wollten nicht aufhören, begeistert zu klatschen. Die Töchter und Söhne der Arbeiter und Bauern wollen auch Künstlerinnen werden, d. h. sie wollen auch einmal die Herzen ihrer Mitmenschen bewegen und rühren durch die vollendete Aussage von Schmerz und Freude, Hoffnung und Lebenswillen. Diese jungen Menschen sind nicht abseits gestellt. Sie leben in der Gemeinschaft. Und deshalb wissen sie, was sie können; sie wissen, was sie wollen, sie wissen, daß sie alles werden können. Das gibt ihnen Freude und Optimismus.

In dem kleinen Schlößchen von Gorki nahe bei Moskau war es. Auch ein Museum, und gleichzeitig ein Heiligtum des Sowjetvolkes. Das Sterbehaus Lenins. Im Sterbezimmer lag noch das Buch aufgeschlagen auf dem Schreibtisch, das dieser Genius der Menschheit zwei Tage vor seinem Tode als letztes gelesen hatte: „Liebe zum Leben“ von Jack London. . . .

Im Hintergrund des Roten Platzes steigen die stolzen Kremlmauern auf, die Türme und Paläste, Kirchen und Kuppeln. Dort stehen wir deutschen Gäste vor dem Lenin-Mausoleum. Es ist noch vor dem 1. Mai und eine Gruppe von sowjetischen Arbeitern ist damit beschäftigt, die Fassaden der Häuser für den Festtag zu schmücken. Mit schlichten Girlanden, mit wenigen Girlanden, mit wenigen, aber um so wirkungsvolleren Transparenten. Sie sind auf die Gruppe mitten auf dem großen Platz aufmerksam geworden. Sie treten an uns heran und sprechen mit uns. Woher wir kommen? Aus Deutschland? — Aus welchen Teilen Deutschlands, aus welchen Städten, wollen sie mit wachsender Teilnahme wissen. — Aus dem Westen und aus dem Osten Deutschlands, gebe ich ihnen zur Antwort, und erzähle von den Schwierigkeiten im Westen. Aber sie wissen von den trennenden Grenzen. „Nitschewo“, meinen sie bedächtig, das sollt ihr nicht so schlimm nehmen. „Budet“ — es wird werden. „Die Hauptsache, der Friede bleibt erhalten“.

Das ist eine schlichte Wahrheit: alles wird, alles muß richtig werden, wenn nur der Friede gewahrt bleibt. Das schöpferische „ES WERDE“, daran ich und Du und alle Menschen guten Willens beteiligt sind, das ist der Schlüssel für die Menschwerdung in der Sowjetgesellschaft.

KULTUR IST FRIEDENSWERK!

DIE GRUSINISCHE SSR

Es ist ein großartiges, kühnes und schönes Land, dieses Grusinien, mit schönen und kühnen Menschen. Hier herrscht fast ewig Sommer. Wenn in den Moskauer Straßen der Schnee zu schmelzen beginnt, blühen in Grusinien schon die Rosen. Nur auf den hohen Bergen, die bis über 5000 Meter ansteigen (Kasbek 5043 Meter), liegt ewiger Schnee. Karger Boden wechselt in den Niederungen mit fruchtbaren Ländereien ab, die subtropische Vegetation tragen, und von der Sonne ausgedörnte Landstrecken liegen neben weiten Sümpfen.

Dieses sonnige Land hat eine uralte Geschichte. Bereits in den Keilschriften der Assyrier werden die Grusinier genannt. Sagen berichten davon, daß die alten Griechen von den kaukasischen Stämmen — wozu auch die Grusinier gehören — die Kunst des Eisenschmelzens erlernten. Alte Handschriften, die heute in den Museen des Landes — wahren Schatzkammern einer nationalen Kultur — aufbewahrt werden, zeugen davon, daß Grusinien bereits ein umfangreiches Schrifttum besaß, als viele der heutigen Völker Europas noch gar nicht existierten. Im Verlaufe von Jahrtausenden verteidigten die Grusinier ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen Römer und Araber, Perser und Türken und trugen ihre alte, stolze Kultur durch die von Kriegen erfüllten Jahrhunderte.

Als Grusinien zu Beginn des 19. Jahrhunderts Bestandteil des zaristischen Rußland wurde, hetzten die regierenden Fürsten und Großgrundbesitzer die vielen Völkerschaften des Landes ständig gegeneinander, um die Völker ihre wahren Unterdrücker nicht erkennen zu lassen und um leichter über sie herrschen zu können. Hatten die Völker Kaukasiens sich vorher gegen die ständigen Angriffe der Perser und Türken zu wehren, so zerfleischten sie sich jetzt in den von den Herrschenden geschürten Bruderkämpfen.

Stalin selbst sagt in seinem richtungsweisenden Werk „Marxismus und nationale Frage“ über die Geschichte seiner Heimat: „... Die Georgier aus der Zeit vor der Reform (gemeint ist der Anschluß an

Rußland. G.K.) lebten auf gemeinsamem Territorium und redeten eine Sprache, und dennoch bildeten sie, streng genommen, nicht eine Nation, denn, in eine ganze Reihe voneinander getrennter Fürstentümer zerfallen, konnten sie kein gemeinsames Wirtschaftsleben führen, bekriegten sich jahrhundertlang, ruinierten einander und hetzten sich gegenseitig die Perser und Türken auf den Hals. Die kurzlebige und zufällige Vereinigung von Fürstentümern, die herzustellen es manchmal irgendeinem vom Glück begünstigten Herrscher gelang, berührte bestenfalls nur die administrative Oberfläche und zerschlug sich bald an den Launen der Fürsten und der Gleichgültigkeit der Bauern. Anders konnte es bei der wirtschaftlichen Zersplitterung Georgiens auch nicht sein... Georgien

als Nation trat erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Erscheinung, als die Abschaffung der Leibeigenschaft und die Entfaltung des Wirtschaftslebens des Landes, die Entwicklung der Verkehrswege und das Aufkommen des Kapitalismus eine Arbeitsteilung unter den einzelnen Gebieten Georgiens herbeiführten, die wirtschaftliche Abgeschlossenheit der Fürstentümer endgültig durchbrachen und sie zu einem Ganzen zusammenfügten.“

Das war zwar auf dem Wege des grusinischen Volkes zu einer einheitlichen Nation ein großer Fortschritt, für das Leben des Volkes bedeutete es jedoch kaum eine Besserung. Jetzt hatte es ein doppeltes Joch zu tragen: das der grusinischen Fürsten und Großgrundbesitzer und das der zaristischen Selbstherrschaft in Gestalt ihrer Gouverneure und sonstigen Fronvögte. Das Volk war arm und ohne Rechte. Trotz der unschätzbaren Naturreichtümer, die



Universitätsviertel der Staatsuniversität Tbilissi. In Grusinien gibt es bei 3,5 Millionen Einwohnern 29 Hochschulen und über 25000 Studierende.

Grusiniens Boden barg, trotz der fruchtbaren Erde und des lebenspendenden Klimas fristete die Bevölkerung das Leben eines Kolonialvolkes. Zum größten Teil bebaute sie mit primitivsten Mitteln (auf 15 Hölfe entfiel ein Pflug und auf drei Wirtschaften ein hölzerner Hakenpflug) das Land. Den anderen Teil bildete das Heer der Lohnsklaven in den Städten. Hier begann Stalin seinen revolutionären Weg. Die ganze Geschichte der transkaukasischen bolschewistischen Organisationen, ja die ganze revolutionäre Bewegung Transkaukasiens und Grusiniens sind von den ersten

des ausländischen Kapitals arbeiteten. Endlich im Jahre 1921 wurde Grusinien frei, das Volk errichtete die Sowjetmacht. Im selben Jahre schloß sich die Grusinische Sozialistische Sowjetrepublik mit den Sowjetrepubliken Aserbeidshan und Armenien zusammen, um die Transkaukasische Föderation zu bilden, die ein Bestandteil bei der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war. 1936 wurde die Föderation aufgelöst und Grusinien, das inzwischen mit Hilfe des russischen Volkes einen bedeutenden Aufschwung auf allen Lebensgebieten erfahren hatte, wurde zu einer

Verschwunden sind Bruderkämpfe, verschwunden Blutrache und nationaler Hader, verschwunden aus einem Lande, wo sie jahrhundertlang wilde Triumphe feierten. Wie ist das möglich? In den vergangenen Jahrhunderten waren die Völker Kaukasiens ohne Zukunft, ohne Hoffnung, ohne Weg. Jedes Volk hielt das andere für seinen Feind, das es in seiner Entwicklung hemmte und an seinem Unglück schuld war.

Als im Jahre 1921 das grusinische Volk in seiner Gesamtheit einen Staat errichtete, der ihm auch in seiner Gesamtheit gehörte — ohne



Tagen ihres Entstehens an untrennbar mit der Arbeit und dem Namen Stalins verbunden. Er zeigte der ausgebluteten, geknechteten Arbeiterschaft den Weg zur Freiheit, er bewaffnete sie mit der unbesiegbaren Lehre des Marxismus, mit der sie den Kampf immer stärker, immer entschlossener führten. Tbilissi (früher Tiflis), die Hauptstadt Grusiniens, war daher ein Zentrum der sozialistischen Revolution.

Als sie unter dem Jubel des vom Zarismus geknechteten und geschundenen Volkes in Rußland gesiegt hatte, als über dem Petrograder Winterpalais stolz die rote Fahne der Freiheit flatterte, herrschten in Grusinien noch die Menschewiki, die ganz offen als Agenten

Unionsrepublik erhoben. Innerhalb der Grusinischen SSR bildeten die großen Völkerschaften autonome Republiken: Adsharien und Abchasien mit den beiden Hauptstädten Batumi und Suchumi. Daneben wurde das Süd-Ossetische Autonome Gebiet mit der Hauptstadt Stalinir errichtet.

Die gesamte Grusinische SSR umfaßt heute ein Gebiet von 76 200 Quadratkilometern mit einer Bevölkerungszahl von 3 542 000. Tbilissi ist mit 519 000 Einwohnern die Hauptstadt des Landes. Die Bevölkerung setzt sich aus Grusiniern (Georgiern), Abchasiern, Adsharen, Osseten, Russen, Aserbaidshanern und Griechen zusammen, die eine brüderliche Familie bilden.

Fürsten, Großgrundbesitzer und andere Ausbeuter —, da gab es keine Feinde mehr. Alle gingen nun den gleichen Weg, bauten gemeinsam an einem großen Werk, dem Sozialismus. Er sollte ihnen bringen, wovon schon Generationen vor ihnen träumten: ein Leben in Freiheit und Wohlstand. So waren sie alle Mitkämpfer, Baulcute an derselben Sache geworden, hatten alle Interessen und auch das Ziel gemeinsam. Es gab keinen Grund mehr zu Bruderkämpfen, nur eine brüderliche Einheit konnte sie bei ihrem großen Werk stärken. Hinzu kam, daß die Stalinische Nationalitätenpolitik der Sowjetregierung dem grusinischen Volk ebenso wie allen anderen Nationalitäten des Sowjet-

landes das Selbstbestimmungsrecht, Gebietsautonomie und völlige Gleichberechtigung sicherte. Diese konsequent durchgeführte Politik schuf überhaupt erst die Voraussetzungen für das beispiellose Aufblühen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Völker des Sowjetlandes, darunter auch des grusinischen Volkes.

„Perle des Sowjetlandes“ heißt Grusinien heute überall, und das ist eine treffende Bezeichnung. Kilometerweite, fruchtschwere Obstgärten, Plantagen subtropischer Pflanzen: Zitronen, Apfelsinen, Tee; Weinberge, Gemüse- und besonders auch Tabakfelder wechseln einander ab. Alles in diesem Lande trägt großartige, einmalige Züge. Von den Schneebergen des Kaukasus bis zu den burgengeschmückten Ufern der schäumenden Kura, von der Rivieraküste des Schwarzen Meeres mit ihren herrlichen Kur- und Badeorten bis zu den gewaltigen Wasserkraftwerken und den Kombinat der Schwerindustrie. Westgrusinien, dieser Uferstreifen am Schwarzen Meer, der die meisten sowjetischen Kurorte beherbergt, ist durch die Ketten des Kaukasus nach Norden und Osten gut geschützt. Es ist der einzige Platz auf der Welt, der schon auf diesem Breitengrad ein subtropisches Klima aufzuweisen hat. Die blauen Wogen des Meeres, die immergrüne subtropische Pflanzenwelt und die schneebedeckten Gipfel des Kaukasus vereinigen sich zu einer Landschaft von ungewöhnlichem Reiz.

Dieses schöne Land ist auch unwahrscheinlich reich an Bodenschätzen. Große Vorräte an Mangan, Bunt- und Edelmetallen, Eisen, Steinkohle sowie Erdöl schlummern in seinem Schoß. Aber ihr Schlaf ist vorbei. Geologen kamen und haben die Vorkommen aufgestöbert, aufgezeichnet. In ihrer Nähe entstanden Fabriken und Förderanlagen, Schächte und Hochöfen. Die Werktätigen, denen sie gehören, machen sich ihre Reichtümer dienstbar. Das Land verwandelte sich unter seinem neuen Herrn. Jahrhundertalte Kriegs- und Handelsstraßen mußten breiten Chaussees Platz machen, neben alten Burgen erhoben sich moderne Elektrizitätswerke und am Fuße der ehrwürdigen Baudenkmäler der grusinischen Vergangenheit brandete ein neues Leben des Aufbaus, der ständigen technischen Entwicklung.

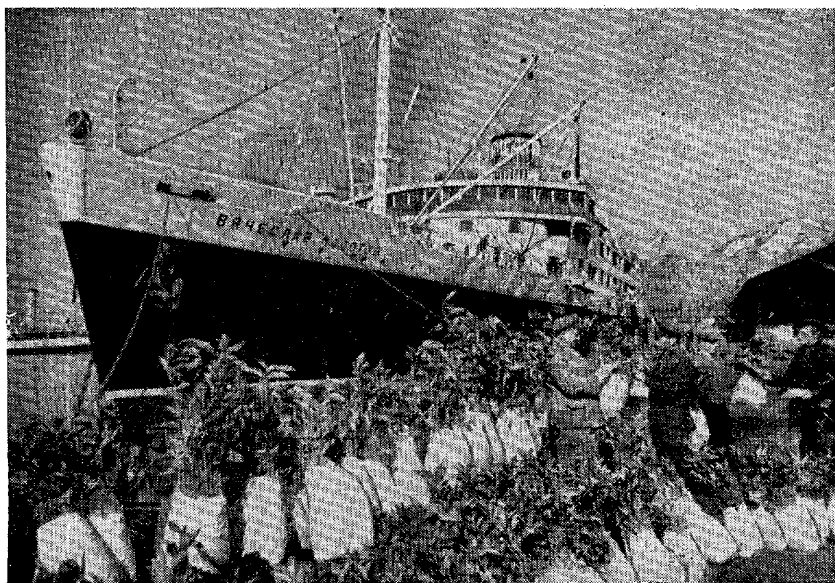
Schnell stieg die Produktion in den emporgewachsenen Fabriken; die Herstellung von immer neuen Fabrikaten wurde aufgenommen. Bis zum Jahre 1940 wurden in Grusinien mehr als 800 Großbetriebe verschiedener Industriezweige errichtet. So hat sich die Wirtschaftslage der Republik in einem, historisch genommen, kurzen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren völlig gewandelt. Wenn früher einige Teppichknüpfereien und kleine, im Handbetrieb arbeitende Bergwerke die ganze Industrie des Landes ausmachten, sind es heute moderne Werke des Maschinenbaus, Werkzeugmaschinenfabriken, Ölraffinerien, Bergwerke, Konserven-, Tee- und Tabakfabriken und andere Werke der Leichtindustrie, ein Werk für Eisenlegierungen hoher Quali-

tät, die das industrielle Gesicht dieser sonnigen Republik bestimmen.

Neue Gruben wurden z. B. auf den Steinkohlenlagerstätten von Tkwi-buli errichtet. Neu aufgebaut ist auch die Lebensmittelindustrie und ein Papierkombinat. 1913 wurden in Grusinien 71 000 Tonnen Steinkohle gefördert, 1941 waren es schon 772 500 Tonnen, das ist das 10,5fache. Die Förderung von Manganerz — diesem wertvollen und wichtigen Rohstoff zur Herstellung guten Stahls — stieg um mehr als das Doppelte. An Elektro-Energie wurden 1946 816 Millionen Kilowattstunden gegen 20 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1913 erzeugt, das bedeutet eine Steigerung um das 40fache. 1941 verließen 33 230 000 Büchsen Konserven die Fabriken Grusiniens, um ihre Reise in alle Teile des weiten Sowjetlandes anzutreten.

Noch weitere und größere Perspektiven eröffneten sich der Industrie der Grusinischen SSR im Nachkriegsfünfjahrplan. In den Jahren nach 1945 entstand in Kutaissi, an den Ufern des Gebirgsflusses Rion, ein großes Lastkraftwagenwerk, von dessen Fließbändern jährlich 30 000 Lastkraftwagen hinausgehen; die Kohleproduktion wuchs um das Vierfache der Förderung von 1945, viele Wasserkraftwerke entstanden. Besonders stolz aber sind die Grusinier auf ihr größtes Projekt, das gegenwärtig Gestalt annimmt. Es ist der Bau des Transkaukasischen Hüttenwerkes, eines Giganten der Metallverhüttung in der Nähe von Tbilissi, der auf der Grundlage neuentdeckter grusinischer Kohlevorkommen und der Eisenminen von Aserbaidshan jährlich hunderttausende Tonnen Stahl und Walzeisen liefern wird.

Aber der industrielle Aufbau der Republik stellt erst eine Seite ihrer Entwicklung dar. Vor der Errichtung der Sowjetmacht war die primitiv betriebene Landwirtschaft der Haupterwerbszweig des grusinischen Volkes. Die armen Bauern zogen nur soviel Getreide und Vieh, wie sie für den Eigenbedarf benötigten. Der Hunger war ein ständiger Gast in ihren bescheidenen Hütten. Es galt daher, auch Grusiniens Landwirtschaft umzugestalten, es galt, trockenes, ausgedörrtes Land in blühende Felder zu verwandeln, und es galt, den primitiven Hakenpflug durch moderne Maschinen zu ersetzen. Weiter stand das Problem der Trockenlegung riesiger Sümpfe am Unterlauf des Rion, die sich über 100 000 Hektar erstrecken und die unter dem Namen Kolchis bekannt sind. In der gleichen Zeit also, als Fabrikhallen und Bergwerke in den



Zitrussetzlinge werden verladen. Grusiniens Bauern helfen ihren ukrainischen Brüdern beim Aufbau von Zitrusplantagen.

Ebenen Grusiniens emporwuchsen, arbeiteten Zehntausende freiwilliger Helfer am Kanalbau, wurden Stauseen angelegt und Dämme gezogen, arbeiteten riesige Bagger in den Kolchissümpfen. Und allmählich begann die Erde unter der Hand des befreiten Menschen zu blühen und reiche Früchte zu tragen. Weite Flächen Grusiniens sind heute mit Weinbergen, Tee-, Zitrus- oder Tabakpflanzungen, Eukalyptuswäldern und Obstgärten bedeckt. In den östlichen Teilen der Republik werden auch Weizen, Gerste und Hirse angebaut, im Westen in der Haupt-

serung in einen wahren Garten Eden verwandelte, nimmt ihren Fortgang. Reich und wohlhabend sind die grusinischen Kolchonen, die Dörfer. In jedem Haus findet man wertvolle Teppiche, reichgedeckte Tische, glückliche Menschen.

Viele deutsche und andere ausländische Delegationen besuchten dieses herrliche Land und priesen nach ihrer Rückkehr die sprichwörtliche Gastfreundschaft der Grusinier. Sie erzählten von der in einem weiten, waldlosen Tal liegenden Hauptstadt Tbilissi, die von felsigen Berghängen eingerahmt ist.

an dessen Fassade auf einer Tafel folgende Inschrift zu lesen ist: „Hier wurde am 21. Dezember 1879 der große Stalin geboren und verbrachte hier bis zum Jahre 1888 seine Kindheit.“

Jede Stadt Grusiniens hat ihr eigenes Museum mit den herrlichsten Schätzen vergangener Epochen: Alte Handschriften, Musikinstrumente, kunstvolle Kleider, Waffen und Hausgerät. Nur in Grusiniens kann es eine Stadt geben, die die jüngste und älteste unter den sowjetischen Städten zugleich ist: Rustawi, vor etwa 550 Jahren von den Horden Tamerlans völlig zerstört, wuchs jetzt als moderne Industriestadt wieder empor. Sie wird eine der schönsten und modernsten Städte der Republik und das Zentrum der grusinischen Eisen- und Stahlindustrie werden. Gegenwärtig beträgt Rustawis Einwohnerzahl schon rund 50 000, ist aber noch ständig im Wachsen. So ist Rustawi, das schon die Geschichtsschreiber des Altertums, Xenophon und Strabo, erwähnten, in einem neuen Grusiniens wiedererstanden.

Verschiedene von Wissenschaftlern freigelegte Altertumsdenkmäler zeugen davon, daß Grusiniens eine hochentwickelte Kultur besaß, die jedoch später durch die fortschreitende Verarmung, den ständigen Bruderkampf mehr und mehr zerfiel. Wer von uns das Auftreten des Staatlichen Georgischen Tanzensembles erlebt hat, weiß, in welcher hohen Blüte des grusinischen Kulturlebens steht.

Allen Völkern der UdSSR sind jetzt die kulturellen Schätze des grusinischen Volkes zugänglich gemacht worden. Die Werke der klassischen grusinischen Schriftsteller, wie Schota Rustawelis (12. bis 13. Jahrhundert) und andere, sind in hoher Auflage erschienen. Heute gibt es in Grusiniens dreimal soviel Schulen wie 1917. In Tbilissi, Kutaissi, Batumi und anderen Städten wurden nationale Opern-, Schauspiel- und Operettentheater gegründet. Über das ganze Land erstreckt sich ein Netz von Bibliotheken, Klubs und Kinos. Es gibt ein grusinisches Filmstudio, das eigene Filme herstellt, dessen Produktion beispielsweise der auch in Deutschland bekannte Film „Der Schwur“ entstammt.

Die Grusinier, vor 50 Jahren noch ein armes, unterdrücktes Bergvolk voller Aberglauben und Vorurteile, von der herrschenden russischen Klasse als halb wilde Bettler und Räuber verachtet, sind heute eine führende Nation des Sowjetlandes. Alles, was sie erreicht haben, kann jedes Volk erringen, wenn es sein Schicksal in die eigene Hand nimmt.



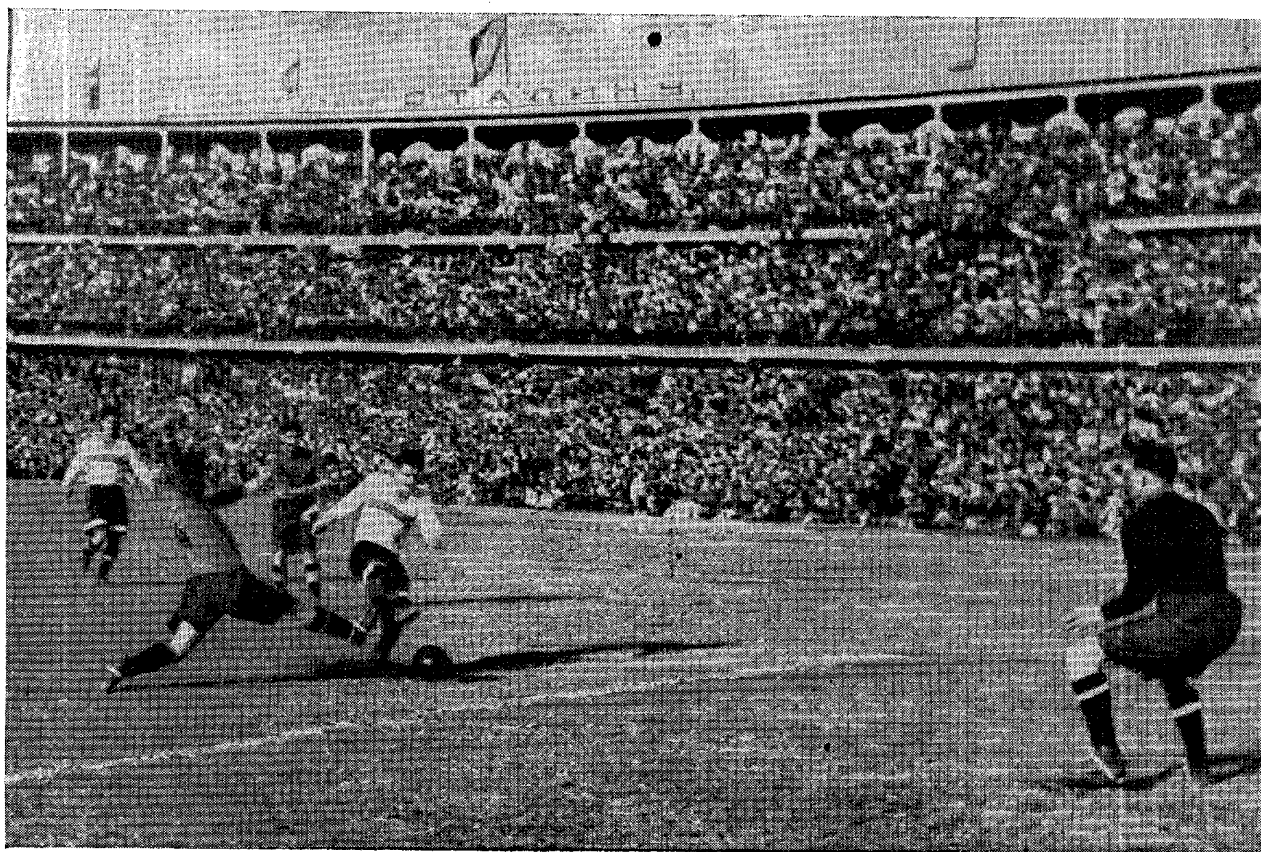
Hotel „Abchasia“ in der grusinischen Hafen- und Kurstadt Sukhumi

sache Mais. Eine große Rolle spielt ferner der Seidenbau.

Ebenso wie die industrielle Entwicklung der Republik noch längst nicht abgeschlossen ist, nimmt auch die Verwandlung Grusiniens in ein reiches landwirtschaftliches Gebiet seinen ständigen Fortgang. Das Kanalsystem wird weiter ausgebaut. Es ist beabsichtigt, in wenigen Jahren 40 000 Hektar heute noch toten, unfruchtbaren Landes in der Nähe Tbilissis in blühende Gärten zu verwandeln. Am Hauptkanal werden Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von 36 000 Kilowatt errichtet. Auch die Trockenlegung der Kolchis, die sich nach ihrer Entwäs-

Tbilissi ist mindestens 1500 Jahre alt. Im Stadtbild wechseln alte grusinische Tempel mit spitzen, kegelförmigen Kuppen, Ruinen von Festungen mit modernen Wohnvierteln, Hochhäusern und Regiegebäuden ab.

Nur 26 Kilometer von Tbilissi entfernt, auf dem linken Ufer der Kura, liegt in einem malerischen Tal, das in 2000 Meter Höhe in die Kaukasusberge eingebettet ist, die Bezirksstadt Gori, der Geburtsort Josef Wissarionowitsch Stalins. Menschen aus allen Teilen des Sowjetlandes, aus allen Winkeln der Erde, stehen voller Ehrfurcht vor einem schlichten Marmorpavillon am Rande der Stadt, der heute das kleine Geburtshaus Stalins schützt,



Ausschnitt aus einem Fußballspiel der „Dynamo's Tbilissi“, die zur Spitzenklasse im Fußball der Sowjetunion zählen.

SOWJETSPORT

im vorolympischen Jahr

Überall auf dem grünen Rasen, auf den Aschenbahnen, in den Schwimmstadien, in den Sport- und Turnhallen und in den Gemeinschaftsräumen der Turner und Sportler, vor allem aber in den Spalten der Sportpresse der ganzen Welt, stehen im Mittelpunkt die Vorbereitungen für die **Olympischen Spiele 1952**, die Analysen und Gespräche um dieses, die Welt heute schon in Atem haltende sportliche Großereignis.

Überall wo diese Gespräche geführt werden, ob von Fachleuten oder von Laien, steht im Mittelpunkt die Frage:

Welche Überraschungen werden uns die Sportler der Sowjetunion in Norwegen und Finnland bereiten?

In zahlreichen internationalen Vergleichen trafen die Sportler der Sowjetunion in den letzten Jahren auf die Elite der europäischen Sportler. Überall, wo sie in Erscheinung traten, eroberten sie sich die Sympathien der aktiven Sportler und der Zuschauer durch ihr faires sportkameradschaftliches Auftreten und durch ihr hohes sportliches Können.

Es ist kein Wunder, daß die Sowjet-Sportler in den Betrachtungen vieler Fachleute in einer erheblichen Anzahl der olympischen Konkurrenzen Favoritenrollen einnehmen. So schrieb zum Beispiel der Sportredakteur der „Nürnberger Nachrichten“, Willi Neumeier, daß die Teilnahme der

Sowjet-Union an den Olympischen Spielen 1952 zu einer „Olympischen Götterdämmerung“ für einige Länder führen könnte, die sich heute noch als Dauerabonnenten einer großen Zahl von Goldmedaillen fühlen. Dieser Nürnberger Sportfachmann schrieb diese Zeilen unter dem Eindruck der überragenden Ergebnisse, die von den sowjetischen Sportlern auf den XI. Akademischen Sommerspielen im Rahmen der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden in Berlin erzielt wurden.

Fünf Europabestleistungen

Fangen wir bei den Männern an: In 16 Disziplinen finden wir in der Europaliste 25 Namen von Sowjetsportlern, die zusammengenommen insgesamt 37 mal vertreten sind. Fünf von ihnen erzielten diesjährige Europabestleistungen. Eine davon, die 16,98 m von Heino Lipp im Kugelstoßen, bedeutet einen neuen Europarekord.

Wladimir Sucharew, Studentenweltmeister über 100 m, 200 m und Mitglied der auf den Studentenweltmeisterschaften siegreichen 4 × 100 m-Staffel, lief Mitte September bei den rumänischen Meisterschaften über 100 m die hervorragende Zeit von 10,3 Sek. und stellte damit den bestehenden Europarekord ein. Sucharew ist dabei durchaus noch nicht am Ende seiner Entwicklung angelangt.

In der Europaliste sind außerdem noch die Läufer Sanadse (10,5 Sek.), Kaljajew (10,5 und 21,6 Sek.) und Golubjew (10,6) vertreten.

Unter den sowjetischen Mittelstrecklern wäre besonders Schewgun hervorzuheben, der die 800 m in 1:51,0 Min. bewältigte und damit in der Europäischen Rangliste den vierten Platz hält.

Außerordentlich dicht besetzt ist das Feld der sowjetischen Langstreckler. Bei den All-Unionsmeisterschaften 1951 lief der Sieger im 10 000-m-Lauf Kasanzew 30:21,8 Min. Der Zweite, Semjonow, lief 30:23,6 Min. Die 31-Minuten-Grenze wurde sogar noch von dem Neunten des Laufes unterboten.

Auch in der 5 000-m-Strecke ist die Leistungsdichte sehr groß. Sechs Sowjetsportler liefen im Meisterschaftslauf unter 15 Min. Meister wurde Kasanzew mit 14:36,2 Min. Noch besser war in diesem Jahr allerdings Popow, der mit 14:20,8 Min. in der Rangliste den vierten Platz einnimmt. Kasanzew verbesserte sich inzwischen auf 14:24,0 Min.

Einen dritten Meistertitel eroberte Kasanzew im 3 000-m-Hindernislauf. 8:56,4 Min. zeigten die Stoppuhren an, als er das Zielband durchriß. Mit dieser Leistung blieb er aber noch über der Zeit von 8:49,8 Min., die er wenige Wochen zuvor gelaufen war. So schnell hat 1951 kein anderer Läufer der Welt diese Strecke durchgemessen.

In den technischen Disziplinen wäre vor allen Dingen Heino Lipp zu nennen, der außer seinem bereits erwähnten Europarekord im Kugelstoßen auch im Diskuswerfen mit 49,18 m eine hervorragende Leistung erzielte. Im Zehnkampf, in welchem er im vorigen Jahr zur Weltklasse vorstieß (7780 Punkte!), ist Lipp 1951 nicht gestartet. In diesem Wettbewerb der „vollkommenen Sportler“ erreichten Wolkow 7106 und Denisenko 7023 Punkte.

Außer den nun schon genannten Sportlern sind in der Europa-Rangliste vertreten: Im Stabhochsprung Denisenko mit 4,37 m an 1. Stelle, im Kugelstoßen Grigalka mit 16,42 m, im Speerwerfen Zibulenko mit 70,28 m, im Hammerwerfen Kanaki mit 58,59 m, im Dreisprung Tscherbakow mit 15,23 m, im Weitsprung Kotenko mit 7,32 m, im 110-m-Hürdenlauf Bulantschik mit 14,3 Sek. (Europa-Jahresbestzeit) und über 400-m-Hürden Litujew mit 51,7 Sek. (Europa-Bestzeit). Wahrhaftig eine stolze Bilanz.

Werferinnen sind unerreicht

Nicht anders ist es bei den Frauen. Schon ein flüchtiger Blick zeigt, daß die sowjetischen Sportlerinnen in Helsinki eine dominierende Rolle spielen werden. Sechs Weltrekorde haben die sowjetischen Frauen in ihrem Besitz. Drei davon in den Olympischen Disziplinen Kugelstoßen (Andrejewa mit 15,02 m), Diskuswerfen (Dumbadse mit 53,37 m) und Speerwerfen (Smirnitzkaja mit 53,41 m). Stöße über 15 Meter mit der Kugel und Würfe über 50 Meter mit Speer und Diskus erzielte außer den sowjetischen Sportlerinnen noch keine Frau der Welt. Die drei weiteren Weltrekorde werden von der sowjetischen Leichtathletin Pletnewa (2:12,0 Min. über 800 m) und von den Auswahlstaffeln (über 4 × 200 m und 4 × 800 m) gehalten.

Die herausragende Erscheinung unter den Sportlerinnen der großen Sowjet-Union ist ohne Zweifel Alexandra Tschudina. Diese vielseitige Könnlerin kommt aus dem Lager der Hockeyspielerinnen und ist heute Capitain der Auswahlmannschaft im Volleyball. Ihre besten Leistungen lauten: Hochsprung 1,68 m, Weitsprung 6,11 m, Kugelstoßen 13,53 m, 80-m-Hürden 11,3 Sek. Darüber hinaus gelang es der vielseitigen Alexandra, im vorigen Jahr den Speer über 51 Meter zu werfen.

Und außer diesen vier Rekordhalterinnen? Im September

lief die kaum 18jährige Chnikina mit 11,7 Sek. neuen All-unionrekord über 100 m. Dieses junge Talent erzielte auch über 200 m (25,2 Sek.) und im Weitsprung (5,79 m) überragende Leistungen. Noch schneller als sie war über 200 m Sofronowa, die 24,9 Sek. lief. In der Hürdenstrecke lief Jerjuchina in Berlin 11,5 Sek.

Noch eindrucksvoller sieht es bei den Werferinnen aus. Im Kugelstoßen läßt sich aus den Athletinnen Andrejewa, Totschenowa (14,60 m), Zibina (14,07 m) und Sewrjukowa (13,88 m) ein stattliches Aufgebot zusammenstellen. Im Speerwurf dürften außer der bereits genannten Weltrekordhalterin Smirnitzkaja auch Zibina (51,45 m) und Nabokowa (50,90 m) bei der Vergebung des olympischen Titels ein ernstes Wort mitreden. Und im Diskuswerfen? Studentinweltmeisterin Romaschkowa warf die Scheibe in diesem Jahr 49,78 m und ist für Würfe über 50 Meter gut.

Und das alles sind wohl gemerkt nur Ausschnitte aus einer Reihe hervorragender Leistungen, wie sie in solcher Dichte und Ständigkeit kaum noch in einem anderen Lande der Welt erzielt werden.

Die XI. Akademischen Sommerspiele

Ueber 2000 Studentensportler aus 42 Ländern aller Kontinente trafen sich im August in Berlin und ermittelten in 134 Disziplinen in 13 Sportarten ihre Meister. In 92 Disziplinen von 9 Sportarten gingen Vertreter der Sowjet-Union an den Start und eroberten 71 Gold-, 44 Silber- und 31 Bronzemedailien. In 34 leichtathletischen Disziplinen holten sich die Sowjetsportler 26 Titel. Im Turnen und der Gymnastik ging ihnen nur ein Titel verloren. Bei den Siegerehrungen der Ruderer ging sechsmal das rote Banner mit dem goldenen Stern am Fahnenmast empor. Im Boxen wurden vier, im Ringen (klassischer Stil) alle acht und im Gewichtheben ebenfalls alle acht Titel erobert. Drei Titel holten sich außerdem die Kunst- und Turnspringer. An den Schwimmwettkämpfen waren die Sowjetsportler nicht beteiligt. Auch in den Kämpfen der Basket- und Volleyballspieler bzw. Spielerinnen waren die Männer und Frauen mit dem roten Jersey und der weißen Hose erfolgreich. Welch hohes Niveau die Kämpfe hatten, beweist die Tatsache, daß im Verlaufe der Weltmeisterschaften 45 neue Studentenweltrekorde aufgestellt wurden. Den Löwenanteil sicherten sich auch hier die Sportler aus der Sowjet-Union, die 20 Rekorde in ihren Besitz brachten.

23 Weltrekorde der Schwerathleten

Wir müssen noch erwähnen, daß die sowjetischen Gewichtheber zur Zeit im Besitz von nicht weniger als 23 Weltrekorden sind. Daß die sowjetischen Fußballer eine Klasse für sich darstellen. Das sind Wahrheiten, die wohl jedem Anhänger des Sports auf der ganzen Welt bekannt sind.

Das Können der sowjetischen Ringer braucht wohl kaum näher beleuchtet werden. Ueber die Boxer schrieben schwedische Zeitungen nach den Kämpfen UdSSR gegen Schweden (die ausnahmslos mit haushohen sowjetischen Siegen endeten), daß Leute wie Bulakow, Stepanow und Schozikas in der in Schweden präsentierten Form nicht zu schlagen sind.

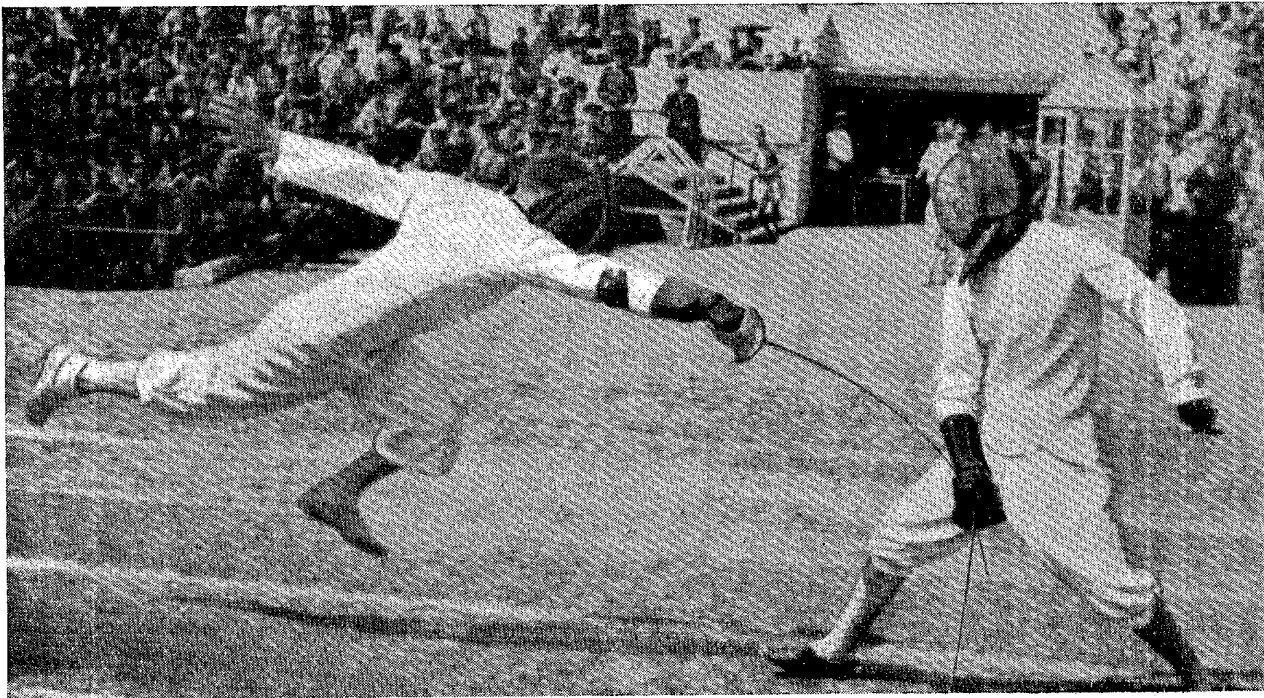
Auch die Turner der UdSSR weilten in Schweden. Dort drehte man einen Film, der in die Schweiz gelangte. Wie urteilen die Schweizer (die Schweiz ist bekanntlich eine Hochburg des Turnens) über die sowjetischen Sportler? Die

„Basler Nachrichten“ schrieben: „Bei den Freiübungen... mußte man bei den russischen Turnern die Fähigkeit bewundern, wie sie mit tänzerisch leichten Schrittar ten ein reichhaltiges Übungsprogramm gestalten. Verblüffend die zahlreichen Übungsverbindungen zum Nackenstand und der freien Stützwaage. Am Barren... blenden sie dann mit spielend leicht gedrückten Handständen mit gestreckten Armen...; ebenso mit ihren totsicher gehaltenen geschlossenen Handständen. Hervorragende Leistungen am Reck..., Pferd... die für unsere Turner neuen Übungsstoff bedeuten. Was man an den ruhig hängenden Ringen zu sehen bekam, übertrifft selbst die Glanzleistungen unseres Olympiasiegers Karl Frei und aller unserer Ringspezialisten. Das sind Leistungen, die bisher als Utopie betrachtet wurden...“

lung zu arbeiten. Bist du ein guter Turner oder willst du einer werden? Ueberall im Lande gibt es Turnhallen, Geräte und gute Turnlehrer, die dir zur Verfügung stehen.

Tschudina sagte zu den deutschen Sportlern einmal: „Vor Freunden haben wir keine Geheimnisse“. Sie stellte diese Worte bei den Akademischen Meisterschaften unter Beweis. Im Hochsprung-Wettbewerb riß eine Sportlerin der DDR zweimal die Latte. Alexandra nahm sie vor dem letzten Versuch zur Seite und zeigte ihr, wie sie es besser machen könne. Der dritte Versuch gelang.

So arbeiten diese Menschen. Jeder hilft jedem und hat der Schüler dann den Lehrer überflügelt, so herrscht eine tiefe und ehrliche Freude. Der Altmeister im Stabhochsprung, Osolin, ist der Trainer und Lehrmeister der gesamten Stabhochsprungelite der Sowjet-Union und der



Sowjetische Fechtspor tler zeigen ihre Kunst vor Zehntausenden

Der Ursprung der Erfolge

Doch kann man nicht diese nüchternen Ergebnisse aufzählen, sich mit all diesen großartigen Leistungen beschäftigen, ohne darüber nachzudenken, worin sie ihren Ursprung finden. Wir wollen hier nicht darüber sprechen, daß die Wurzel aller Erfolge, auch der sportlichen, in der neuen Gesellschaftsordnung begründet sind, die sich die Sowjetmenschen unter der Führung J. W. Stalins erbaut haben. Wir müßten dann mit der Gründung der ersten Hochschule für Körperkultur in der UdSSR beginnen, die auf Initiative Lenins bereits im Jahre 1918, mitten in den Wirren der großen Oktoberrevolution, geschaffen wurde.

In der Sowjetunion hat heute jeder Mensch Gelegenheit, sich entsprechend seiner Fähigkeiten zu entwickeln. Bist du ein guter Läufer? Nun, nichts steht dir im Wege, auf den Sportplatz zu gehen und unter der Anleitung erfahrener und hochqualifizierter Sportlehrer an deiner Entwick-

Allunions-Rekordhalter Sucharew ist der Schüler des Sprinters Karakulow, der selber heute noch die erstklassige Zeit von 10,6 Sek. läuft.

Auf der Liebe zur Heimat, auf dem Willen, die Farben der Union der Sozialistischen Sowetrepubliken würdig zu vertreten, basiert die hohe sportliche Moral, die Fairneß und der Willen zum Erfolg dieser Menschen.

So kann man auch verstehen, daß die Sowjetsportler nicht nur auf den Wettkampfstätten, sondern auch an ihrem Arbeitsplatz und in der gesellschaftlichen Betätigung vorbildlich sind. Sie wissen, daß alle ihre Bemühungen dem friedlichen Aufbau ihres Landes dienen. Und weil sie das wissen und ihre Heimat und ihren Sport so heiß lieben und weil sie alle ihre großen und schönen Pläne nur im Frieden verwirklichen können, deshalb führen sie mit aller Kraft und Energie den Kampf um den Frieden und sind auch in dieser Beziehung Vorbild für die Sportler der Welt.

Joachim Fiebelkorn



IM JAHRE DER FREUNDSCHAFT

Von Anatoli Sofronow

Ich sah: Ein roter Fußsoldat gab einem
Berliner seinen roten Stern. Es war
Geschehn im Jahre neunzehnhundertfünfzig,
Der großen Freundschaft denkwürdigem Jahr.
Begraben war für immer ihre Feindschaft,
Ihr Händedruck zerbrach den alten Groll.
Das Wort, das beide wechselten, hieß Freundschaft.
Ihr Blick war freundlich und verständnisvoll.
Ja, Freundschaft! Und im Lustgarten, da tobte
Wie Meeresflut ein Lied, das lange schwieg,
Das wie im Sinnesrausch die Freundschaft lobte
Und hoch, noch höher als die Wolken stieg.
Wie Meeresflut der Blusen tiefe Bläue.
Ein neuer Tag. Die Zeit strömt nicht zurück.
„Der Sowjetbund, er blühe und gedeihe!“
„Wir wünschen Stalin, Stalin alles Glück!“
Jawohl, so war's, so ist's, so bleibt es immer!
Nun gilt der Zukunft unser Augenmerk:

Der schlichte Deutsche schreitet durch die Trümmer
Fest auf den Frieden zu, ans Friedenswerk.
Ein Weg, an dem Fabriken sich erheben,
Ein Weg des Glückes durchs erblühte Feld.
Und ewig soll für uns, für alle leben
Das Friedenswerk, der neue Herr der Welt!
Ich sah: Ein roter Fußsoldat gab einem
Berliner seinen roten Stern. Es war
Auf einem Platze in Berlin geschehen
In einem großen, denkwürdigen Jahr.
Schwer war der Weg des Russen und verschlungen.
Er bleibt ein Mensch, der gern den Krieg vermißt.
Mit eigner Hand hat er den Sieg errungen,
Das Friedensbanner in der Welt gehißt.
Ein einfacher rjasaner Kolchosbauer,
Der seinen Mann in Kampf und Arbeit stand,
Gab tief bewegt dem einfachen Berliner
Im Namen seines Heimatlands die Hand.

WENDEPUNKT IN DER GESCHICHTE EUROPAS

Das historische Telegramm Stalins vom 13. Oktober 1949

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn Wilhelm Pieck!
An den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen
Republik, Herrn Otto Grotewohl!

Gestatten Sie mir, Sie beide und in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und anlässlich der Wahl des ersteren von Ihnen zum Präsidenten und des letzteren zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedlichen Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Versklavung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, große Sympathien und die aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf Ihrem neuen, glorreichen Weg.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische friedliebende Deutschland!

Den 13. Oktober 1949.

J. STALIN

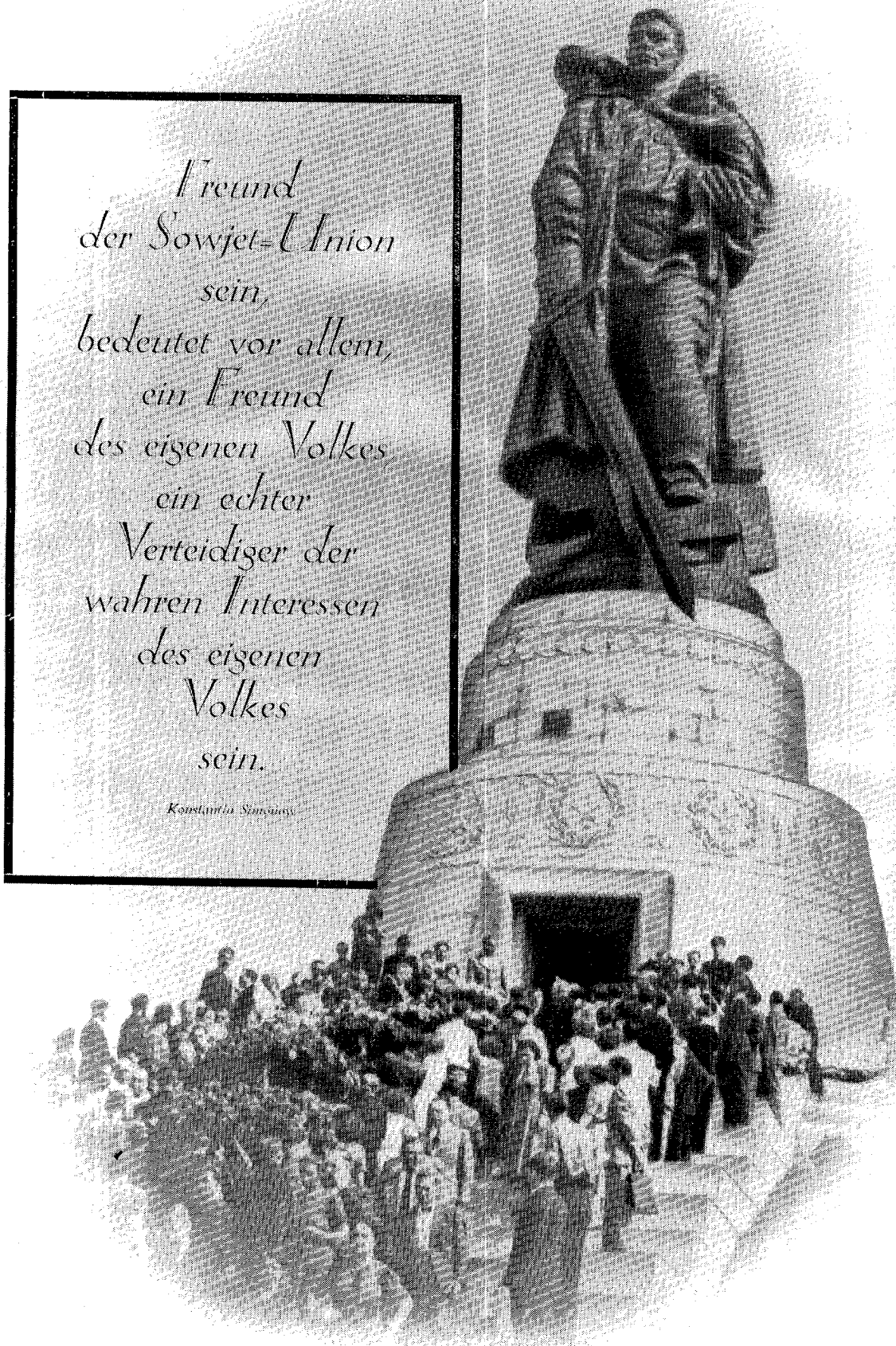
GLÜCKWUNSCH ZUM 2. JAHRESTAG DER DDR

„Am Tage der Nationalfeier — dem zweiten Jahrestage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik — bitte ich Sie, Genosse Ministerpräsident, meine Glückwünsche entgegenzunehmen. Ich wünsche dem deutschen Volke, der Regierung und Ihnen persönlich weitere Erfolge beim Aufbau eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates.“

J. Stalin.“

*Freund
der Sowjet-Union
sein,
bedeutet vor allem,
ein Freund
des eigenen Volkes,
ein echter
Verteidiger der
wahren Interessen
des eigenen
Volkes
sein.*

Konstantin Simonov



„Gefahr für unsere Grundrechte?“

EIN RUF NACH MEHR ZIVILCOURAGE

Edgar Engelhard,

Kaufmann, zweitjüngster Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft, Vorsitzender der 18köpfigen FDP-Fraktion, schrieb im „Hamburger Abendblatt“ vom 27. September 1951 u. a. folgendes:

„ . . . Hitler ist unter dem Schutz der Verfassung von Weimar auf legalem Wege an die Macht gekommen. Diese Katastrophe in Deutschlands Geschichte stand als Schatten über der Arbeit der Männer des Parlamentarischen Rates. Die Verkündung des Grundgesetzes haben wir erfreut - gab es doch erstmalig seit 1933 wieder Bürgerrechte - und ein wenig traurig - wurde doch unsere Hoffnung auf eine schnelle Wiedervereinigung mit dem Osten Deutschlands durch einen Verwaltungsakt von drei Siegermächten geringer - erlebt

Der Untertanengeist

Nun gilt es, das Errungene zu bewahren und zu beweisen, daß uns Deutschen nicht Untertanengeist innewohnt und auch wir Republikaner werden können. Aber schon sind vielerorts die Anzeichen nicht zu übersehen, die darauf hinweisen, daß unsere gerade erst erworbenen, oder besser gesagt, geschenkten Bürgerrechte schon wieder in Gefahr sind.

In Garmisch, in Weinheim werden Frauen auf der Straße, in ihren Wohnungen aufgegriffen und bezichtigt, gegen den § 218 StGB verstoßen zu haben. Bei den Verhören bedient man sich häßlicher kriminalistischer Tricks.

Bei der Volkszählung ereignen sich entgegen der offiziellen Zusicherung Übergriffe des Fiskus, der beglückt sich dieser Unterlagen zur Komplettierung seiner eigenen bedient.

Es gibt erhebliche Meinungsverschiedenheiten um den Begriff der Presse- und Meinungsfreiheit.

Wirtschaftsförderungs-Kredite, um einen Sammelbegriff zu wählen, werden anscheinend gelegentlich nach gefühlsbestimmten Gesichtspunkten vergeben. Putzfrauen-Klatsch kann ein erstrangiges Unternehmen an den Rand des Ruins bringen. Meinungs- und Gewissensfreiheit ist durch das Grundgesetz verbrieft, aber einmal Kommunist gewesen zu sein, egal aus welcher Entwicklung heraus, aus welchen Beweggründen oder ob überhaupt tatsächlich, kann ein verhängnisvolles Scherbengericht bedeuten. Gesinnungsschnüffelei wie einst ist im Anzuge.

Ein Blitzgesetz

Nun hat man in Bonn die Absicht gehabt, ein echtes Staatsschutzgesetz zu erlassen. In aller Eile wurde ein solches Gesetz verabschiedet, und es wird daher den Namen „Blitzgesetz“ wohl nicht verlieren. Dieses Gesetz enthält bedenkliche Teile, und es ist u. a. dem bayerischen Justizminister zu verdanken, daß er die Frage aufgeworfen hat, wie weit dieses Gesetz noch die Möglichkeit zuläßt, Kritik an den Maßnahmen der Regierungen und Parlamente zu üben.

Es gibt viele, sehr viele bewußte Gegner einer Remilitarisierung, wobei ich bewußt diesen Ausdruck gebrauche, weil ich es für abwegig halte die Dinge zu verniedlichen, indem man weniger ärgerliche Begriffe prägt.

Wo sind die Männer der Öffentlichkeit und der Öffentlichkeit Verantwortliche, die hier freimütig und unaufgefordert ihr mahnendes Wort erheben?

Der Herr Bundeskanzler will seine Divisionen um jeden Preis. Der Herr Führer der Opposition möchte um die Bedingungen handeln, um das Bestmögliche herauszuholen... Die Frage ob Militarisierung oder nicht, ist dabei nur ein Vorwand. Hier ist also nur ein gradueller Unterschied gegeben.

Und wo bleibt eine Möglichkeit für die Bevölkerung, sich Gehör zu verschaffen?

Kann ein unter völlig anderen Aspekten gewähltes Parlament in dieser wirklichen Schicksalsfrage des deutschen Volkes eine verbindliche Entscheidung verantworten, die sich **möglicherweise gegen den Willen der Mehrheit des Volkes richtet?**

Was ist mit dem Artikel 4 des Grundgesetzes, der das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verbrieft? Gewiß, eine Volksabstimmung ist bei unserem Hang zur Unsachlichkeit keine ideale Lösung. **Aber wäre dieser Weg nicht immer noch besser**, als der Bevölkerung einen Beschluß aufzuoktroieren, der unter Umständen zu einer Katastrophe führt?

Sind Gedanken, wie die hier geäußerten, heute überhaupt noch zulässig, abgesehen davon, daß sie mit reichlich viel Unfreundlichkeit quittiert werden? Wo ist der Mut, den Mächtigen... entgegenzutreten?

Der Moloch Staat

Was bisher geschehen ist, hat nur schwache Proteste ausgelöst. Ein-, zweimal hat sogar der Bundespräsident eingreifen müssen, um unsere Bürgerrechte zu verteidigen. Die breite Öffentlichkeit war apathisch. Die Aufgabe der Stunde aber heißt: Zusammenstehen und die Bürokratie, den Moloch Staat, keinen Fußbreit Boden gewinnen zu lassen!"

Diese Ausführungen Edgar Engelhards wurden im „Hamburger Abendblatt“ zur Diskussion gestellt.

Wir nehmen die Diskussion auf.

In diesem Zusammenhang haben wir Herrn Edgar Engelhard gebeten, uns am 24. Oktober 1951, 20 Uhr bei Sagebiel, Haus Erholung, Dragonerstell, seine Anschauungen noch näher, noch konkreter zu erläutern. Und dieses darum, weil wir glauben, daß eine Verständigung über die Frage: „Gefahr für unsere Grundrechte?“ unbedingt herbeigeführt werden muß.

Arbeitsgemeinschaft
ehemaliger deutscher Soldaten

gez.: W. Lösch

Hamburg 13, Isestraße 25

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020002-3



Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020002-3

Sterben für Washington?

„Bettenbau ist wieder modern“, schrieb eine westdeutsche Illustrierte zu einer Bildreportage, auf der junge deutsche Männer zu sehen waren, die in schwarz-gefärbter Ami-Uniform „Hände an der Hosennaht, Brust raus, Kinn an die Binde“ in ihrer Baracke vor einem USA-Sergeanten stramm stehen. „Hinlegen Sie Schwein!“ stand auf einem Plakat, das die Jugendorganisation „Die Falken“ in Frankfurt am Main verbreitete, und das einen Rekruten zeigt, der auf dem Kasernenhof „geschliffen“ wird — der Frankfurter SPD-Polizeipräsident hat dieses Plakat beschlagnahmt...

Warum eigentlich?

Warum zeigt man uns in den Illustrierten Bilder unserer Jungens in abenteuerlichen Uniformen, warum verbietet man Plakate, die gegen die Remilitarisierung, gegen ein neues Massensterben Stellung nehmen?

Was denken sich eigentlich die Leute, die schon im voraus mit unseren Knochen Würfel spielen? Uns hat man nicht gefragt, uns will man anscheinend auch nicht fragen, wenn man General Eisenhower im fernen Amerika zum „Oberbefehlshaber der europäischen Streitkräfte“ ernannt und uns die äußerste ehrenvolle Aufgabe zuweist, etliche hundert Kilometer östlich vor seinem künftigen Hauptquartier irgendwo zwischen Elbe und Rhein zu verbluten! Sollen unsere Frauen und Kinder wirklich wieder angstgeschüttelt als lebende Fackeln durch brennende Straßenzüge rasen? Sollen sie wieder allnächtlich in die Bunker stürzen und nicht

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020002-3

nur um das Eigentum, sondern auch um das Leben ihrer Liebsten bangen? Sind unsere Männer wirklich nur dazu gut, von Kugeln durchlöchert, von Granaten zerfetzt zu werden, statt unsere im zweiten Weltkrieg zerstörten Städte wieder aufzubauen – nur weil man in Washington die Sowjetunion „kleinkriegen“ möchte.

Die großen Herren in Amerika glauben, sie haben uns im Sack. Sie haben Dr. Pünder und Dr. Köhler im bizonalen Wirtschaftsrat (wer kennt heute noch die Namen dieser schwankenden Gestalten der westdeutschen Nachkriegspolitik?) ihre Marshallplankredite zugewiesen – und wir, die wir Teuerung und anschließend Arbeitslosigkeit über uns ergehen lassen mußten, sollen diese Kredite nun mit Blut und Menschenfleisch zurückzahlen. Schon hat Mister Truman erklärt, an Stelle des Marshallplans sollten von jetzt an offene Ausrüstungskredite treten. Und einer seiner Kollegen, der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im amerikanischen Parlament, Clarence Cannon, erklärte, wie Trumans „New York Times“ am 14. April 1949 meldete:

„Die USA müsse bereit sein, die Soldaten anderer Nationen auszurüsten. Mögen diese ihre Jungens ins Gemetzel schicken, so daß wir unsere Jungens nicht hineinzuschicken brauchen. Das ist es, was die Atombombe für die USA bedeutet.“

Und wieder ein anderer „ehrenwerter“ USA-Abgeordneter, der Senator Poage, hat im offiziellen Organ des amerikanischen Parlaments, „Congressional Record“ am 8. November 1949 geschrieben:

„Ich weiß, daß die Aufstellung der von mir vorgeschlagenen Formationen zahllosen jungen Amerikanern das Leben retten wird.“

Was also heißt, daß die deutsche Jugend es dafür lassen soll

Die Hauptzeitung der Truman-Partei, die „New York Times“, hat deshalb ganz offen proklamiert:

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020002-3

„Es wird ganz besonders notwendig sein, neue Quellen für Menschenreserven zu finden, die nur aus Deutschland kommen können, und die europäische Industrie, die billiger als die USA liefern kann, auf Rüstung umzustellen. Das amerikanische Volk hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, auch Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erwarten.“

Wir danken recht schön, sehr verehrter Mister! Von Ihren Dollars haben wir nichts gesehen, oder richtiger: Die Leute in Westdeutschland, die diese Dollars eingesäckelt haben, wollen uns nun als Gegenwert in Form von „Menschenreserven“ und „Kampfkraft“ verschachern. Wir aber sagen: Ohne uns!

Kriegsbotschaft aus New York

Als die Außenminister Frankreichs, Englands und der USA am 19. September 1950 beschlossen, daß mehr Besatzungssoldaten nach Westdeutschland gepumpt werden sollen, daß eine neue Wehrmacht (vorläufig als Polizeiarmee getarnt) aufgestellt werden soll, da haben sie nur aufgeführt, was die oben zitierten Leute aus der amerikanischen Großfinanz längst vorher ausgeplaudert hatten. Uns haben sie nicht gefragt!

Der Außenministerbeschuß von New York bedeutet für uns: Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuern, Fortfall von Steuerbegünstigungen, Erhöhung des „Notopfers“, Erhöhung des Benzinpreises. Schon werden Tausende von Wohnräumen für zusätzliche Besatzungstruppen beschlagnahmt, für die Schumacher und Adenauer die Propagandatrommel rühren. Schon frieren wir in der eigenen Wohnung, weil unsere Hausbrandkohle von der internationalen Rüstungsindustrie geschluckt wird. „Die Aktie steigt, wenn der Mann auch fällt“, hieß es im ersten Weltkrieg — soll das wieder so werden?

Und das ist alles erst der Anfang! Wie hoch wird sich die Steigerung der Besatzungskosten belaufen? Jede Mark für Kanonen ist eine Mark weniger für Lebensmittel, das haben wir schon zweimal durchexerziert. Was wird aus den Opfern zweier Weltkriege, wenn jeder Pfennig jetzt für die Vorbereitung des dritten verbraucht wird? Was wird aus dem Wohnungsbau? Was wird aus dem Lastenausgleich? Wenn Arbeiter, Angestellte, Bauern, Geistesschaffende, Beamte, Handwerker, Unternehmer jetzt schon — angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten — die Steuerlast unerträglich finden, was soll erst werden, wenn die Steuer- und Preisschraube immer stärker angezogen wird?

Atombombe - Kriegsschauplatz - Tote Zone?

Diese Politik mag gut sein für amerikanische Rüstungskönige und Großbankiers. Für uns wäre sie Selbstmord! Mitten in Deutschland würde der Krieg beginnen. Wir wären das erste Bombenziel, unsere Heimat das erste Schlachtfeld. Die amerikanische Zeitschrift „Life“ hat bereits im Sommer 1949 den Plan des USA-Generalstabs ausgeplaudert, gegebenenfalls Atombomben auf die westdeutschen Industriestädte abzuwerfen.

Schumachers Parteifreund, der französische Kriegsminister Moch, der es ja genau wissen muß, sagt offen, die oberste Sorge des Nordatlantik-Generalstabs sei, das Gebiet zwischen Rhein und Elbe — also Westdeutschland! — als „Manövrierfeld“ zu besitzen. Die Sprenglöcher im Loreleifelsen und im ganzen oberen Rheintal zeigen, wie ernst es den Herren damit ist, Westdeutschland in eine tote Zone zu verwandeln. Und zu all dem will man uns zumuten, auf fremden Befehl gegen unsere eigenen Brüder und Schwestern im Osten zu kämpfen. Deutsche sollen auf Deutsche

schreiben — das könnte ihnen so passen! Allein deshalb schon kämpft jeder anständige Deutsche mit Abscheu und Empörung gegen die Pläne der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung.

Friedensbotschaft aus Prag

Können wir etwas gegen diese furchtbaren Vernichtungspläne tun? Jawohl, wir können es! Wenn wir Deutschen in Ost und West einig sind, wenn wir uns miteinander verständigen, dann werden auch die Herren aus Amerika sich schwer hüten, allein auf sich gestellt, einen Krieg in Deutschland zu entfesseln.

Eine unermessliche Hilfe bei dieser unserer Selbstverteidigung gegen die Kriegspläne haben uns die Außenminister der acht Staaten gegeben, die sich am 21. Oktober 1950 in Prag auf Initiative der Sowjetunion versammelten und dort eine Erklärung von historischer Bedeutung veröffentlichten. Die Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn waren dort vertreten, und sie zogen als gleichberechtigten Partner den Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Dertinger, hinzu. Hier — anders als in New York — wurden wir Deutsche gefragt! Und wenn es noch nicht das ganze Deutschland war, so wird es mit an uns liegen, dafür zu sorgen, daß die unheilswangere Spaltung unseres Vaterlandes beendet wird, und die Prager Erklärung hilft uns dazu. Ihr erster Vorschlag lautet:

„Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.“

Wir Deutschen müssen handeln!

Jetzt dürfen wir nicht tatenlos abwarten, ob eine solche einheitliche Erklärung ohne unser Zutun zustande kommt, oder ob die Großmächte weiterhin uneinig sind. An uns liegt es, vor aller Welt unmißverständlich kundzutun, daß wir die in New York beschlossene Remilitarisierung niemals dulden werden! An uns liegt es, daß wir unter gar keinen Umständen zulassen werden, daß auf deutschem Boden ein Krieg entfesselt wird! An uns liegt es, wie ein Mann zu erklären, daß sich die Deutschen in Ost und West niemals aufeinander hetzen lassen! Wenn wir Deutschen untereinander einig sind, gibt es keine Macht auf Erden, die Deutschland in eine tote Zone und unsere Jugend in Kanonenfutter verwandeln kann!

Deshalb rufen wir alle Deutschen guten Willens auf: Widersetzt Euch mit aller Kraft jeder Militarisierung, die nur Unheil, Tod und Verwüstung über unser Vaterland bringen kann! Verlangt, daß sich die Vertreter Ost- und Westdeutschlands an einen Tisch setzen, daß sie im Interesse des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands unverzüglich Verhandlungen aufnehmen! Verlangt, daß sie gemeinsam, im Namen unseres Volkes, jede Remilitarisierung Deutschlands ablehnen und von den vier Mächten einen Friedensvertrag für unser Volk fordern! Angesichts der ersten Gefahr des Krieges, die das ganze deutsche Volk in den Abgrund zu reißen droht, lautet das heilige Gebot für jeden Deutschen: Sied einig, verständigt Euch!

Alles für den Frieden!

Alles für Deutschland!

Westdeutscher Ausschub
der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands
Alster-Druck GmbH, Hambourg 38, Valentinskamp 40/42